



## 36. Sitzung

Mittwoch, 15. August 2012

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsidentin Dr. Eva Gumbel

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> Abwicklung und Änderung der <b>Tagesordnung</b>	2719	<b>Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Stadtentwick- lung</b> – Drs 20/4810 –	2719
		sowie	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
<b>Wahl von sieben ehrenamtli- chen Mitgliedern und zwei Er- satzmitgliedern des Medienra- tes der Medienanstalt Ham- burg/Schleswig-Holstein</b> – Drs 20/4565 –	2719	<b>Wahl eines vertretenden Mit- glieds für die Kommission für Stadtentwicklung</b> – Drs 20/4876 –	2719
Ergebnis	2719	Ergebnisse	2720
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Senatsantrag:	
<b>Wahl eines Mitglieds des Kon- gresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)</b> – Drs 20/4608 –	2719	<b>Haushaltsplan-Entwurf 2013/ 2014</b> <b>Finanzplan 2012–2016 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2013/2014 der Freien und Han- sestadt Hamburg</b> – Drs 20/4578 –	2720
und		Dr. Peter Tschentscher, Senator	2720
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Roland Heintze CDU	2723
		Jan Quast SPD	2726
		Anja Hajduk GAL	2728
		Robert Bläsing FDP	2731
		Norbert Hackbusch DIE LINKE	2733

im Vorwege an die Fachausschüsse überwiesen	2737	<b>Prüfung der Einrichtung eines Wireless Metropolitan Area Network (WMAN) in der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH)</b>	
Große Anfrage der CDU-Fraktion:		– Drs 20/4459 –	2754
<b>Feuerwehrynachwuchs</b>		und	
– Drs 20/4552 –	2737	Antrag der SPD-Fraktion:	
Karl-Heinz Warnholz CDU	2737	<b>Freies WLAN in Parks – Testfall für die IBA/igs</b>	
Arno Münster SPD	2737	– Drs 20/4463 –	2754
Antje Möller GAL	2738, 2742	dazu	
Carl-Edgar Jarchow FDP	2739	Antrag der CDU-Fraktion:	
Michael Neumann, Senator	2740	<b>Freier und rechtmäßiger Zu- gang zum WLAN in Hamburg</b>	
Beschluss, Besprechung erfolgte	2743	– Drs 20/4946 –	2754
Große Anfrage der GAL-Fraktion:		sowie	
<b>Investitions- und Förderbank – die Lösung für Probleme, die wir nicht haben?</b>		Antrag der GAL-Fraktion:	
– Drs 20/4582 –	2743	<b>Kostenfreies WLAN in Bus und Bahn</b>	
Dr. Anjes Tjarks GAL	2743, 2750	– Drs 20/4934 –	2754
Andrea Rugbarth SPD	2744, 2749	Christiane Schneider DIE LINKE	2754
Karin Prien CDU	2745, 2749	Hansjörg Schmidt SPD	2756
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	2747, 2750	Katharina Wolff CDU	2757
Kersten Artus DIE LINKE	2748	Farid Müller GAL	2758
Beschluss, Besprechung erfolgte	2750	Finn-Ole Ritter FDP	2759
Antrag der FDP-Fraktion:		Frank Horch, Senator	2759
<b>Wege zur Kostensenkung im öffentlich geförderten Woh- nungsbau – IBA Ideenwettbe- werb</b>		Beschlüsse	2760
– Drs 20/4814 –	2750	Antrag der SPD-Fraktion:	
Dr. Kurt Duwe FDP	2751, 2754	<b>Handyparken in Hamburg ver- einfachen</b>	
Dirk Kienscherf SPD	2751, 2754	– Drs 20/4728 –	2760
Hans-Detlef Rook CDU	2752	Martina Koeppen SPD	2760
Olaf Duge GAL	2753	Klaus-Peter Hesse CDU	2761
Heike Sudmann DIE LINKE	2753	Dr. Till Steffen GAL	2762
Beschlüsse	2754	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	2763
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Heike Sudmann DIE LINKE	2763
<b>Kostenloses mobiles Internet</b>		Beschluss	2763
– Drs 20/4324 –	2754	Bericht des Schulausschusses über die Drucksachen 20/1050 und 20/ 1332:	
mit			
Antrag der FDP-Fraktion:			

**Alle Hamburger Grundschüler  
müssen schwimmen lernen!  
(Antrag der FDP-Fraktion) und  
Jedes Kind soll schwimmen  
lernen – Wassergewöhnung  
schon im Vorschulalter fördern  
(Antrag der GAL-Fraktion)**

– Drs 20/4559 –

2764

mit

Antrag der CDU-Fraktion:

**Schwimmunterricht auch für  
hinzugezogene Schüler**

– Drs 20/4744 (Neufassung) –

2764

Beschlüsse

2764



**Beginn: 16.33 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

Es ist 16.30 Uhr, das Rathaus hat sich etwas beruhigt. Ich habe mir sagen lassen, dass der NDR seine Live-Übertragung auch beendet hat, wir sind also jetzt unter uns. Ich darf Sie ganz herzlich begrüßen und unsere Plenarsitzung eröffnen.

Während der Sommerpause durften wir in einer unserer Tageszeitungen, der mit den großen Buchstaben, lesen, wir Abgeordneten würden ohnehin viel zu viel Ferien machen und uns viel zu wenig kümmern.

(Zurufe von allen Fraktionen: Ui!)

Ich will von hier aus sagen, und zwar aus ganzem Herzen: Ich hoffe, Sie haben sich gut erholt und wir können mit neuem Schwung wieder starten und heute in die Haushaltsberatungen einsteigen.

Bevor wir dazu kommen, möchte ich aber mit Glückwünschen beginnen. Die richten sich zum einen an unsere Kollegin Frau Demirel und zum anderen an unseren Kollegen Herrn Wankum. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen beiden ganz herzlich zum Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Darüber hinaus kann ich Ihnen noch eine freudige Mitteilung machen. Unsere Kollegin Heidrun Schmitt ist nämlich Mutter einer kleinen Tochter mit Namen Ylvi Christin geworden. Ihnen und Ihrem Mann unsere herzlichsten Glückwünsche.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren! Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats hat die Fraktion DIE LINKE zu Tagesordnungspunkt 89 ihren Antrag aus der Drucksache 20/4804 zurückgenommen.

Wir beginnen mit der Tagesordnung und kommen zu TOP 2, Drucksache 20/4565: Wahl von sieben ehrenamtlichen Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl von sieben ehrenamtlichen Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein – Drs 20/4565 –]**

Sie wird gemäß Paragraf 42 Absatz 4 des entsprechenden Staatsvertrages im Wege der Blockwahl durchgeführt.

Sie dürfen auf dem Ihnen vorliegenden blauen Stimmzettel für die sieben Mitglieder jeweils nur ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen, Bemerkungen oder Ähnliches würden zur Ungültigkeit führen; auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Ich bitte Herrn Wankum und Herrn Hakverdi, anschließend die Stimmzettel einzusammeln.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Es besteht auch weiterhin im Laufe des Nachmittags Gelegenheit, Herrn Wankum persönlich zum Geburtstag zu gratulieren; vielleicht können wir zu nächst die Stimmzettel einsammeln.

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben.\*\*

Wir kommen zu den Punkten 3, 4 und 4 a der Tagesordnung, den Drucksachen 20/4608, 20/4810 und 20/4876, noch einmal Wahlen zu verschiedenen Gremien.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) – Drs 20/4608 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung – Drs 20/4810 –]**

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:**

**Wahl eines vertretenden Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung – Drs 20/4876 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, die Wahlen in einem Wahlgang durchzuführen. Die drei Stimmzettel in grün, orange und gelb liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Bitte machen Sie auf jedem Stimmzettel bei jedem der Namen nur ein Kreuz. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz machen die Wahl des jeweiligen Kandidaten ungültig; auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen führen zur Ungültigkeit.

Bitte nehmen Sie nun Ihre Wahlentscheidungen vor. Herr Hakverdi und Herr Wankum sammeln dann die Stimmzettel ein.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

\*\* Wahlergebnis, siehe Anlage 1 (Seite 2765)

**(Präsidentin Carola Veit)**

Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Auch diese Wahlergebnisse werden ermittelt und vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben.\*\*\*

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Punkt 18 a, Drucksache 20/4578, Senatsantrag, Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014, Finanzplan 2012–2016 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2013/2014 der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Senatsantrag:  
Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014  
Finanzplan 2012–2016 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2013/2014 der Freien und Hansestadt Hamburg  
– Drs 20/4578 –]**

Diese Drucksache ist bereits am 2. August im Vorwege federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen worden.

Meine Damen und Herren! Ich fände es nicht unangemessen, dem Senat, wenn er gleich zur Haushaltseinbringung sprechen wird, auch die entsprechende Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Sie teilen das, das gefällt mir. – Dann hat das Wort jetzt Herr Senator Dr. Tschentscher.

**Senator Dr. Peter Tschentscher:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat hat Ihnen mit der Drucksache 20/4578 den Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2013/2014 vorgelegt. Stärker als in früheren Jahren stehen Haushaltsberatungen heute unter dem Eindruck einer Finanz- und Schuldenkrise in vielen Ländern der Euro-Zone, worunter die Bürgerinnen und Bürger dort sehr zu leiden haben. Was wir jeden Tag in den Zeitungen über andere Länder lesen, unterstreicht die Notwendigkeit, sich über den Zustand der eigenen Vermögenslage im Klaren zu sein. Allzu oft wurde diese Erkenntnis überlagert von beeindruckenden Ausgabeprogrammen in konjunkturell guten Jahren und ebenso spektakulären Sparprogrammen in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs. Diese schwankende prozyklische Finanzpolitik war wirtschaftlich schädlich und hat uns in eine Verschuldung geführt, für die wir jedes Jahr nahezu 1 Milliarde Euro Zinsen zahlen müssen. Deshalb hat der Senat im Frühjahr 2011 ein Finanzkonzept geschrieben, mit dem eine Stadt wie Hamburg in der Lage ist, die Vorgaben des Grundgesetzes zur sogenannten Schuldenbremse auf vernünftige Art und Weise zu erreichen. Der neue Ansatz der Haushaltsplanungen wird mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 und der Finanzplanung bis 2016 so fortgeführt, dass auch die neuen Vorgaben der Hamburger Verfas-

sung eingehalten werden und die Ausgaben bereits im Jahr 2019 nicht höher liegen als die strukturell zu erwartenden Gesamteinnahmen.

(Beifall bei der SPD)

Nach heutigem Kenntnisstand und mit kaufmännischer Vorsicht geplant dürfen die Ausgaben nicht mehr als 1 Prozent pro Jahr steigen. Auch in Jahren guter konjunktureller Entwicklung und steigender Steuereinnahmen, also jetzt, muss es bei einem Kurs der Ausgabendisziplin bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, die Ausgabenplanung muss sich immer an den Einnahmen ausrichten, die strukturell, also nach Bereinigung um konjunkturelle Schwankungen, zu erwarten sind. Die Gesamtausgaben steigen im Haushaltsplan-Entwurf 2013 um 0,92 Prozent und 2014 um 0,9 Prozent. Die geringfügige Abweichung von den bekannten 0,88 Prozent liegt allein an der Veranschlagung zusätzlicher Einnahmen aus der Kultur- und Tourismussteuer, die nach weit übereinstimmender Auffassung für zusätzliche Ausgaben im Bereich von Kultur, Tourismus, Sport und Medien verwendet werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Die endgültige Ausgestaltung und Höhe der Veranschlagung werden wir vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung noch einmal zu beraten haben.

Wie schon in früheren Debatten möchte ich auch heute betonen, dass die Projektion der Haushaltsentwicklung über einen langen Zeitraum regelmäßig überprüft werden muss, insbesondere dann, wenn Änderungen im Steuersystem oder in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen eintreten, wie zum Beispiel mit der verstärkten Erstattung der Grundsicherung im Alter durch den Bund. Diese Einnahmeverbesserung haben wir nicht, wie von Teilen der Opposition wahrheitswidrig behauptet wurde, zur Erhöhung des Ausgabehahmens über 1 Prozent genutzt, sondern zur Neujustierung innerhalb des Finanzkonzepts, sodass nun bereits im Jahr 2019 ein struktureller Haushaltsausgleich möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Für die aktuelle Veranschlagung der Steuereinnahmen hat der Senat die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung 2012 zugrunde gelegt. Allerdings haben wir für die Jahre ab 2014 Vorsichtsabschläge vorgenommen, die nun auch wieder Kritik der Opposition erfahren haben. Aber der Senat bleibt dabei: Die Steuerschätzungen in Deutschland beruhen auf der sogenannten Frühjahrsprojektion oder gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung, die davon ausgeht, dass sich das deutsche Wirtschaftswachstum der Jahre 2010 bis 2012 bis zum Jahr 2016 ununterbrochen fortsetzt. So sehr wir uns ein solches Wachstum wünschen können,

\*\*\* Wahlergebnisse, siehe Anlage 2 (Seite 2766)

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

so richtig scheint es uns, auch damit zu rechnen, dass es anders kommt.

Unsere Veranschlagung der Steuereinnahmen unterstellt auch eine positive konjunkturelle Entwicklung, aber nicht in dem Umfang der Projektion der Bundesregierung. Unter unseren Voraussetzungen gehen das geplante Finanzierungsdefizit und die voraussichtliche Nettokreditaufnahme bis 2016 stark zurück. Diese Entwicklung ist Ausdruck der strukturellen Konsolidierung, hat aber auch eine deutliche konjunkturelle Komponente. Mit anderen Worten: Im Falle eines konjunkturellen Einbruchs kann die faktische Kreditaufnahme vorübergehend auch wieder ansteigen. Ich sage dies ausdrücklich dazu, weil zumindest ein Teil der Opposition hartnäckig ein Vorziehen der Schuldenbremse fordert, und zwar genau die Fraktion, die mit solchen Wetten auf die Konjunktur mit ihren eigenen Finanzplanungen in den letzten Jahren mehrfach gescheitert ist. Und deshalb sollte man solche Wetten nicht auch noch in die Verfassung schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Statt ein sofortiges Verbot von Schulden zu fordern, sollten wir uns besser über die Aufgaben und weiteren Risiken Gedanken machen, die neben der konjunkturellen Entwicklung vor uns liegen, die Zinsen auf unseren hohen Schuldenstand, eine Tarif- und Besoldungserhöhung über 1,5 Prozent hinaus, den Anstieg der Pensionslasten, den wir in der Konzernbilanz und in Ihren Anfragen immer wieder vorrechnen, und ein weiteres Risiko, auf das ich noch einmal ausdrücklich hinweisen möchte, weil es gelegentlich in Vergessenheit gerät. Die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein haften über den HSH Finanzfonds nach wie vor in Milliardenhöhe für die Entwicklung der HSH Nordbank. Die Bank hat zwar ein neues Geschäftsmodell und verfolgt ihre Sanierung und Restrukturierung konsequent. Aber das von der sogenannten Sunrise-Garantie der Länder abgeschirmte Portfolio aus den Geschäften der alten HSH Nordbank betrug zum 31. März dieses Jahres immer noch über 90 Milliarden Euro. Die aktuelle Entwicklung auf den Finanzmärkten, die ausgeprägte Euroschwäche gegenüber dem Dollar und die anhaltende Krise in der Schiffsfinanzierung sind nicht nur für Werften, Reedereien und andere Banken ein Problem, sondern sie setzen auch die HSH Nordbank zusätzlich unter Druck. Ich sage das ausdrücklich an dieser Stelle, weil zum guten Regieren nicht gehört, Dinge schönzureden, sondern Probleme und Risiken klar zu benennen.

(Beifall bei der SPD)

Im Rahmen des Finanzberichts wird das Sanierungsprogramm Hamburg 2020 dargestellt, mit dem die Behörden Sanierungsrückstände im Bereich der öffentlichen Infrastruktur abbauen. Der Bericht macht deutlich, dass auch hier unter den Bedingungen einer Schuldenbremse keine schnel-

len und einfachen Lösungen möglich sind. Insgesamt stehen in zahlreichen Haushaltstiteln pro Jahr mehrere 100 Millionen Euro für Sanierungsaufgaben zur Verfügung. Der Senat wird, sofern Sie den Haushaltsplan so beschließen, die Mittel so weit wie möglich ausschöpfen. Das gilt übrigens ausdrücklich auch für die Sanierung von Schulen. Und weil in den letzten Wochen ganz eigenwillige, verwirrende Darstellungen veröffentlicht wurden, darf ich Ihnen einmal die Zahlen nennen: Im Jahr 2010 hat der Vorgängersenate trotz einer deutlichen Ausweitung des Gesamthaushalts für die Schulsanierung genau 37,5 Millionen Euro aufgewendet,

*(Robert Heinemann CDU: Das stimmt ja gar nicht! Gucken Sie mal in Ihre eigenen Anträge hinein!)*

2011 waren es 52,5 Millionen und 2012 wird es voraussichtlich eine ähnliche Größenordnung sein, und zwar tatsächliche Sanierungsmaßnahmen, nicht Planungen. Das ist eine Steigerung gegenüber 2010 um rund 40 Prozent. So etwas nennt man in deutscher Sprache mehr und nicht weniger Schulsanierung.

(Beifall bei der SPD)

Im Wirtschaftsplan von Schulbau Hamburg stehen für Sanierungsmaßnahmen im Jahr 2013 über 100 Millionen Euro und 2014 sogar rund 160 Millionen Euro zur Verfügung. Ich will gerne einräumen, dass die Probleme in der Organisation des Schulbaus kein Geheimnis sind. Deshalb stellen wir nicht nur die erforderlichen Mittel zur Verfügung, sondern wir kümmern uns auch um eine bessere Organisation im Schulbau, damit nicht nur Ansätze in Haushaltsplänen zur Verfügung stehen, sondern die Sanierungsmaßnahmen auch tatsächlich abgearbeitet werden können.

*(Dr. Till Steffen GAL: Das ist ja schön!)*

Der Anstieg der Sanierungsaufwendungen beantwortet zum Teil auch die Frage, wie die berühmten 400 Millionen Euro pro Jahr in Zukunft verwendet werden, mit denen wir dieses und letztes Jahr Wohnungsbaukredite getilgt und Sondervermögen entschuldet haben. Ein weiterer Punkt neben der Sanierung sind die nicht gedeckten Finanzbedarfe der Hafenbehörde HPA mit rund 100 Millionen Euro pro Jahr, die bisher am Kernhaushalt vorbei durch den Verkauf von HHLA-Anteilen bezahlt wurden. Ein dritter Punkt sind die Verluste der Wohnungsbaukreditanstalt, die durch den früher so genannten Forderungsverkauf jetzt entstehen und jährlich aufwachsende zweistellige Millionenbeträge erreichen. Viertens müssen wir mit dem Auslaufen der HHLA-Milliarde Kredite der HGV von rund 1 Milliarde Euro zusätzlich bedienen, mit denen Vorgängersenate Aktien der alten HSH Nordbank gekauft haben – übrigens ohne jemals ein Parlament zu fragen –, Aktien, die mittlerweile durch eine starke Verwässerung selbst bei einer guten Er-

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

holung der Bank nie wieder die Erträge bringen werden, die wir allein für die Kreditzinsen jedes Jahr aufbringen müssen.

Diese Themen und weitere aufwachsende Altlasten machen die Haushaltspläne so eng, wie sie sind, und gleichzeitig müssen wir die Aufgaben der kommenden Jahre in Angriff nehmen. Nun ist es nicht Aufgabe eines Finanzsenators, die Ausgaben zu loben. Aber wenn sogar die Bundesfamilienministerin in Berlin das Kita-Programm in Hamburg lobt, dann liegt sie ausnahmsweise einmal richtig, denn das ist endlich eine deutliche Entlastung für Familien, die zukunftsweisend und dringend erforderlich ist.

(Beifall bei der SPD)

Aus Haushaltssicht ist entscheidend, dass alle Schwerpunkte der Senatspolitik – bessere Bildung und Kinderbetreuung, Wohnungsbau und Energiewende, Sanierung und Instandhaltung – im Rahmen des beschlossenen Finanzkonzepts umgesetzt werden. Deshalb finden sich in den Haushaltsplänen aber auch Positionen, bei denen man sich mehr wünschen würde, um es zurückhaltend zu sagen. Daran wird sich in den kommenden Wochen vermutlich Kritik entzünden. Ich sage rein vorsorglich, wer mehr fordert an einer Stelle, muss immer zugleich sagen, wo er an einer anderen Stelle weniger ausgeben möchte. Und wer den zweiten Satz nicht gleich dazu sagt, fordert uns auf, das Defizit und die Verschuldung weiter zu erhöhen. So hart, aber auch so einfach ist die Logik eines Haushaltsplans, in dem am Ende alle Einnahmen und alle Ausgaben zur Deckung kommen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie in den Haushaltsplänen nicht finden werden, obwohl schon viele danach gefragt und gesucht haben, sind sture Kürzungen und die berühmten Giftlisten. Um es klar zu sagen: Auch jetzt wird der Haushalt nicht gekürzt. Wir haben uns allerdings auf einen Weg verständigt, der nur sehr begrenzte Ausgabensteigerungen zulässt. Und wenn man zugleich auf immer neue Prestigeprojekte verzichtet, sind auch keine Giftlisten erforderlich, sondern gute Planungen, Einsparungen, die zusammen mit anderen vernünftigen Maßnahmen vertretbar sind, und eine möglichst gute Steuerung der laufenden Ausgaben. Das ist unser Anspruch und deshalb müssen wir an vielen Stellen auch Kosten reduzieren.

Im vergangenen Jahr haben wir die Postdienstleistungen zentralisiert und sparen dadurch jährlich 1,2 Millionen Euro. Gerade fassen wir die Mobilfunkdienste der Stadt in einem Großvertrag zusammen und haben ab sofort bis zu 1,5 Millionen Euro weniger Kosten pro Jahr. Umzüge des Immobilienmanagements und der Sozialgerichte führen zur Senkung der Mietkosten und einer Reduzie-

rung der angemieteten Büroflächen von 3 500 Quadratmetern. Einen weiteren Bürostandort am Rödingsmarkt wird die Finanzbehörde demnächst ganz aufgeben. Solche Maßnahmen entlasten den Haushalt, indem wir sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Mein letzter Punkt für diese Einbringungsdebatte, sehr geehrte Abgeordnete, ist der Hinweis, gute Politik sollte man nicht nur daran messen, dass möglichst viel staatliches Geld ausgegeben wird. Die beste Wirtschaftsförderung besteht in den Investitionen von Unternehmen, die ihren Sitz nach Hamburg verlegen oder ihre vorhandenen Aktivitäten hier ausbauen. Neben der SAGA wird sich die private Immobilienwirtschaft mit dem Bündnis für das Wohnen in Hamburg erheblich am Wohnungsbauprogramm beteiligen. Nach der energiepolitischen Verständigung im Zusammenhang mit der Netzbeteiligung werden die Energieversorgungsunternehmen rund 1,6 Milliarden Euro in die Energiewende in Hamburg investieren. Das alles sind Investitionen, die wir niemals über den Haushalt alleine hätten finanzieren können und die dennoch durch gutes Regieren in Hamburg zustande kommen.

(Beifall bei der SPD)

Viele andere Themen zur Haushaltsentwicklung der Stadt Hamburg werden vom Bundestag und vom Bundesrat in Berlin entschieden, die Bundesländer-Finanzbeziehungen, der Länderfinanzausgleich, eine mögliche Altschuldenregelung oder die Wiedererhebung der Vermögensteuer, Fragen also einer vernünftigen und gerechten Finanzierung der öffentlichen Aufgaben. Das sind die Themen in den kommenden Jahren, die wir heute nicht alle besprechen können und die sich derzeit in der Finanzplanung auch nicht abbilden. Ich will nur sagen: Wir arbeiten auch daran,

(Beifall bei der SPD)

so wie an einer vernünftigen Lösung zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes in Deutschland, um die sich der Erste Bürgermeister mit gekümmert hat. Gestern hat mich die Nachricht erreicht, dass dem Bundesrat jetzt die vereinbarte Gesetzesvorlage zur Umstellung der Erstattungen bei der Grundsicherung im Alter vorliegt, die im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt vereinbart wurde. Damit wird Hamburg im Jahr 2013 voraussichtlich 21 Millionen Euro und im Jahr 2014 32 Millionen Euro Mehreinnahmen erzielen. Das wollte ich Ihnen nur aktuell und der Vollständigkeit halber noch sagen, weil damit auch gleich ein Großteil der sogenannten globalen Mehreinnahmen abgedeckt ist, die wir im Haushaltsplan veranschlagt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach unserer Verfassung und der Landeshaushaltsordnung hat der Senat die Pflicht, der Bürgerschaft

**(Senator Dr. Peter Tschentscher)**

rechtzeitig vor Beginn eines Haushaltsjahres einen Haushaltsplan-Entwurf vorzulegen. Der Senat hat seine Arbeit getan. Ab heute übernehmen Sie als Abgeordnete Ihr verfassungsmäßiges Recht, aber auch die Pflicht und Verantwortung, über den Haushaltsplan der Stadt zu beraten und zu entscheiden. Es ist ein guter Entwurf, machen Sie das Beste daraus. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält nun Herr Heintze.

**Roland Heintze CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Senator, nicht euphorisch, aber sehr staatstragend sprechen Sie über die Konjunktur, den Bund und die Energiewende, viele große Linien, die scheinbar im kleinen Hamburg in Ihrem Ressort zusammenlaufen. So sind wir es gewohnt, nur haben wir inzwischen gelernt, dass wir immer, wenn Sie so um die Ecke kommen, verdammt aufpassen müssen, damit wir vor lauter großen Linien, die Sie skizzieren, nicht übersehen, wo Sie mit den Tricks im Detail kommen, wo die Fehler und Kinken stecken und das, was wir sicher nicht mittragen können. So ist es leider auch in diesem Haushaltsplan-Entwurf.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen schon bei der Einbringungsrede unter Beweis, dass Details Ihre Schwäche sind, und das ist interessant. Sie philosophieren darüber, dass bei der Schulsanierung schrecklich viel passiert sei. Ich habe nun parallel in Ihrer Drucksache 20/4172 nachgeschaut. Mitnichten sind 2010 nur 36 Millionen Euro in diesem Bereich ausgegeben worden, es waren 82 Millionen Euro, die der Senat damals in diesem Bereich investiert hat. Das ist der erste Fehler, und der zweite Fehler ist die Behauptung, Sie hätten viel mehr getan. 2011 waren es nämlich 62 Millionen. Herr Senator, wenn Sie über den Haushalt sprechen und dabei den Eindruck von Kompetenz erwecken wollen, dann bleiben Sie bitte auch in den Details bei der Wahrheit. Das würde dem Parlament sehr helfen. Hoffentlich ist das kein schlechtes Omen für die anstehenden Beratungen.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu einem weiteren Detail und einer Kritik, von der ich nicht weiß, wieso Sie diese uns zuschreiben. Der Vorsichtsabschlag bei Ihren Einnahmen scheint uns zwar in der Bemessung willkürlich, aber in der Tat ein Instrument zu sein, mit dem man arbeiten kann. Daran also keine Kritik, auch wenn Sie mir irgendwann in einer stillen Minute erklären müssen, wie Sie dazu gekommen sind; bisher konnte das nämlich keiner.

(Beifall bei *Anja Hajduk GAL* und *Robert Heinemann CDU*)

Kommen wir aber zum ersten SPD-Haushalt, der nicht auf rot-grünen Entwürfen aufsetzt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Schwarz-grünen!)

– Der nicht auf schwarz-grünen Entwürfen aufsetzt, danke, Herr Dr. Dressel.

Der Finanzsenator hat uns am Wochenende vollmundig in der "Welt am Sonntag" verkündet:

"haben wir ein strategisches Konzept, das die langfristige Entwicklung des Haushalts über konjunkturelle Schwankungen hinaus im Auge hat."

Und eben gerade hat er es noch einmal wiederholt. In den letzten Tagen habe ich mich mit den Kolleginnen intensiv mit diesem Haushaltsplan-Entwurf beschäftigt, und von diesem Konzept kann ich abseits Ihrer Rhetorik überhaupt nichts erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Haushalt kostet einfach nur, und zwar kostet er sozialen Zusammenhalt, Transparenz und Kontrolle, was für mich einer der schwerwiegendsten Fehler bei diesem Entwurf ist. Außerdem kostet er, und das ist für einen Haushalt das Schlimmste, unnötig viel Geld. Von großen Linien ist nichts zu erkennen, aber der Haushalt kostet Zusammenhalt und Parlamentskontrolle. Diesen Vorwurf machen wir Ihnen bei der Einbringung dieses Haushalts.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Aber der Reihe nach. Wieso kostet der Haushalt sozialen Zusammenhalt? Wahlgeschenke müssen finanziert werden,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Die haben auch etwas mit dem sozialen Zusammenhalt zu tun!)

und weil viele Wahlgeschenke finanziert werden müssen, fangen Sie jetzt an zu kürzen, ganz gleich, ob gerecht oder ungerecht. Da ist wohl auch dem wohlmeinendsten Betrachter nicht entgangen, dass Sie für Ihre Wahlgeschenke, die in großen Teilen sozial nicht ausgewogen sind,

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Kita-Ausbau?)

damit anfangen, bei wichtigen sozialen Belangen pauschal zu kürzen und damit die ganze Stadt in Haftung für Ihre Wahlgeschenke zu nehmen. Das ist unsozial und gehört sich nicht.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der FDP)

Die Methode ist bei den Studiengebühren die gleiche, 40 Millionen Euro kostet die Abschaffung. CDU und GAL hatten sich auf ein nachgelagertes Modell geeinigt, um diejenigen, die von dem Studi-

**(Roland Heintze)**

um profitieren, an den Kosten ihrer Ausbildung zu beteiligen. Dieses sozial ausgewogene Modell wird gestrichen,

(Zuruf von *Lars Holster SPD*)

weil es ein Wahlversprechen war. Und was kommt an Neuem, denn irgendwo muss das Geld ja herkommen für die Lehrer an den Hochschulen? Sie kürzen bei den Berufsschulen allein 25 Millionen Euro, und bei der Ausbildung der Lehrkräfte sowie bei Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen im außeruniversitären Bereich wird auch gespart. Wenn das die Gegenfinanzierung für Ihre Wahlgeschenke ist, dann können wir auf das Wahlgeschenk verzichten und hätten lieber den alten Zustand zurück. Das wäre deutlich ehrlicher und sozial gerechter.

(Beifall bei der CDU)

Noch eklatanter: 2013 kostet die Übernahme des letzten Kita-Essensgeld-Euros 20 Millionen Euro. Dabei gibt es eine Menge Eltern in dieser Stadt, für die das sozial zumutbar wäre und die hier ihr Scherflein auch beitragen würden. Sie verzichten bewusst darauf; das ist ein Wahlgeschenk. Und um dieses sozial unausgewogene Wahlgeschenk gegenzufinanzieren, werden pauschal im Kinder- und Jugendbereich beispielsweise durch Kürzungen bei der Jugendhilfe 3,5 Millionen oder bei Zuwendungen im Sozialbereich 6,7 Millionen Euro eingespart. Hier werden Wahlgeschenke auf Kosten des sozialen Zusammenhalts in dieser Stadt gegenfinanziert. Wenn das die Linie Ihres Haushalts ist, dann ist diese unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nicht sozial unausgewogen, aber völlig absurd sind die 34 Millionen Euro im Busbeschleunigungsprogramm, die wir ebenfalls finanzieren müssen, denn das war ein Wahlversprechen 2013.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was wollten Sie denn mit der Stadtbahn?)

Dafür werden 7 Millionen Euro bei der Instandhaltung von Straßen gekürzt, die dringend saniert werden müssten. In diesem Haushaltsplan-Entwurf bekommen wir die Rechnung für die SPD-Wahlgeschenke, die unsozial und völlig absurd gegenfinanziert werden. Die Rechnung präsentieren Sie uns jetzt, und das ist kein guter Haushaltsplan-Entwurf.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wie teuer war denn die Stadtbahn?)

Die Wahlgeschenke des Bürgermeisters kosten Ihnen Tribut. Ich kann Ihnen für die CDU ankündigen, dass wir entschieden dagegen kämpfen werden, insbesondere in den Bereichen, wo sie unsozial agieren, um diesen Tribut zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Bürgermeister, es ist nicht so, dass Ihr Haushalt keine Luft hätte. Denn nun kommen wir zum zweiten Bereich dessen, was der Haushalt kostet, Transparenz und Kontrolle.

Es gibt viele Sonderpöstchen für neue Wahlgeschenke. Fangen wir damit an, dass wir 2011/2012 Einmalzahlungen von 400 Millionen Euro hatten. Der Rechnungshof und wir haben gesagt: Wenn das dazu dient, die Schuldentilgung zurückzuführen, wäre es gut. Aber was tun Sie? Sie rufen die 400 Millionen Euro im Haushalt 2013/2014 wieder auf, und jetzt könnte man denken, dass wir damit Schulden tilgen. Das tun wir aber mitnichten, sondern die Einmalzahlungen werden beibehalten und Stück für Stück in strukturelle Ausgaben überführt und damit in neue Schulden. Das kann doch nicht das Konzept der 400 Millionen Euro gewesen sein, sondern das ist Haushaltsausdehnung ohne Not und durch die Hintertür.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks* und *Dr. Till Steffen*, beide GAL)

Von Haushaltssanierung und –konsolidierung keine Spur, stattdessen 234 Millionen in Reserveposten. Wir haben bereits eine allgemeine Rücklage von 1 Milliarde Euro, wenn einmal etwas schiefgeht. Darüber reden sie im Haushalt nicht. Stattdessen schaffen sie eine Ausgabeermächtigung in zweistelliger Millionenhöhe und nennen diese "allgemeine zentrale Reserve". Jetzt haben wir uns gefragt, was eine allgemeine zentrale Reserve ist, wenn das nicht die Rückstellung ist. Dort steht: "zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit in unerwarteten, außergewöhnlichen Konstellationen und der Absicherung politisch prioritärer Bedarfe". Die politisch prioritären Bedarfe legt die SPD fest und hat 50 Millionen Euro für Wahlgeschenke schon jetzt in den Haushalt eingestellt. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Und die Intransparenz geht weiter. Es gibt nicht nur einen Posten, sondern drei dieser Art, und das nennt man dann "globale Mehrkosten für Haushaltsrisiken und Budgetaufstockungen". Darauf dürfen alle Behörden zugreifen. Sie betreiben mit diesen Pöstchen, diesen kleinen Geschenkpaketen, auf die Sie zugreifen können, wenn es Ihnen gerade passt, eine Politik der vollen Taschen und haben sogenannte globale Mehrausgaben in Höhe von 279 Millionen Euro in 2012 auf 510 Millionen Euro in 2013 gesteigert. Wenn das eine solide Haushaltspolitik ist und noch irgendetwas mit Transparenz zu tun hat, dann bin ich hier im falschen Film, Herr Senator. Wir erwarten, dass Sie das zurücknehmen und das Geld, was Sie nicht brauchen, dann bitte gar nicht erst einplanen, sondern in die verminderte Kreditaufnahme stecken. Das wäre solide Haushaltspolitik, die der

**(Roland Heintze)**

Stadt an vielen Stellen mehr helfen würde als Ihre Rhetorik hier vorne.

(Beifall bei der CDU)

Wir treffen neuerdings in Ihren Haushalten das Verfahren an, dass Sie Entschuldung vortäuschen, um neue Ausgaben zu finanzieren. Das ist jedem klar geworden, der sich mit dem Verschiebebahnhof Sondervermögen Hafen beschäftigt hat. Dieses Sondervermögen stammt eigentlich aus der Rekapitalisierung des Versorgungsfonds; hier wurde Schuldentilgung in neue Investitionen verschoben. Sehen Sie es mir nach, aber Blankoschecks für globale Minder- oder Mehrausgaben wird die CDU-Fraktion in diesen Haushaltsberatungen nicht unterschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt noch einen Punkt, der uns irritiert. Normalerweise sagt der Senat, so haben es zumindest die Vorgänger getan, wo er kürzen muss, und legt politische Prioritäten fest. Das finde ich gut.

Jetzt schauen wir mal in Ihre globalen Minderausgaben und deren Konkretisierung. Ich bin begeistert ob der Konkretheit. Ich weiß nicht, ob Sie globale Minderausgaben reinschreiben, um dann auf Klausurtagungen zu sagen, was Sie sparen wollen, oder machen Sie Ihre Haushaltsklausurtagung, um zu sagen, was Sie mehr ausgeben wollen? Es würde uns helfen, wenn Sie globale Minderausgaben und globale Mehrausgaben konkretisieren, dann wüsste der Hamburger nämlich, was mit seinem Steuergeld passiert, und dann brauchen wir auch keine Vorträge über allgemeine Konjunkturlagen, wie Sie sie vorhin gehalten haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Christa Goetsch* und *Dr. Till Steffen*, beide GAL)

Mich beschleicht der Verdacht, dass für diese pauschalen Negativbuchungen auf dem Papier der Fachbehörden die politische Verantwortung abgewälzt werden soll, und zwar aus dem Bürgermeister-Gehege und möglichst auch aus der Finanzbehörde heraus hinein in die Fachbehörden und dort möglichst kleinteilig in die Verwaltungsabteilungen. Dann sind die ganzen Sparvorschläge natürlich nie von der SPD gekommen, sondern das war immer die Verwaltung, die die große politische Linie nicht verstanden und das Regierungsprogramm nicht gelesen hat. Ich habe schon jetzt eine Liste angelegt, wie häufig uns das im Jahr 2013/2014 passieren wird. Ich befürchte, das wird sehr oft sein.

(Beifall bei der CDU)

So lange Sie nicht konkretisieren, was Sie sparen wollen, sparen Sie sich bitte Ihre rhetorische Aufforderung, wir mögen bitte mithelfen. Wenn Sie uns mal sagen, wo wir mithelfen könnten, dann sind wir als Opposition sicher gerne dabei, Herr Senator. Sparen Sie an Rhetorik und werden Sie

konkreter. Das würde den Haushaltsberatungen in diesem Parlament wirklich helfen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir würden eine Haushaltsstrukturkommission bilden, aber die wollen Sie nicht. Stattdessen schreiben Sie der Bezirkslenkungsgruppe in Ihren Einsetzungsauftrag rein, dass Aufgabenreduzierung Führungsaufgabe sei. Lieber Herr Finanzsenator, lesen Sie Ihre Einsetzungsverfügungen und nehmen Sie sich Ihre eigenen Worte zu Herzen. Machen Sie vernünftige Haushaltsberatungen und nicht das, was Sie vorgelegt haben.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Haushalt kostet sozialen Zusammenhalt. Das werden wir in den Einzelberatungen sehr deutlich und dezidiert aufzeigen. Dieser Haushalt kostet das Parlament Transparenz. Wir wissen in großen Teilen nicht, wofür wir die Blankoschecks ausstellen, und ich befürchte, Sie werden es uns auch nicht verraten. Und dieser Haushalt, und das ist das Schlimmste, kostet unnötig Geld. Wenn Sie die 400-Millionen-Euro-Einmalzahlung, die Sie noch in den letzten zwei Jahren und auch in diesem Jahr zur Tilgung von Schulden eingesetzt haben, was okay ist, nicht in neue strukturelle Ausgaben und SPD-Wahlgeschenke-Reservepöstchen überführen würden, dann sähe dieser Haushalt anders aus. Dann wären Sie nämlich schon 2014 bei 133 Millionen Euro plus und 2015 bei 300 Millionen Euro plus. Da ist noch eine Menge Reserve für Ihre konjunkturpolitischen Betrachtungen, die Sie am Anfang durchgeführt haben. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Reserve in den Haushaltsberatungen heben und der Stadt einen Haushalt vorlegen, der es verdient hat, dass ein Bürgermeister und ein Finanzsenator von einem finanzpolitischen Konzept sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Es zeichnet sich ab, dass Sie die Chance vertun, wirkliche Pflöcke einzuschlagen, gerade in der schwierigen Situation der Stadt; Sie haben darauf hingewiesen. Ich kann nur hoffen, dass Sie über viele Punkte in Ihren zahlreichen Klausuren und in den Haushaltsberatungen zum Wohle der Stadt noch einmal nachdenken.

Ein weiteres Zitat des Finanzsenators vom Wochenende:

"Wir können alles, was wir tun, gut erklären."

Herr Senator, ich bin gespannt. Bei so viel Intransparenz und unnötigen Ausgaben, die Sie eingebracht haben, werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten viel erklären müssen,

(Heiterkeit bei der GAL)

und die CDU wird Sie dabei sehr kritisch und mit eigenen Vorschlägen begleiten.

**(Roland Heintze)**

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält nun der Abgeordnete Quast.

**Jan Quast SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Heintze, das wäre mal etwas Neues, wenn die CDU-Fraktion die Haushaltsberatungen kritisch begleitet. Das haben wir in den letzten zehn Jahren jedenfalls nicht erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Der Doppelhaushalt 2013/2014 könnte unter dem Motto "Sanieren und modernisieren" stehen.

(*Jens Kerstan GAL:* Könnte, tut er aber nicht!)

Wir sanieren den Haushalt und modernisieren die Stadt. Ich werde in meinem Beitrag deutlich machen, dass es berechtigt ist, den Haushalt unter dieses Motto zu stellen, Herr Kerstan.

(Beifall bei der SPD)

Der vorliegende Haushaltsplan-Entwurf ist ein bedeutsamer Meilenstein für eine Metropole ohne neue Schulden.

(*Farid Müller GAL:* Oha!)

Er ist Ausdruck einer soliden Finanzpolitik, die seit anderthalb Jahren wieder Bestandteil der Regierungspolitik ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir, Senat und Regierungsfraktion, bringen den Haushalt wieder in Ordnung, wie wir es den Menschen dieser Stadt versprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausgabenanstieg bleibt auf unter 1 Prozent begrenzt, und überdurchschnittliche Steuereinnahmen nutzen wir nicht für höhere Ausgaben, wie es in der Vergangenheit so oft der Fall war. Höhere Zuschüsse des Bundes, beispielsweise bei der Grundsicherung im Alter, verwenden wir nicht für die Ausweitung der Ausgaben, wie es gern behauptet wurde. Jetzt können Sie schwarz auf weiß lesen, dass das nicht so ist. Wir nutzen diese Mehreinnahmen vielmehr, um die Neuverschuldung kontinuierlich Jahr für Jahr zu senken. Wenn wir schon vor 2019 keine neuen Schulden mehr machen müssen, weil die gute Konjunktur anhält, was wir hoffen, oder weil sich der Bund aktiv zu seiner Mitverantwortung für die Sozialausgaben der Kommunen bekennt, dann wird uns das sehr freuen. Wir werden aber nicht den sozialen Frieden dieser Stadt gefährden, indem wir den Rotstift um jeden Preis ansetzen, wie es einige fordern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sanieren den Haushalt und modernisieren die Stadt. Wer sparsam

wirtschaftet, kann auch in die Zukunft investieren. Mit dem Haushaltsplan-Entwurf können wir deshalb weitere Schritte für ein modernes Hamburg gehen. Wir investieren in die Kinderbetreuung, in kleinere Klassen und in die ganztägige Betreuung in Schulen. Wir schaffen die Studiengebühren zum Wintersemester ab und kompensieren die Ausfälle für die Hochschulen vollständig.

(*Robert Heinemann CDU:* Ach, hör doch auf!)

Dabei geht es nicht um Wahlgeschenke, Herr Heintze, sondern um Bildungsgerechtigkeit und Chancen für alle.

(Beifall bei der SPD)

Wir stärken den Wohnungsbau und nehmen uns der Sanierung städtischer Infrastruktur an.

Die Steuerschätzungen ergeben sehr günstige Prognosen für die Steuereinnahmen der nächsten Jahre, die leicht dazu verführen könnten, in der Ausgabendisziplin nachzulassen. Wir tun das nicht. Die verhängnisvollen Ausweitungen der Ausgaben in Zeiten hoher Steuereinnahmen und noch höherer Steuerschätzungen haben die Haushaltslage in der Vergangenheit immer wieder verschlechtert, weil die Steuereinnahmen dann doch nicht wie erwartet gewachsen sind oder weil die Ausgaben bei geringeren Steuereinnahmen nicht beliebig zu kürzen waren. Wir haben daraus gelernt.

(Beifall bei der SPD)

Neben der strikten Ausgabendisziplin plant der Senat daher auch nicht mit den prognostizierten, sehr hohen Steuern, sondern mit einem Vorsichtsabschlag von 150 bis 500 Millionen Euro, und das ist vernünftig. Das kaufmännische Prinzip der vorsichtigen Veranschlagung hat die Haushaltsplanung erreicht. Während die CDU zwar das kaufmännische Rechnungswesen in der Verwaltung einführen wollte und viel in eine Bilanz der Stadt investiert hat, die kaufmännischen Grundsätzen folgt, hat sie bei der Haushaltsplanung die kaufmännischen Prinzipien stets außer Acht gelassen.

(Beifall bei der SPD)

Risiken, die bis heute auf den Haushalt wirken, wurden oft schöngerechnet oder verschleiert. Diese gehören nach kaufmännischen Prinzipien aber klar benannt, so wie Senator Tschentscher das getan hat. Die fortlaufende Gewährträgerhaftung und die 2009 beschlossene Garantie zugunsten der HSH Nordbank sind bedeutende Risiken für den Hamburger Haushalt in Milliardenhöhe. Die Folgen einer Abschwächung der Konjunktur, beispielsweise durch die noch immer anhaltende Krise im Euroraum, bilden Risiken für Steuereinnahmen und Sozialleistungen. Daher ist es vernünftig, in einem gewissen Umfang auch zentrale Reservemittel vorzuhalten, Herr Heintze.

**(Jan Quast)**

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie dem Senat finanzpolitisch zu große Vorsorge vorwerfen, wundert mich. Das ist wohl der einzige Senat in der Republik, dem von der Opposition vorgeworfen wird, dass er eine solide Haushaltspolitik betreibt.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU*: Das haben wir doch gar nicht gemacht!)

Aber es gibt auch ganz konkrete Herausforderungen. Herr Senator Tschentscher hat einige benannt und ich will das unterstreichen. Der Hamburgische Versorgungsfonds hat immer noch Rekapitalisierungsbedarfe von fast 500 Millionen Euro, um den Wertverlust der HSH-Nordbank-Aktien auszugleichen. Der Senator hat uns eben über die städtische Beteiligungsholding HGV berichtet, die bei der HSH Nordbank stille Einlagen, aus Krediten finanziert, über 1,4 Milliarden Euro hatte. Die Einlagen sind weg, die Kredite müssen aber weiter bedient werden, und dafür zahlen wir Jahr für Jahr den Verlustausgleich für die HGV. Und auch der fast vor einem Jahrzehnt erfolgte Verkauf von Forderungen der Wohnungsbaukreditanstalt zum Stopfen von Löchern im Haushalt wirkt bis heute nach. Wir müssen Jahr für Jahr zweistellige Millionenbeträge aufbringen, um bei der Wohnungsbaukreditanstalt fehlende Zins- und Tilgungszahlungen auszugleichen. In diesem Doppelhaushalt sind das über 53 Millionen Euro.

(*Roland Heintze CDU*: Waren das dreistellige Beträge? – Gegenruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wer hat denn das verkauft?)

Diese Beispiele, die nicht der regelmäßigen öffentlichen Betrachtung unterliegen, zeigen, dass wir auch in den kommenden Jahren noch erhebliche Altlasten zu finanzieren haben. Die Unterstellung, es würden Kassen für Wahlgeschenke angelegt,

(*Robert Heinemann CDU*: Niemals!)

wie wir von verschiedenen Seiten gehört haben, ist angesichts dieser sich auftürmenden Altlasten geradezu absurd.

(Beifall bei der SPD)

Denn auch der bislang unterfinanzierte Schulbau wird nunmehr bedarfsgerecht ausgestattet, indem die Mittel von heute, 152 Millionen Euro, auf 240 Millionen Euro im Jahr 2014 erhöht werden.

(*Robert Heinemann CDU*: Geben Sie das Geld doch mal aus, das schaffen Sie ja nicht!)

Für die Hafeninvestitionen werden nach Auslaufen der HHLA-Milliarde fast 100 Millionen Euro im Haushalt eingestellt.

Mit dem Haushaltsplan-Entwurf hat der Senat zudem erstmals das von der SPD-Fraktion im ver-

gangenen Herbst eingeforderte behördenübergreifende Sanierungsprogramm 2020 vorgelegt. Dies benennt erforderliche Sanierungsmaßnahmen an der öffentlichen Infrastruktur, priorisiert sie und macht einzelplanbezogen transparent, wann und wie welche Sanierungsobjekte angegangen werden sollen.

(*Roland Heintze CDU*: Wird aber auch abgeschmolzen!)

Damit ist die Grundlage geschaffen, den in den vergangenen Jahrzehnten aufgelaufenen Sanierungsrückstau an Brücken, Straßen, Gebäuden, Grünanlagen und Spielplätzen schrittweise abzubauen. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen haben, aber nach dem, was wir im Doppelhaushalt überschlagen haben,

(*Dr. Till Steffen GAL*: Unterschlagen!)

stehen in den nächsten zwei Jahren gut 1,4 Milliarden Euro für Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung.

(*Jens Kerstan GAL*: Ihr habt das Geld unterschlagen und nicht aufgestockt!)

Das ist mehr als im Doppelhaushalt 2011/2012 und deutlich mehr, lieber Herr Kerstan, als Schwarz-Grün jemals aufgebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sanieren den Haushalt und modernisieren die Stadt. In wenigen Monaten ist es gelungen, vier Behörden im Rahmen der Modernisierung des Haushaltswesens vom NHH-System in das neue, von Bürgerschaft und Senat gemeinsam getragene Strategische Neue Haushaltswesen zu überführen. Den daran beteiligten Mitarbeitern möchte ich für diese Leistung danken.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Mitarbeiterinnen auch!)

– Natürlich, Frau Sudmann, aber ich wollte nicht auf Ihren Zwischenruf verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Der Dank geht auch an die Mitarbeiterinnen, die daran beteiligt waren.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Der Dank geht auch an die CDU!)

Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe der nächsten Monate und Jahre wird es sein, Fortschritte bei der Qualität der Produktbeschreibungen und der Aussagekraft der neuen Pläne und des Berichtswesens zu erzielen, um ein modernes Haushaltswesen für Hamburg zu schaffen, das den Transparenzanforderungen von Senat, Bürgerschaft und Öffentlichkeit gerecht wird.

(*Roland Heintze CDU*: Fangen Sie doch jetzt mal mit dem Haushaltsplan an!)

**(Jan Quast)**

Wir werden auch darüber diskutieren müssen, warum die uns in den Einzelplänen vorgelegte Darstellung in der Struktur von den Verabredungen zwischen Bürgerschaft und Senat abweicht. Sicherlich gibt es dafür gute Gründe, die uns nur noch nicht kommuniziert worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir sanieren den Haushalt und modernisieren die Stadt. Wir sanieren unsere Schulen, Straßen und überschuldete Sondervermögen und schaffen die flächendeckende Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Wir machen Hamburg zum Zentrum der Energiewende. Die Beteiligung an den Netzen sowie die Vereinbarungen mit den großen Energieversorgern sind dafür zentrale Bausteine. Wir schaffen eine Investitionsbank, die über Kleinkreditprogramme kleine und mittlere Betriebe und damit Innovationen effektiver fördern wird. Wir gestalten eine moderne Metropole. Eine moderne Metropole braucht eine gute und für jeden, der diese benötigt, ganztägige Betreuung für Kinder.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Hör doch mal auf, das kann man ja nicht mehr hören!)

Eine moderne Metropole braucht keine Gebühren auf Bildung und Studium.

(Beifall bei der SPD)

Eine moderne Metropole braucht mehr und bezahlbare Wohnungen, und eine moderne Metropole braucht für all das gesunde Finanzen. Wir sind mit diesem Haushaltsplan-Entwurf auf einem guten Weg dorthin.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit**: Nun hat Frau Hajduk das Wort.

**Anja Hajduk GAL**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Haushaltseinbringung für den Doppelhaushalt 2013/2014 findet unter neuen und auch besonderen Bedingungen statt. Diesmal beraten wir einen Haushalt vor dem Hintergrund einer neuen Verfassung. Die Verabschiedung der Schuldenbremse im Juni dieses Jahres liegt noch nicht so weit zurück. Die Schuldenbremse, die im Finanzbericht des Senats einen großen Raum einnimmt, haben wir mitverhandelt und mitgetragen, und deswegen tragen wir auch das damit verbundene moderate Ausgabenwachstum für die nächsten Jahre, die damit verbundene Langfristperspektive und die vorsichtige Einnahmeentwicklung mit. Dieser Haushalt findet aber nicht nur unter den neuen rechtlichen Rahmenregelungen statt, sondern auch unter weiterhin recht günstigen Bedingungen für den Haushalt, unter einer enorm positiven Entwicklung der Steuereinnahmen, die schon im letzten Jahr deutlich gewesen ist und die sich

dieses Jahr fortsetzt. Wir haben weiterhin verhältnismäßig geringe Ausgaben bei den Zinsen, will sagen, dass die Zinssätze aktuell günstig sind. Diese positiven Bedingungen können dazu verleiten, dass man denkt, dass das schon alles läuft und in Ordnung ist. Man könnte vergessen, die Risiken zu erkennen, die in diesem Haushalt stecken. Ich will in dieser Einbringungsdebatte auf die wesentlichen großen Punkte eingehen, die uns auffallen. Wir halten die Risiken, die in diesem Haushalt stecken, schon für sehr, sehr groß.

(Beifall bei der GAL)

Beim ersten Punkt, den ich ansprechen will, geht es um Risiken bei den städtischen Beteiligungen. Finanzsenator Dr. Tschentscher ist selber darauf eingegangen und hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir noch mit hohen Risiken zu kämpfen haben, was die Entwicklung bei der HSH Nordbank angeht. Und wenn man sich die Entwicklungsperspektive bei den städtischen Beteiligungen, zum Beispiel bei der HGV, anschaut, speziell die Entwicklung des Verlustausgleichs, dann müssen wir feststellen, dass die Zahlen, ausgehend von einem Verlustausgleich, den wir aus dem Haushalt finanzieren müssen – 68 Millionen Euro in 2011 – stetig ansteigen: 87 Millionen Euro in 2012, 89 Millionen Euro in 2013, über 90 Millionen Euro in 2014. Die HGV hatte vor einigen Jahren noch eine Nulllinie da stehen, und diese Entwicklung gibt Anlass zur Sorge, insbesondere vor dem Hintergrund, dass dieser Verlustausgleich von 91 Millionen Euro im nächsten Jahr eine Dividendenzahlung von Hapag-Lloyd in der Größenordnung von 35 Millionen Euro und eine Dividendenausschüttung der HHLA von 30 Millionen Euro unterstellt.

(*Jörg Hamann CDU*: Sehr realistisch!)

Man braucht keine Prophetin zu sein, um zu sagen, dass der Verlustausgleich der HGV schon im nächsten Jahr über die 100-Millionen-Grenze springen wird. Und das 35-Millionen-Euro-Risiko, das bei Hapag-Lloyd drinsteckt, haben Sie und dieser Senat aus unserer Sicht unnötig ausgeweitet. Gerade vor dem Hintergrund der Risiken bei der HSH Nordbank hätten wir uns bei Hapag-Lloyd zurückhalten sollen, um uns nicht zusätzliche Risiken einzuhandeln, auf die dieser Senat politisch keinen Einfluss nehmen kann.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der FDP)

Wir haben schon darüber gestritten, dass diese Investition große Risiken birgt. Gestern ist das mit der Vorlage des zweiten Quartalsberichts leider mehr als deutlich geworden. Wir haben nicht nur ein 15-Millionen-Euro-Zinsrisiko für die zusätzliche Hapag-Lloyd-Beteiligung, sondern ein komplettes Ausfallrisiko von 35 Millionen Euro bei der Dividende. Das war eine falsche Investitionsentscheidung des Senats und das ist kein gutes Zukunftsprogramm für Hamburg.

**(Anja Hajduk)**

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Kommen wir zu einem weiteren Bereich, der in diesem Haushalt sehr kritisch ist – die Beteiligungen im dreistelligen Millionenbereich habe ich gerade angesprochen –, dem Bereich der Investitionen des Haushalts. Ich habe einen Vergleich angestellt, wie es eigentlich gewesen ist mit den Investitionen in der vorherigen Legislaturperiode. Wenn Sie dort die Investitionsplanungen von 2008 bis 2011 addieren – ich habe dieses Überschneidungsjahr einmal der alten Periode zugeschlagen –, dann kommen Sie auf eine Summe von 4,9 Milliarden Euro. Das heißt, im Durchschnitt haben wir pro Jahr mehr als 1,2 Milliarden Euro investiert. Die Ist-Zahlen weichen nicht groß davon ab, ich glaube, sie sind in Teilen sogar höher. Wenn Sie sich vergleichsweise die Investitionsplanungen des SPD-Senats von 2012 bis 2015 anschauen – 2011 war identisch, sowohl die SPD-Planung als auch die schwarz-grüne, damit da keine Fragezeichen entstehen –, dann kommen wir auf 3,4 Milliarden Euro, das heißt, im Durchschnitt auf 857 Millionen Euro. Wir haben es also mit einer Rückführung der Investitionen von über 1,2 Milliarden Euro auf rund 850 Millionen Euro zu tun. Das heißt, wir haben eine substantielle Veränderung in der Finanzplanung dieser Stadt, die man auch so ausdrücken kann: Investitionen minus 30 Prozent.

Da muss man zu Recht einmal überlegen, ob das eine kluge Strategie ist. Der Bürgermeister hat doch auch den Anspruch erhoben, gerade bei der Haushaltspolitik in langfristigen Perspektiven zu denken. Da sage ich ganz deutlich: Diese dramatische Rückführung der Investitionen ist nicht gut für die Zukunft der Stadt. Ich erwähne das hier, weil ich auch schon häufig die Kritik aus der SPD-Fraktion gehört habe, dass in den letzten Jahren immer irgendwelche Leuchtturmprojekte finanziert worden seien. Ich glaube, Sie sitzen da langsam einer Fehleinschätzung auf. Wir leben heute noch ganz gut mit großen Investitionsentscheidungen, die vor einigen Jahren getroffen worden sind, wenn man an IBA und igs denkt, wenn man an Deckelplanungen und andere Dinge denkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe bei Ihnen den Eindruck, dass Sie sich auf den Entscheidungen der Vorgängerjahre ausruhen und einen Investitionsplan für die Zukunft entwickeln, der mit einer Quote von 7 Prozent weit zu gering ist.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich möchte noch erwähnen, dass der Schulbau bei diesem Vergleich keine verzerrende Rolle spielt. Er war sowohl zu schwarz-grüner Zeit als auch heute jenseits dieser Planungen. Von daher hat das nicht verzerrend auf diesen Vergleich Einfluss genommen.

Ich komme beim Thema Investitionen noch einmal auf das Sanierungsprogramm zu sprechen, weil das immer wie so eine Art Erklärungsmuster für Investitionen à la SPD ist. Was Sie da hervorzaubern wollen, ist für mich der Gipfel der Frechheit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Dieses Sanierungsprogramm ist im Finanzbericht für meine Begriffe relativ lieblos dargestellt, denn es hat keine einheitliche Systematik.

(Dirk Kienscherf SPD: Müssen wir nächstes Mal Bilder machen!)

Man kann überhaupt nicht erkennen, welche Investitionen schon seit Ewigkeiten in der Finanzplanung sind und was wirklich ganz neu ist. Mein Tipp ist, das "ganz neu" wird ganz wenig sein, aber ich will Ihnen eine Sache einmal ganz klar vorrechnen. Der Vorgängerserrat hat gegen Ende der Koalition einen Sanierungsfonds Infrastruktur aufgelegt. Er wurde insbesondere wegen der damaligen Diskussion um Straßensanierungen und andere Sanierungsprogramme aufgelegt, die aufgestockt wurden. Dieser Sanierungsfonds Infrastruktur ist durchgeschrieben in der alten Finanzplanung, wenn wir mal nur die Zahlen von 2012 bis 2016 nehmen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ausfinanziert war er nie!)

– Das stimmt so nicht, das sind ganz normale Finanzplanungen gewesen mit 170 Millionen Euro.

Sie haben genau diesen Sanierungsfonds in demselben Zeitraum jetzt zusammengestrichen auf 100 Millionen Euro und rühmen sich öffentlich, dass Sie Sanierung als eine Schwerpunktaufgabe betreiben. Das ist doch der Gipfel der Frechheit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Herr Dr. Dressel, man kann das nur als Schwerpunkt bezeichnen, was Sie machen – diese Rückführung von 170 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro –,

(Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!)

wenn man es normal findet, dass man die Investitionen sowieso zusammenstreicht. Das ist Ihre Politik.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Ich möchte aber noch auf einen dritten Bereich kommen, den wir als Risikopunkt in diesem Haushalt sehen, und der wird uns noch sehr intensiv während der Haushaltsberatungen begleiten. Der SPD-Senat hat entschieden, die zentrale Reserve für Tarifierhöhungen abzuschaffen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Oh, oh!)

Der Bürgermeister hat im letzten Jahr einen Brief an die Spitzenorganisation der Gewerkschaften

**(Anja Hajduk)**

geschickt, indem er eine Garantieerklärung abgegeben hat – das muss man sich an dieser Stelle in Erinnerung rufen –, zukünftig die Tarifverhandlungsergebnisse mit der TDL in jedem Fall auf den Beamtenbereich zu übertragen. Wenn man sich jetzt diesen Brief in Erinnerung ruft und weiß, dass die SPD die zentrale Reserve für Tariferhöhungen streicht – die bisher eingestellte Reserve hat 1,5 Prozent –, dann muss man sich einmal überlegen, wo wir ungefähr landen werden mit den Tarifverhandlungen 2013/2014. Das ist ab dem 1. Januar alles zu erwarten und wird gültig sein.

Nehmen wir einmal als Vergleichsmaßstab das aktuelle Ergebnis, das für den Bund und die Kommunen ausverhandelt wurde. Meiner Erinnerung nach waren das 3 Prozent pro Jahr. Wenn jetzt also zusätzlich zu erwarten ist, dass es im nächsten Jahr eine erfolgreiche Tarifverhandlung gibt – davon gehen wir natürlich alle aus –, dann ist es ganz seriös, heute zu sagen, dass die Tariferhöhung wahrscheinlich ähnlich hoch ausfallen wird und damit doppelt so viel wie das eingeplante 1,5-Prozent-Polster. Rechnen wir doch einmal aus, was das eigentlich heißt, wenn eine zusätzliche Tariferhöhung dann dezentral in den Behörden durch Einsparungen erreicht werden muss. Das heißt, es müssen 55 Millionen Euro über den Kernhaushalt der Stadt im Personalbereich eingespart werden. Eigentlich ist es klar, dass ein Bürgermeisterversprechen gehalten werden muss. Hier kann man sagen, dass das Bürgermeisterversprechen zu einem Streichautomatismus mutiert, ohne ein konkretes Konzept zu liefern und ohne dafür Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Ich kann das noch ein wenig deutlicher machen. Für die Schulbehörde bedeutet dies Einsparungen im Personalbereich von 20 Millionen Euro. Das entspricht der Größenordnung von 400 Lehrerstellen. Wir wissen alle, dass die Schulbehörde gar nicht so eine große Verwaltung jenseits der Lehrerstellen hat, dass sie das ohne weiteres erbringen könnte. Es bedeutet im Hochschulbereich, was dann auf Universitäten und andere zukommt, Einsparungen im Doppelhaushalt allein bei der Universität in einer Größenordnung von 10 Millionen Euro. Das kann man ungefähr gleichsetzen mit 31 Lehrstühlen; Professoren plus Arbeitsbereich wären dann weg.

Man kann sich auch einmal überlegen, was dies für den Kita-Bereich bedeutet. Kita-Politik ist ja immer das Beglückungsprogramm für alle laut SPD.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ist auch richtig!)

Was muss da noch gemacht werden, wie sollen die Entgelte bezahlt werden und was muss dort verhandelt werden gemäß Landesvertrag? Herr Scheele hatte gesagt, dass eine Steigerung von

mehr als 0,88 Prozent vorgenommen würde, aber nicht mehr. Das bedeutet auch dort ein Einsparvolumen von 11 Millionen Euro.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Es wird dann mit der Qualität in den Kitas nicht so gut weitergehen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Diese Beispiele machen deutlich, dass der Senat in seinen Haushaltsberatungen mit der Entscheidung, das Risiko für Tariferhöhungen zu dezentralisieren, nichts anderes getan hat, als sich vor einem ehrlichen, transparenten Haushalt zu drücken.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das finde ich verantwortungslos und nicht verantwortungsvoll. Über diese Thematik, die sich nicht nur im Kernhaushalt als Problem abbildet, sondern im gesamten Anwendungsbereich, liebe SPD-Fraktion, werden wir intensiv zu sprechen haben. Dafür haben Sie keine Lösung geboten, das hätte man vom Senat jedoch erwarten müssen. Und jetzt muss sich das Parlament an die schwierige Arbeit machen, vor der der Senat sich gedrückt hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Haben Sie denn eine Lösung? Würde uns interessieren!)

– So ist es, Dr. Dressel, das ist gar nicht zum Lachen.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Machen Sie doch mal einen Vorschlag! Sie haben doch keinen Vorschlag!)

Insofern haben wir sicherlich heute noch kein abschließendes Urteil über diesen Haushalt. Aber wir haben versucht, deutlich zu machen, welche Risiken wir schon bei der Einbringung erkennen.

Ich könnte auch noch andere Punkte aufzählen, dass wir nach wie vor nicht verstehen können, warum Einsparungen bei der Kinder- und Jugendhilfe von 3,5 Millionen Euro zwingend notwendig sind. Dafür hat es für uns bislang keine gute Begründung gegeben.

Für uns stellt sich das Ganze unter dem Strich so dar, dass sich die SPD trotz guter Rahmenbedingungen, die Sie hat – und diese Fortune ist für die Stadt auch gut –, im Großen und Ganzen, wenn man an die Investitionen denkt, nicht auf Zukunftsideen und die Entwicklung der Stadt konzentriert, sondern auf das Verwalten beschränkt. Ihre Kürzungen sind zum Teil drastisch ungerecht, und Sie gehen sehr hohe Risiken ein wie beispielsweise bei Hapag-Lloyd. Dieses alles zusammen betrachtet zeigt, dass dieser Haushaltsplan alles andere als ein Zukunftsprogramm für diese Stadt ist. – Schönen Dank.

**(Anja Hajduk)**

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Herr Bläsing hat das Wort.

**Robert Bläsing FDP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Sozialdemokratie aus Bürgerschaft und Senat, vor einem Jahr haben Sie uns und der Stadt während der Debatten um den Haushalt suggeriert, dass er in weiten Teilen noch der Entwurf von Schwarz-Grün sei und Ihr großer Wurf erst noch komme. Heute, ein Jahr später, wissen wir: Da kommt kein großer Wurf mehr, da kommt nur kleines Karo.

(Beifall bei der FDP)

Der vorgelegte Haushaltsplan-Entwurf ist Ausdruck Ihres dramatischen Mangels einer Vision für die Zukunft dieser Stadt. Das zeigt sich aber auch an der Missachtung Ihrer eigenen Vorsätze. Hamburg braucht Klarheit, Vernunft und Verantwortung. Das hat die SPD an jeder Ecke im letzten Bürgerchaftswahlkampf plakatiert. Heute müssen wir jedoch feststellen, dass Ihr Haushaltsplan-Entwurf nicht klar strukturiert ist, dass er nicht vernünftig und auch nicht von Verantwortung gegenüber Hamburg und seinen Bürgern geprägt ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion erlaubt sich dieses klare Urteil, weil sie als einzige Fraktion während der letzten Haushaltsberatungen der Bürgerschaft substanzielle Einsparvorschläge unterbreitet hat, auch wenn sie manchmal unpopulär waren, das konzidiere ich durchaus. Und wir werden das auch dieses Mal wieder tun, das kann ich schon ankündigen. Wir hatten und haben den Mut, konkret zu sagen, wo und wie wir sparen wollen, um den Haushalt möglichst schon 2016 – das ist unser erklärtes Ziel – auszugleichen. Das ist unsere Vorstellung von konstruktiver Opposition, und das würden wir in entsprechend großem Umfang auch von einer Regierungspartei erwarten, die von sich behauptet, die Zukunft dieser Stadt gestalten zu wollen.

(Beifall bei der FDP)

Für die zukünftige Haushalts- und Finanzpolitik haben wir gemeinsam mit Ihnen und natürlich auch den Grünen mit der Schuldenbremse Leitplanken fest in der Verfassung verankert. Wir haben gleichzeitig auch festgelegt, wie das strukturelle Defizit abgebaut werden muss, nämlich gleichmäßig in kontinuierlichen Schritten; das hatte ich bereits vor ein paar Monaten ausgeführt. Dazu stehen wir nach wie vor, ohne Wenn und Aber.

Die verfassungsrechtliche Verankerung der Schuldenbremse geht allerdings noch ein Stück weiter, denn sie gibt uns als Parlament und auch dem Se-

nat den klaren Auftrag, so früh wie möglich auf neue Schulden zu verzichten. Wir stehen in der Pflicht, alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Und da möchte ich mir auch folgenden Ausspruch des Ersten Bürgermeisters durchaus zu eigen machen, der sagte, man sei sich der Härte, die damit angesagt werde, bewusst.

*(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Na, toll!)*

Herr Finanzsenator, von dieser harten Notwendigkeit ist in Ihrem Haushaltsplan-Entwurf nichts zu sehen.

*(Beifall bei der FDP – Dr. Andreas Dressel SPD: Na, denn mal Beispiele!)*

Sie treffen stattdessen in den entscheidenden Punkten keine klaren Ansagen, handeln unvernünftig und drücken sich darum, Verantwortung zu übernehmen. Ein ordentlich regierender Senat würde eine Politik der nachhaltigen Konsolidierung und Entschuldung machen und Risiken vermeiden oder zumindest minimieren. Sie allerdings gehen auf Shoppingtour und kaufen für 1 Milliarde Euro Rohre und Kabel der Netzbetreiber sowie eine hochriskante Beteiligung an der Reederei Hapag-Lloyd, die nach den neuesten Zahlen – Frau Hajduk hat bereits darauf hingewiesen – im Gegensatz zur Konkurrenz Verluste in Millionenhöhe einfahren wird und somit im nächsten Jahr die eing geplante Dividende nicht an die Stadt zahlen kann; das ist zumindest zu erwarten.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie eine Glaskugel zu Hause?)*

Sie mühen sich, Ihre überflüssigen Wahlgeschenke wie die Abschaffung der Studiengebühren oder das kostenlose Kita-Mittagessen zu finanzieren. Sie setzen dabei allerdings falsche Prioritäten, indem Sie im Gegenzug zum Beispiel ausgerechnet bei der Kinder- und Jugendarbeit kürzen wollen. Sie planen zu optimistisch und blauäugig, was die Einnahmen sowie die Entwicklung der Ausgabe seite angeht, um es ganz deutlich zu sagen.

Ich will Ihnen das in einigen Punkten exemplarisch vor Augen führen, beispielsweise bei den Personalausgaben. Sie prognostizieren 1,5 Prozent zu erwartende Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst. 3,5 Prozent sind nach den bisherigen Abschlüssen – ich verweise auf den TVöD – allerdings realistisch. Das bedeutet gut 45 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben in 2013 und rund 50 Millionen Euro in 2014. Dies entspräche umgerechnet pro Jahr circa 900 bis 1000 Vollzeitäquivalenten. Das ist schon eine große Hausnummer. Die müssten Sie abbauen, um diesen Anstieg in der Steigerung der Ausgaben für aktiv Beschäftigte zu finanzieren. Stattdessen aber Fehlanzeige, es gibt kein Konzept zum Personalabbau, den Sie immer wieder angekündigt haben, nur das kleine Karo des Verschweigens und Weglassens.

**(Robert Bläsing)**

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion hat zu der Problematik schon konkrete Vorschläge gemacht. Ich kann auch auf den jetzigen Bezirksamtsleiter, Herrn Völsch aus Harburg, verweisen, der noch als Abgeordneter erklärte, dass dazu Konzepte in Arbeit seien. Aber nach fast einem Jahr liegt immer noch nichts vor. Wir warten darauf, woher denn die großen Konzepte kommen.

Ein zweites Beispiel sind die Pensionsrisiken. Hamburg ist insolvent und braucht einen Insolvenzverwalter. Das haben Sie zumindest sinngemäß, Herr Finanzsenator, in einem kurzen Moment der Wahrheit mit Blick auf die Pensionsrisiken selbst einmal gesagt. Ein riesiges Loch von 5,6 Milliarden Euro wird in der für Sie rein virtuellen Bilanz für die Pensionsrückstellungen ab 2015 klaffen. Und da erscheint es Ihnen wohl auch konsequent, wenn Sie hieraus keine Konsequenzen ziehen. Dieses riesige Finanzloch ist aber alles andere als virtuell, denn es hat schon im kommenden Haushalt konkrete Auswirkungen. Wären Sie sich dessen bewusst, hätten Sie die im vorliegenden Doppelhaushalt geplanten Ausgaben für Pensionen auch nicht zu niedrig angesetzt. In Zahlen heißt das: Mindestens 16 Millionen Euro in 2013 und 35 Millionen Euro in 2015 fehlen in der Planung. Dieser Betrag wächst bis 2020 auf gut 156 Millionen Euro an zusätzlichen Ausgaben für Pensionen an – und das allein bei einer unterstellten Pensionsanpassung von jährlich viel zu optimistischen 1,5 Prozent. Im Wirtschaftsleben, Herr Finanzsenator, würde dies wohl bereits den Tatbestand der Insolvenzverschleppung erfüllen.

(Beifall bei der FDP)

Das dritte Beispiel ist der 400-Millionen-Euro-Puffer. Was ist eigentlich aus dem Puffer geworden, den Sie letztes Jahr zur Entschuldung des Sondervermögens Stadt und Hafen verwendet haben? Wir erinnern uns. Sie haben entgegen der Mahnungen der gesamten Opposition und auch des Rechnungshofs das um 400 Millionen Euro höhere Soll anstelle des Ist aus 2010 für Ihre Planungen als Ausgangswert angesetzt. Dieser erhöhte Ansatz verschwindet jetzt still und heimlich im Posten der globalen Mehrausgaben. Das ist ein Skandal, das muss man wirklich so benennen.

(Beifall bei der FDP)

Sie schaffen sich durch die Hintertür mehrere Sonderfonds zur senatseigenen Verfügung und nennen das dann euphemistisch "allgemeine zentrale Reserve zur Sicherung der politischen Handlungsfähigkeit" oder "IT- und Modernisierungsprojekte".

Dann haben wir noch eine "Globale Mehrausgabe für Haushaltsrisiken und Budgetaufstockungen" in Höhe von 29 Millionen Euro in 2013 und 69 Millionen Euro in 2014. Das Sprungbrett von 400 Millionen Euro aus dem letzten Jahr, welches vernünfti-

gerweise zur Entschuldung des Sondervermögens Stadt und Hafen verwendet wurde, verschieben Sie so klammheimlich in den konsumtiven Bereich. Sie brechen damit endgültig mit Ihrem Prinzip "pay as you go", das ich übrigens schon seit Längerem nicht mehr aus Ihrem Mund gehört habe, Herr Finanzsenator.

(Beifall bei der FDP)

Das war immer die große Propaganda im letzten Wahlkampf. Für Maßnahmen zur Sanierung, Entschuldung und Rekapitalisierung bleibt ein Volumen von 189 Millionen Euro in 2013, 85 Millionen Euro in 2014 und jeweils 20 Millionen Euro in 2015 und 2016. Zur Rekapitalisierung des Hamburgischen Versorgungsfonds wollen Sie nur 35 Millionen Euro aufwenden und das, obwohl hierfür mindestens 450 Millionen Euro notwendig sind.

Das ist nur eines von vielen Beispielen, welches zeigt, dass Ihre groß angekündigte Reduzierung von Risiken außerhalb des Kernhaushalts nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Und wieder einmal gibt es nur kleines Karo statt des großen Wurfs, von nachhaltiger Sanierung keine Spur.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Das sind jedoch nicht die einzigen Puffer, die Sie sich als Senat gönnen. Die Kreditmarktzinsen setzen Sie zu hoch an, um anschließend das, was Sie eingespart haben, an anderer Stelle zu verkonsumieren. Die historisch niedrigen Refinanzierungskosten ermöglichen eigentlich Einsparungen in Millionenhöhe. Dabei sinken die Refinanzierungssätze und liegen deutlich unter Ihrer Annahme von 3,5 Prozent für das Jahr 2013.

Um zu verhindern, dass Sie, meine Damen und Herren von der SPD, die Niedrigzinsperioden zu einer versteckten Ausgabenausweitung beziehungsweise zu einer Reduktion der Konsolidierungsbemühungen nutzen, muss dieser Effekt unseres Erachtens transparent im Haushalt dargestellt werden. Die eingesparten Zinsen sind aus unserer Sicht ausschließlich zur Reduzierung der Nettokreditaufnahme zu verwenden. Das passiert aber nicht. Allein in diesem ersten Halbjahr sind so rund 12 Millionen Euro übrig, auf das ganze Jahr gesehen könnten es 25 Millionen Euro und mehr werden. Und wieder ergibt sich dadurch ein hübsches Sümmchen zur freien Verfügung für den Rangierbahnhof sozialdemokratischer Wohltaten. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP)

Das Unkonkrete hinter Ihrem kleinen Karo zieht sich auch beispielsweise beim Thema Kulturtaxe wie ein roter Faden hindurch. Ihr Gesetzentwurf aus dem Frühjahr ist nicht nur ein Schaden für die Tourismuswirtschaft, belastet Hoteliers mit Bürokratie und soll am Ende eine Art Eventobolus...

**(Robert Bläsing)**

*(Dirk Kienscherf SPD: Mit den Hoteliers haben Sie es ja! – Dr. Andreas Dressel SPD: Aber die haben doch keinen Schaden dank Ihrer Steuersenkung!)*

– Wir können noch einmal ausdiskutieren, welche komplizierte Rechnung jeder Hotelier dann machen muss. Da kann sich jeder Hotelier einen kleinen Verwaltungsapparat gönnen, Herr Dr. Dressel.

Ihr Entwurf für ein Bettensteuergesetz ist nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts juristisch gescheitert und reine Makulatur. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Dr. Dressel. Dennoch planen Sie die nach einer extrem komplizierten Formel zu erhebenden Summen schon ein. Das ist aus unserer Sicht schlicht unseriös und hat mit verantwortungsvollem Haushalten nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Dann gibt es noch das Thema Steuer-CDs, das ist auch so ein Thema, das uns derzeit alle bewegt.

*(Jan Quast SPD: Das glaube ich, Schwarzgeld!)*

Sie folgen offenbar aus purem Populismus dem schlechten Vorbild Ihrer Genossen aus NRW. Sie stellen praktisch jeden Inhaber eines Kontos in der Schweiz unter den Generalverdacht des Schwarzgeldverschiebens und kaufen gestohlene CDs, ohne genau zu wissen, was Sie da erhalten.

*(Jan Quast SPD: Das müssen Sie jetzt sagen!)*

Statt solche Räuberpistolen mit Hamburger Steuergeld weiter durchzuziehen, sollte sich der Senat endlich entschließen, das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz nicht weiter mit anderen SPD-Ländern im Bundesrat zu blockieren.

(Beifall bei der FDP)

Stimmen Sie stattdessen zu, sichern Sie Hamburg so Einkünfte in Millionenhöhe und hören Sie damit auf, mit Datendieben zu dealen.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

Sie wollen mit Hehlerware arbeiten, das ist Ihnen schon klar? Dies mag vielleicht am Rhein als Karnevalskarneval durchgehen, aber für einen Senat geziemt sich das aus unserer Sicht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich komme ich zum Thema Vermögensteuer, wenn wir schon dabei sind.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Bei der Vermögensentwicklung!)*

Ihr Parteivorsitzender in Berlin versucht, seine ins Schwimmen kommende mögliche SPD-Kanzler-

kandidatur durch eine neue Neiddebatte wieder zu festigen und erfindet nebenbei übrigens das Wort "Elternzeit" ganz neu. Eine Vermögensteuer soll es richten, obwohl wir längst eine Reichensteuer haben. Die Verfassungswidrigkeit der Vermögensteuer ist schon einmal festgestellt worden, und der Erhebungsaufwand für eine solche Steuer steht in keinem Verhältnis zum Ertrag. Das hindert Sie aber auch in Hamburg nicht daran, bei solchen Planspielen mitzumachen.

*(Wolfgang Rose SPD: Für wen sitzen Sie denn hier?)*

Wir sagen: Kümmern Sie sich lieber um die realen Probleme. Legen Sie stattdessen einen Haushaltsplan-Entwurf vor, der Ihrem selbst formulierten Anspruch von Klarheit, Vernunft und Verantwortung entspricht. Verabschieden Sie sich vom kleinen Karo,

*(Karin Timmermann SPD: Ausgerechnet Sie müssen von Karo reden!)*

versuchen Sie endlich, die Zukunftsfähigkeit der zweitgrößten Stadt in der viertgrößten Industriena-tion der Welt in ein visionäres Zahlenwerk zu gie-ßen. Hamburg hat aus unserer Sicht einen solchen Entwurf verdient.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es würde jetzt natürlich verführen, einiges dazu zu sagen, aber das will ich mir an dieser Stelle einmal schenken.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir bremsen Sie nicht!)*

Haushaltseinbringungen haben immer das komplizierte Moment, dass es 5000 Stellen gibt, die man irgendwie zitieren kann, und auch 5000 Fragestel-lungen, bei denen man sich immer etwas heraus-suchen kann. Das möchte ich ein wenig anders machen. Ich will erst einmal Herrn Heintze loben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Heintze hat etwas völlig Richtiges gesagt im Zusammenhang mit der Intransparenz dieses Haushalts und im Zusammenhang mit den großen Minderausgaben, die als großer Ballon genannt werden. Das ist kein transparenter Haushalt. Er hat es so gut ausgeführt, dass ich das nicht noch ein-mal darstellen will.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

Zweitens möchte ich Frau Hajduk noch einmal un-terstützen. Sie hat den Zusammenhang der Aus-gaben für das Personal in Hamburg mit den Tarif-

**(Norbert Hackbusch)**

steigerungen und der großen Dramatik, die sich hier andeutet, sehr gut dargestellt. Hierzu nimmt die SPD noch nicht einmal Stellung. Sie haben es selbst dargestellt und der Rechnungshof hat Ihnen noch einmal besonders ausgerechnet, welche Dramatik dahinter steht. Aber es gibt immer noch keine Antwort von Ihnen – und das von der sogenannten Arbeitnehmer-Partei. Das gehört sich nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)

Ich bin andererseits über Schwarz-Grün irritiert. Diese beiden Parteien, die über Jahre regierten, haben sich mit der Schuldenbremse so etwas wie eine politische Unfähigkeitskarte ausgestellt nach dem Motto: Wir haben zwar politisch regiert, aber wir können das irgendwie gar nicht mit dem Sparen. Deswegen wollten sie es in die Verfassung schreiben und nicht mehr politisch entscheiden, sondern dem einen Verfassungsrang geben, damit sie bloß nicht mehr selbst entscheiden müssen. Dass diese Parteien dazu kein kritisches Wort sagen können, finde ich sehr erstaunlich. Ich denke, Sie sollten ein paar selbstkritische Worte zu dem sagen, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Als letztes Moment will ich noch etwas dazu sagen, was Sie so hart kritisiert haben im Zusammenhang mit den Wahlgeschenken, die die SPD verteile. Ich sehe das ganz anders. Die SPD ist mit bestimmten Forderungen und bestimmten politischen Ideen im Wahlkampf aufgetreten. Dazu gehörte unter anderem, die Studiengebühren abzuschaffen. Darüber gab es eine große gesellschaftliche Diskussion. Die Kitas sollten insgesamt gestärkt werden. Dafür ist die SPD gewählt worden. Das sind keine Wahlgeschenke, sondern die SPD muss das auch in gewisser Weise erfüllen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP*: Das machen sie doch nicht!)

Ich würde Ihnen eher vorwerfen, dass Sie etliche Sachen, die Sie damals versprochen hatten, mit diesem Haushaltsplan-Entwurf nicht einlösen. Es gibt viele Punkte, die Sie im Wahlkampf versprochen haben. Das geht von der Kultur bis zur sozialen Spaltung in dieser Stadt. Das lösen Sie leider nicht ein, und dementsprechend werden wir hier unsere Kritik in der nächsten Zeit formulieren.

Jetzt aber etwas anderes, und das geht alle an, die hier sitzen. Wir haben nicht irgendeine Debatte darüber, dass hier und dort 1 Million oder 1 Milliarde Euro fehlen.

Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen das nicht ersparen. Sie haben mit diesem Haushalt darüber zu entscheiden, wie Hamburg mit der ge-

genwärtigen Finanzkrise umgeht. Sie alle wissen und ich weiß es auch, wie das Thema die Menschen verunsichert. In meinem persönlichen Bekanntenkreis sind 99 Prozent ausgestiegen, mindestens, weil sie die Finanzkrise nicht mehr verstehen. Die fragen, was sollen wir machen mit dem ESM, wie ist das eigentlich mit der Krise?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Aus der Diskussion ausgestiegen!)

Das verstehe ich völlig. Ich finde es nicht schön, dass sie ausgestiegen sind. Aber alle, die hier sitzen, jeder Einzelne, der über diesen Haushalt abstimmen wird, wird darüber entscheiden müssen, ob der Weg, der in Europa bisher gegangen wurde – sprich Staatshaushalt zusammenkürzen, weitere Privatisierungen – weitergegangen werden soll. Das Ergebnis ist doch, dass der private Reichtum explodiert während staatliche Mittel gekürzt werden. Ob Sie diesen Weg weitergehen wollen oder nicht, das entscheiden Sie, jeder für sich, mit diesem Haushalt. Jeder wird diese Debatte in den nächsten Monaten durchstehen müssen und da gibt es keine Ausreden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Von wegen, es sei kein Geld da und der liebe Herrgott habe es so gewollt; Sie entscheiden das politisch. Das ist die Fragestellung und Sie können nicht darauf verweisen, dass es doch die im Bundestag machen sollen oder die in Brüssel.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das müssen sie machen!)

– Nein, das müssen Sie machen, weil diejenigen in Berlin – das wissen Sie so gut wie ich – überhaupt keinen Bezug zu den realen Verhältnissen in dieser Stadt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Aber die Vermögensteuer kann trotzdem nur von dort eingeführt werden!)

Die wissen gar nicht mehr, wo die Probleme stecken. Die leben in ihrem Ufo und deshalb ist es Ihre Entscheidung. Sie müssen etwas machen und Sie können etwas machen.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP*: Was sagen Sie da überhaupt?)

– Herr Ritter, Sie haben die ganze Zeit gesabbelt. Irgendwann müssen Sie auch einmal zuhören, um etwas sagen zu können.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Entscheidende ist – das muss klar sein, auch wenn es im Gegensatz zu dem, was Herr Tschentscher gesagt hat, steht –, diese Krise in Europa ist keine Schuldenkrise. Es gibt andere Staaten, die haben mehr Schulden als Deutschland, Japan zum Beispiel oder die USA. Und Spanien, das mitten in der Krise steckt, hat genauso viele Schulden wie

**(Norbert Hackbusch)**

Deutschland. Das heißt, Schulden sind nicht die Ursache, sondern die Ursache ist die immer noch vorhandene Finanzkrise, und es gibt eine europäische Krise, weil die EU für die gegenwärtigen wirtschaftlichen Herausforderungen nicht richtig aufgestellt ist. Das sind die Aufgaben, die gelöst werden müssen, und zwar nicht mit diesem Hauruck-Argument Schuldenkrise.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein Punkt, den ich ausführen will, ist Ihnen vielleicht nicht so klar. Es ist völlig richtig, da stimme ich mit Ihnen überein, dass wir zu viele Schulden in dieser Stadt haben. Aber wissen Sie eigentlich, wie viel Geld wir gegenwärtig für diese Schulden ausgeben? Wie viel geben wir für Zinsen aus und wie viel Steuereinnahmen haben wir? Das misst die Zins-Steuer-Quote. Die Entwicklung der Zins-Steuer-Quote zeigt uns, wie groß die Krise ist. Die Situation ist, dass wir in den nächsten Jahren mit einer Zins-Steuer-Quote von 10 Prozent und weniger planen. Was, vermuten Sie, hatten wir vor zehn Jahren als Zins-Steuer-Quote? Ich will es Ihnen sagen: 15 Prozent oder 16 Prozent. Das sind 50 oder 60 Prozent mehr, die wir für Zinsen ausgegeben haben. Das heißt doch insgesamt – darüber muss auch einmal nachdenken und nicht nur vor sich her plappern –,

(Jan Quast SPD: Eben!)

dass wir bezüglich der Zinszahlungen gegenwärtig keine bedrohliche Situation haben. Panik ist nicht angesagt, wir können in dem Zusammenhang gut planen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dementsprechend will ich Ihnen Folgendes sagen. Sie haben die großen Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich mit der Begründung durchgesetzt, dass die Ganztagsbetreuung das irgendwann ausgleichen werde und es dringend notwendig sei, das jetzt zu machen. Sie konnten nicht abwarten, was vernünftig gewesen wäre, bis sich in ein bis zwei Jahren die Auswirkungen der Ganztagsbetreuung zeigen. Dann hätte man sich überlegen können, wo man kürzt. Sie aber müssen das jetzt machen. Das ist eine falsche Politik, damit machen Sie in diesem Bereich einiges kaputt und das nur aus Panik. Das hat gar keinen Sinn und das braucht man nicht.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* GAL)

Ich weiß, dass ich in dieser Diskussion häufig mit zwei Argumenten konfrontiert werde und gehe hier gern darauf ein. Das eine Argument, das immer wieder genannt wird, bezieht sich auf die hohen Kosten für den Sozialbereich. Warum sind in diesem Bereich die Steigerungen so groß? Das haben wir auch von Herrn Tschentscher zu diesem Haushalt gehört. Ich möchte mit Ihnen daher gern

ein Einvernehmen herstellen. Wir haben in den letzten Jahren über viele Defizite im sozialen Bereich diskutiert, vor allem im Kinder- und Jugendbereich, Beispiele Chantal und Jessica. Wir haben gemeinsam darüber diskutiert, dass diese Fälle nur die Spitzen eines Eisberges sind und dass wir in der Lage sein müssen, das insgesamt gesellschaftlich zu verändern. Ein Gutachten hat festgestellt, dass die Kontrollmechanismen innerhalb der Behörden zu schwach sind, dass die Anforderungen zu hoch sind, sie können nicht erfüllt werden. Wir müssen einfach feststellen, dort fehlt es an Geld. Wenn wir solche Fälle nicht mehr wollen, dann müssen wir notwendig in diesen sozialen Bereich mehr Geld stecken, sonst geben wir unseren demokratischen Grundanspruch, in dieser Gesellschaft alle mitzunehmen, auf. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will in diesem Zusammenhang auch auf andere Bereiche hinweisen und darauf, wie bedeutend es ist, eine Gesellschaft hinzubekommen, in der alle, auch Menschen mit Migrationshintergrund, in der Lage sind, das gemeinsam organisieren zu können. Das bedeutet gesellschaftliche Anstrengung. Wir haben diesen Anspruch in gewisser Weise immer noch nicht erfüllt und es gibt auch ein Recht, das einzuführen. Wenn Sie das alles gemeinsam betrachten, dann können Sie vernünftigerweise fragen, wo man in diesem Bereich eigentlich kürzen will. Der Mechanismus zielt gegenwärtig – Frau Hajduk hat es ausgeführt – auf eine Kürzung der Gehälter. Wie sollen Kitas und andere Träger es eigentlich ausgleichen, dass sie weniger Geld in dem Bereich bekommen, wie sollen sie die Hilfen zur Erziehung organisieren? Ich halte die Gehälter, die gegenwärtig in den Kitas oder in der Pflege bezahlt werden, für einen Skandal.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke* und *Anja Hajduk*, beide GAL)

In einem so entscheidenden Bereich darf man nicht so wenig Geld verdienen. Deshalb ist es auch ein Skandal, Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen. Sie können sagen, das ist doch linker Spinnkram, der Herr Hackbusch wieder und weiß der Teufel was. Lassen Sie uns einfach ein bisschen weiter in den Norden schauen, wie es in Dänemark, Schweden, Norwegen oder Finnland ist. Sie werden sehen, dass dort besser bezahlt wird, dass die sozialen Strukturen solider sind und dass der Weg, den Sie gewählt haben, ein falscher Weg ist. Gehen Sie den Weg, den wir Ihnen vorgeschlagen mit, das ist das einzig Vernünftige.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich brauche auf die Frage der Infrastruktur nicht mehr großartig einzugehen. Die wesentlichen Punkte sind genannt worden. Was hier aufgelegt wird, ist kein Sanierungsprogramm, sondern ein Kürzungsprogramm. Wir sind nicht in der Lage, da-

**(Norbert Hackbusch)**

mit die Defizite an der baulichen Infrastruktur in dieser Stadt, die der Rechnungshof aufgeführt hat, auszugleichen. Die einzelnen Punkte dazu werden wir genau behandeln.

Zweitens will ich anführen, dass wir leider Fehler und Schwächen der Infrastruktur, die nicht baulicher Art, sondern sozialer und kultureller Art sind, nicht gut messen können. Natürlich gibt es keine materiellen Möglichkeiten zu messen, wie gut oder schlecht jemand betreut worden ist und wann jemand in gewisser Weise gestärkt werden muss. Das auszugleichen fehlt auch, und diesbezüglich gibt es gegenwärtig bei Ihnen gar keine Versuche.

Insgesamt haben Sie Sozialdemokraten versprochen, die soziale Spaltung in dieser Stadt zumindest nicht weiter auseinanderdriften zu lassen. Das Programm, das Sie uns vorlegen, gibt dafür aber keinen Anhaltspunkt. RISE wird zusammengekürzt, eine der wenigen Möglichkeiten, soziale Spaltungen zwischen den Bereichen zusammenzuführen. Das nehmen Sie nicht richtig wahr, deshalb sehe ich die Gefahr, dass die soziale Spaltung weiter zunehmen wird.

Ich will einen zweiten Bereich nennen, der von meinen Freunden oder Kollegen immer gern kritisiert wird. Gibt es nicht zu viel Behörde in dieser Stadt, sitzen dort nicht immer Leute nur herum und haben nichts zu tun? Das ist durchaus ein Vorwurf, der gerade in meinem Arbeitsumfeld, in der sogenannten freien Wirtschaft, sehr gern gemacht wird. Wir müssen aber klar feststellen, dass die Kürzungsprogramme der vergangenen 20 Jahre im Wesentlichen in der öffentlichen Verwaltung stattgefunden haben und dass Analysen, beispielsweise im Allgemeinen Sozialen Dienst, besagen, dass man die Arbeit dort nicht mehr schaffen kann. Wir können uns auch die großen Verfehlungen vornehmen, meinerwegen die Elbphilharmonie. Gegenwärtig arbeiten wir das auf und wir stellen fest, dass es in Grundzügen eine politische Entscheidung war und die Verwaltung eher gewarnt hat, eher vorsichtig war, und dass sie nicht die Kapazitäten hatte, diesen Prozess aufgabenkritisch zu begleiten. Das heißt, wenn Sie weiterhin im öffentlichen Dienst kürzen, werden Sie die Möglichkeiten effektiver Kontrolle solcher Maßnahmen weiterhin blockieren. Das Gleiche gilt für die HSH Nordbank; das will ich gar nicht genauer ausführen.

Das heißt, wir wissen, dass an bestimmten Punkten gespart beziehungsweise gekürzt werden kann. Wir werden dazu auch Vorschläge vorlegen. Aber jeder Vernünftige weiß auch, dass das nicht ausreichen wird. Wir müssen die Einnahmeseite stärken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ohne die Veränderung der Einnahmeseite werden wir nicht in der Lage sein, die soziale und kulturelle Infrastruktur in dieser Stadt aufrechtzuerhalten. Sie

entscheiden mit Ihrer Politik darüber, ob Sie das wollen oder nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist doch ein riesiges Problem und keine neue Diskussion. Das Manifest für die Städte, unter anderem von Herrn Voscherau verfasst und im Jahr 1994 von Herrn Kronawitter in München herausgegeben, stellt genau diese Punkte heraus und zeigt, dass das keine neuen Erscheinungen sind. Wir müssen uns gemeinsam anstrengen, eine politische Offensive starten und die Einnahmen zugunsten der Städte verändern. Dazu sind Sie doch eine politische Partei und kein Sparkassenverband.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Roland Heintze CDU*)

Es ist doch Ihre politische Verantwortung, das zu machen. Wir haben im nächsten Jahr Bundestagswahlen und man könnte das als Wahlgeschenk versprechen. Verehrte Sozialdemokratie, strengen Sie sich doch in dieser Hinsicht einmal an. Das würde mich sehr freuen und auch den Haushalt sehr freuen.

Meine Damen und Herren! Das Schlimmste an der gegenwärtigen Haushaltsplanung ist, dass nicht nach Schwerpunkten gekürzt werden soll, sondern – so der Vorschlag von Herrn Tschentscher – nach dem Rasenmäherprinzip, das heißt, überall und überall gleichmäßig. Überall und überall gleichmäßig bedeutet doch, dass Sie politisch nichts steuern, dass Sie eigentlich gar keine Vorstellung davon haben,

(*Roland Heintze CDU*: Stimmt!)

was reduziert werden sollte und was nicht. Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip bedeuten doch politisch nichts anderes, als dass Sie ohne inhaltliche Begründungen kürzen und damit Ihre politische Gestaltungsaufgabe überhaupt nicht wahrnehmen. Das ist eine Art und Weise von Politik, die wir nicht akzeptieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss doch innerhalb der Sozialdemokratie Kräfte geben, wo das nicht einfach so durchgeht. Ich hoffe, dass diese Kräfte vielleicht in den nächsten zwei, drei, vier Monaten wach werden und den Weg von Herrn Scholz nicht weiter verfolgen und unterstützen. Der hat schon einmal mit Hartz IV eine der größten politischen Katastrophen der vergangenen Jahre in diesem Land hervorgebracht, soziale Verwerfungen hervorgebracht.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD: Oh!)

Und bis heute ist er nicht in der Lage, das selbstkritisch zu sehen, sondern behauptet, das war richtig. Ich weiß nicht, ob das alle innerhalb der SPD fördern, aber ich befürchte das manchmal; wir wer-

**(Norbert Hackbusch)**

den es sehen. Ich bin guten Mutes, dass es bei Ihnen doch noch einige gibt, die mehr nachdenken. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Der Senatsantrag ist im Vorwege an die zuständigen Ausschüsse überwiesen worden. Es bedarf also keiner weiteren Abstimmung.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 12, Drucksache 20/4552, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Feuerwehrynachwuchs.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:  
Feuerwehrynachwuchs  
– Drs 20/4552 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Das Wort wird gewünscht von Herrn Warnholz. Er bekommt es.

**Karl-Heinz Warnholz** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat hat in seinem Arbeitsprogramm erklärt, jedes Jahr 250 Nachwuchskräfte für die Polizei einstellen zu wollen, um die in Pension gehenden Kolleginnen und Kollegen der Polizei rechtzeitig durch ausgebildete Nachwuchskräfte ersetzen zu können. Damit wird die Politik der CDU-Senate fortgesetzt.

(Glocke)

**Erster Vizepräsident Frank Schira** (unterbrechend): Entschuldigung, Herr Warnholz. Ich möchte darum bitten, dass das Plenum jetzt dem Redner zuhört und wir zu einer vernünftigen Beratung kommen. Es ist nicht gut, wenn alle Leute hin und her laufen und die Geräuschkulisse zu groß ist. – Herr Warnholz, Sie haben das Wort.

**Karl-Heinz Warnholz** CDU (fortfahrend): Überraschend ist jedoch, dass Innensenator Neumann, der heute durch Abwesenheit glänzt, diese politische Zielvorgabe nicht auch auf ein Nachwuchsprogramm der Feuerwehr überträgt.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei der Feuerwehr steht uns eine Pensionierungswelle bevor. Bis 2017 werden nach Aussage des Senats 217 Mitarbeiter der Feuerwehr in Pension gehen, das sind knapp 10 Prozent des feuerwehrtechnischen Dienstes. Man höre, bis zum Jahr 2022, also in den nächsten zehn Jahren, gehen mehr als 600 Feuerwehrleute in den Ruhestand. Das sind mehr als 25 Prozent aller Frauen und Männer, die bei der Feuerwehr für unsere Si-

cherheit sorgen. Auch für unsere Feuerwehr braucht die wachsende Stadt eine Ausbildungs offensive. Die Antwort des Senats auf unsere Große Anfrage macht in einem erschreckenden Maße deutlich, dass die SPD für die Ausbildung der Feuerwehrleute weder einen Ansatz an der zukunftsorientierten Arbeit für den höheren Dienst noch für die Laufbahngruppen 1 und 2 hat.

(Beifall bei der CDU)

Auch die bei der Feuerwehr selbst diskutierte Fragestellung des Ausbildungsberufs Feuerwehrmann oder Feuerwehrfrau wird von der SPD nicht weiterverfolgt. Wenn der Senator hier wäre, dann würde ich sagen, Herr Senator, nehmen Sie doch einmal mit Ihren Genossen in Berlin Verbindung auf, denn dort wird seit anderthalb Jahren der Vorschlag, den die CDU kurz vor dem Regierungswechsel eingebracht hat, mit großem Erfolg praktiziert. Das bringt eine wesentliche Verkürzung im Vergleich zum Ausbildungsberuf, denn in 18 Monaten wird dort eine Grundqualifizierung zum Feuerwehrmann durchgeführt. Ich denke, das ist ein Weg, den sich Hamburg aneignen könnte. Die CDU ist mit Sicherheit dabei.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen in Hamburg für die Freiwilligen Feuerwehren ebenfalls neues Arbeitsgerät, eine neue Technik, aber wir müssen auch dringend die Gebäude sanieren, denn die Freiwilligen Feuerwehren haben nicht nur eine personelle Not, sondern auch eine finanzielle Not. Oft genug hören wir neuerdings von den Bezirken, dass dort Anträge gestellt werden mit der Bitte, Mängel zu beheben, die früher nicht vorhanden waren.

Ich möchte Sie deswegen bitten, Herr Bürgermeister – er ist nicht mehr da, so möge man es ihm ausrichten –, einmal Senator Neumann mit nach Berlin zu nehmen, damit Sie sich das Berliner Modell bei den Genossen ansehen und es für Hamburg übernehmen. Wir sind dabei. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Das Wort hat Herr Münster.

**Arno Münster** SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Karl-Heinz Warnholz, das war ein typischer Warnholz-Beitrag. Die Partei trudelt und dann muss man die Sicherheit in den Vordergrund stellen, dann muss man die Not des Abendlands ausrufen und schauen, wer darauf anspringt. Mitnichten ist das der Fall, Kollege Warnholz, du weißt das ganz genau, es ist anders. Eigentlich müsstest du dich daran erinnern, dass es in den vergangenen zehn Jahren mit CDU-Senat um die Nachwuchsausbildung genau-

**(Arno Münster)**

so bestellt war wie heute; da gibt es keine Veränderungen.

Wir haben aber auch nicht vergessen, was die CDU zum Beispiel bezüglich der Dienstpläne gemacht hat.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja!)*

Damit hat sie die Mitarbeiter der Feuerwehr richtig drangsaliert. Sie hat die Dienstpläne familienfeindlich und für die Kollegen demotivierend gestaltet. Wenn es da Erinnerungslücken gibt, dann muss man sich nur die Homepage der Feuerwehr ansehen; dort steht es geschrieben.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir haben auch nicht die zu Unrecht geleistete Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen bei der Feuerwehr vergessen, und dass der Senat unter dem Kollegen Ahlhaus fast bis zum Bundesgericht getrieben worden ist. Dort ist ein Urteil gefällt worden, das den Hamburger Senat vor große Herausforderungen stellt, weil eine Lücke entstanden ist, die wir jetzt schließen müssen. Wir müssen jetzt für alle Feuerwehrbeamten, die darunter fallen, natürlich eine Lösung erarbeiten. Der Nachwuchs der Feuerwehr wird zu einem hohen Anteil von den Kolleginnen und Kollegen ausgebildet, von den Wachen, die sich als Dozenten zur Verfügung stellen, damit die Qualität gewährleistet ist. Hier kann man zutreffend feststellen, dass auch die Akkreditierung, die wir dazu machen, immer noch vorhanden ist.

Wir haben einmal nachgeschaut, was in Ihrer Anfrage dazu zu finden ist. Sie fragen zum Beispiel unter römisch fünf, Frage 8, ob zutreffend ist, dass für die Studiengänge Rescue Engineering und Hazard Control an der HAW bis dato keine Akkreditierung der Studienabschlüsse vorliegt. Die Antwort des Senats lautet, dass die Akkreditierung seit 13. März 2012 vorliegt, obwohl das Akkreditierungsverfahren im April 2010 – also zu Ihrer Regierungszeit – ausgesetzt wurde. Auch hier gibt es Versäumnisse der Vorgängerregierungen.

*(Beifall bei der SPD)*

Ich kann abschließend festhalten, dass die Ausbildung bei der Feuerwehr Hamburg unter dem SPD-Senat in guten Händen ist. Wir sind stolz auf die Feuerwehr und auf die geleistete Arbeit. Wir werden die Feuerwehr Hamburg zukunftssicher aufstellen. Wir werden alle Feuerwehranwärter, die die Laufbahnprüfung bestehen, in den Dienst übernehmen. Wir werden alles daran setzen, den Krankenstand, der in den vergangenen fünf Jahren im Mittel immerhin 10,3 Prozent betrug, zu reduzieren.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Was heißt denn da "alles"?)*

Wir werden mehr Regenerationszeiten im neuen Dienstplan einführen und wir wollen durch kontinuierliche Einstellung den Altersdurchschnitt senken.

*(Beifall bei der SPD)*

Wir werden auch das Gesundheitsmanagement ausbauen, und wir werden die Herausforderungen, die im Nachwuchsbereich liegen, konstruktiv begleiten. Dann werden wir auch hier wieder stabiler sein. – Vielen Dank.

**Erster Vizepräsident Frank Schira:** Frau Möller hat das Wort.

**Antje Möller GAL:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn meine beiden Vorredner eines gezeigt haben, dann vielleicht dieses. Es ist dringend notwendig, diese Drucksache an den Ausschuss zu überweisen,

*(Beifall bei der GAL und der LINKEN)*

damit wir tatsächlich sachlich und fachlich über das Thema reden können. Hauptthemen sind nicht Gerichtsurteile oder sonstige alternative Feuerwehrthemen, sondern die Nachwuchsfrage bei der Feuerwehr. Gestatten Sie mir zwei, drei kleine Hinweise auf die vorige Legislaturperiode. Im Jahr 2009, das kann man aus der Antwort auf die Große Anfrage ersehen, gab es eine Ausbildungs offensive, wenn man so will. Damals sind insgesamt fast 40 000 Euro ausgegeben worden. Im Jahr 2012 sind es bisher 139 Euro; soviel zum Engagement um den Nachwuchs.

Der zweite Punkt ist, dass es schlicht und einfach eine Diskrepanz zwischen den Aussagen des Senats in der Großen Anfrage gibt, indem er sagt, die aktuelle Bewerberlage sei ausreichend für die Besetzung aller Stellen.

*(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)*

Erinnern wir uns an die Äußerungen des Feuerwehrchefs vom Frühjahr, in denen er sehr deutlich seine großen Sorgen zur Frage des Nachwuchses geäußert hat und die Befürchtung, dass 2018 nicht mehr alle Rettungsfahrzeuge besetzt werden können. Genau darum muss es sich politisch drehen. Wir brauchen ein neues Konzept und eine neue Strategie zur Nachwuchsförderung. Aus unserer Sicht ist – genau wie in vielen anderen Bundesländern im Übrigen auch – das Hauptproblem immer noch, dass sich die Feuerwehr als fast lupenreiner Männerverein aufstellt. Es gibt 37 Frauen, die bei der Feuerwehr arbeiten, insgesamt haben wir 2600 Feuerwehrleute bei der Berufsfeuerwehr. Immer noch ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund viel geringer als sonst im öffentlichen Dienst. Hier bleibt viel zu tun. Diese beiden Zielgruppen sind schlicht und einfach vernachlässigt. Aus unserer Sicht ist nicht erkennbar, dass

**(Antje Möller)**

sich Hamburg in den vergangenen zwei Jahren an der bundesweit geführten Diskussion beteiligt hat, nämlich an der Umsetzung der Vorschläge der Deutschen Sporthochschule zur Veränderung der Einstellungstests zum Beispiel, allein um die Ungerechtigkeiten gegenüber Frauen, die bis jetzt bei den Sportprüfungen immer wieder zu erkennen sind, abzubauen. Was Herr Warnholz bezüglich Lehrgang oder Ausbildungsberuf Feuerwehr gesagt hat, ist schlicht und einfach ein Sachstand, den wir vor zwei Jahren schon hatten. Der Senat will abwarten und sich ansehen, was andere Städte in dieser Hinsicht tun. Ich finde, es ist dringend an der Zeit, dass in Hamburg etwas geschieht.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Jarchow.

**Carl-Edgar Jarchow** FDP:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal geht der Dank an den Senat für die doch in vielen Punkten recht ausführlichen und hilfreich aufgearbeiteten Antworten auf die Große Anfrage der CDU.

(Beifall bei *Matthias Albrecht, Dr. Andreas Dressel, beide SPD* und *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

– Das erfreut Herrn Dr. Dressel. Ich bin aber noch nicht ganz fertig.

Diese Drucksache wird uns in der nächsten Zeit so manche Recherche oder Anfrage ersparen, aus unserer Sicht jedoch nicht die Behandlung im Innenausschuss.

(Beifall bei der FDP, der GAL und der LINKEN)

Besonders interessant und aufschlussreich sind die Darlegungen im Zusammenhang mit den Studiengängen Hazard Control und Rescue Engineering, die in Kooperation von Feuerwehr und HAW durchgeführt werden. Aus unserer Sicht ist das notwendig. In einer immer komplexeren Gesellschaft sind Fachkräfte für sicherheitsrelevante Berufe nach wie vor und zukünftig sicher noch mehr gefragt. Viele Aufgaben, bei denen man in früheren Zeiten nur an die Feuerwehr dachte, werden inzwischen von Anbietern aller Art wahrgenommen. Damit der Standort Hamburg der Wirtschaft einen lokalen Arbeitsmarkt mit Fachkräften bieten kann, sind entsprechende Ausbildungskapazitäten unserer Meinung nach zwingend notwendig.

Die Feuerwehr als Institution und die nebenamtlich tätigen Dozenten aus ihren Reihen erfüllen also neben der HAW wichtige Aufgaben. Es ist ausgesprochen erfreulich, dass der Senat die für einen Standort wichtige Aufgabe der Ausbildung von speziellen Fachkräften offenbar weiter betreiben will, und es bleibt aus unserer Sicht für die näch-

sten Jahre zu hoffen, dass der Senat nicht mit der Abrissbirne gegen erfolgreiche Kooperationsmodelle, wie im Studiengang Sicherheitsmanagement, vorgehen wird.

Lassen Sie mich aber noch auf die im Rahmen der Großen Anfrage aufgerufene Gesamtthematik eingehen. Auf den ersten Blick könnte diese Drucksache uns als Parlament in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der Berufsfeuerwehr in Hamburg für die nächsten Jahre oder sogar für den Rest der Dekade beruhigen. Ich sage ausdrücklich: könnte. Leider stellt sich die Situation dann doch nicht ganz so rosig dar, wie die Senatsantworten in der Drucksache wohl suggerieren sollten. Dies gilt insbesondere, es wurde schon erwähnt, im Bereich Personal und in der Sicherung ausreichenden Nachwuchses. An dieser Stelle müssten wir eigentlich das sehr verspätete, aber mittlerweile immerhin in Teilen bekannte Gutachten aus dem Strategiepapier 2010 zur Ist-Analyse der Debatte zugrunde legen. Leider ist dies nicht ganz möglich, weil der Senat das betreffende Papier bekanntlich seit Monaten gegenüber der Bürgerschaft unter Verschluss hält. Der Senat will das Gutachten, wenn überhaupt, angeblich erst nach einer Bewertung durch die BIS vorlegen und war bisher nicht einmal in der Lage, einen Zeitpunkt anzugeben, bis zu dem diese Bewertung erfolgt sein soll.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass es vor allem darum geht, die Ergebnisse des Gutachtens nicht öffentlich werden zu lassen. Dies können wir nicht akzeptieren und wir fänden es unverständlich, wenn die Mehrheit dieses Hauses das akzeptieren würde. Es ist unverständlich, dass das Parlament über eine essenzielle Frage wie die defizitäre Leistungsfähigkeit im Brand- und Katastrophenschutz im Dunkeln gehalten wird. Dies stellt unserer Meinung nach einen schwierigen Punkt dar.

Wenn wir die im Gutachten angeblich deutlich werdenden gefährlichen Defizite – namentlich kritische Einsatzzeiten und deren Zusammenhang mit unzureichenden Personalressourcen beziehungsweise ein eklatant hoher Krankenstand von 12 Prozent – betrachten und diese mit den Daten aus der vorliegenden Drucksache vergleichen, erscheint die Lage durchaus bedenklich. Wenn das Gutachten eine, wie zu lesen war, zusätzliche dreistellige Anzahl von Stellen für nötig erachtet, um die chronische Überlastung der Berufsfeuerwehren zu verringern, und man den Krankenstand in Zusammenhang mit der Altersstruktur des Personals betrachtet, gibt es nur zwei mögliche Handlungsoptionen für die nähere Zukunft: Entweder der Senat und die SPD-Mehrheit planen keine Maßnahmen und riskieren somit die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr oder – und das ist hoffentlich die wahrscheinlichere Möglichkeit – es sind in den nächsten Jahren zusätzliche Stellen bei der Feuerwehr zu schaffen und zu finanzieren oder es ist zumindest für eine höhere Personalfuktuation zu sorgen, um

**(Carl-Edgar Jarchow)**

die Leistungsdefizite infolge des hohen Krankenstandes durch eine Verbesserung der Altersstruktur wenigstens abzumildern.

Vor diesem Hintergrund scheinen die in der Drucksache dargestellten Prognosen des Senats zur Personalentwicklung in der näheren Zukunft aber wenig realistisch. Aus unserer Sicht ist mit einem deutlich stärkeren Bedarf zu rechnen. Daher sind auch die aufgelisteten Zahlen zu geeigneten Bewerbern und der Auslastung der Feuerwehrakademie nicht beruhigend, sondern eher alarmierend. Dass der Senat im Gegensatz zu seinen Vorgängern daran festhält, Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung zu qualifizieren anstatt einen eigenen Ausbildungsberuf für den Feuerwehrdienst zu schaffen, scheint uns zwar durchaus sinnvoll, aber es stellt sich die Frage, ob der über die Prognosen des Senats hinaus langfristig zu erwartende Bedarf an Nachwuchs ohne Qualifizierung von Quereinsteigern zu decken sein wird. Unverständlich ist es daher für uns, dass bei den in der Drucksache dargestellten Aktivitäten zur Nachwuchsgewinnung keine Rekrutierungsbemühungen zum Beispiel in den Reihen der Freiwilligen Feuerwehren enthalten sind. Dort gibt es durchaus Personen, die neben einer Berufsausbildung bereits über gewisse Feuerwehrkenntnisse verfügen oder die zumindest im Rahmen von Jugendfeuerwehren tätig waren.

Ebenfalls sind aus unserer Sicht Aktivitäten zur Gewinnung von ausgebildeten Fachkräften mit Migrationshintergrund nicht ersichtlich. Auch wenn dies kein spezifisches Feuerwehrproblem ist, sollte man sich beim Senat darüber Gedanken machen, zumal sich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen aktuell gerade verbessern.

Zu guter Letzt: Schon angesichts der demografischen Entwicklung wird ausreichender Nachwuchs für den Dienst bei der Feuerwehr in Hamburg nur zu gewinnen sein, wenn die dortigen Arbeitsbedingungen attraktiv sind. In einigen Bereichen muss man wohl leider sagen, wenn sie zumutbar sind. Dort gibt es Handlungsbedarf. Feuerwehrleute, die gegen ihren Dienstherrn durch mehrere Instanzen prozessieren müssen, um endlich die Bezahlung für geleistete Überstunden zu erhalten, die ihnen rechtswidrig vorenthalten wurde, müssen schon sehr idealistisch sein, um voll motiviert ihren Dienst zu versehen. Ein solches Arbeitsklima ist für den Nachwuchs sicher nicht besonders attraktiv und auch Beförderungstopps, wie seit Anfang des Jahres in Hamburg praktiziert, sind unserer Meinung nach ebenfalls kaum zur Steigerung der Attraktivität dieses Dienstes von Nutzen. Hier sollte der Senat ansetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Senator Neumann.

**Senator Michael Neumann:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Antworten auf die Große Anfrage des Abgeordneten Warnholz und seiner Fraktion liegen Ihnen vor. Sie sind in der ersten Runde hier diskutiert worden und der Senat hat darin seine Bemühungen um die Sicherstellung des Personalbedarfs unserer Hamburger Feuerwehr in allen Laufbahngruppen ausführlich dargestellt. Ich möchte Ihnen aber trotzdem, vielleicht auch für diejenigen, die noch nicht die Gelegenheit hatten, sich die Anfrage und die Antworten des Senats darauf in Gänze durchzulesen, in aller Kürze, aber auch mit der notwendigen Klarheit meine Sichtweise zu den wichtigsten Punkten in dieser Anfrage darstellen.

Unsere Hamburger Feuerwehr wird zu Recht von den Bürgerinnen und Bürgern als ein zentraler Baustein in der Sicherheitsarchitektur unserer Stadt wahrgenommen. Diese hohe Wertschätzung, der sich unsere Feuerwehr in der öffentlichen Meinung erfreut, muss sie sich tagtäglich im Einsatz – im Rahmen des Rettungsdienstes, des Brandschutzes und der technischen Hilfeleistung – erarbeiten. Unsere Feuerwehr steht nicht nur für einen wesentlichen Teil der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, sondern erbringt mit dem Rettungsdienst auch Leistungen der staatlichen Daseinsvorsorge. Das ist eine Besonderheit, die wir in Hamburg haben und die wir pflegen wollen. Damit die hohe Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft unserer Feuerwehr auch mittel- und langfristig auf dem derzeit hohen Qualitätsniveau bleibt, unterstütze ich ausdrücklich die Bemühungen der Feuerwehrführung, die benötigte Anzahl von gut ausgebildeten Feuerwehrynachwuchskräften in allen Laufbahngruppen sicherzustellen. Und wenn der Senat die Zusage getätigt hat, keine Vollzugsstellen abzubauen, Herr Warnholz, dann beinhaltet das natürlich auch, dass entsprechend Kräfte ausgebildet werden, damit diese, wenn Kollegen in Pension gehen, rechtzeitig zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist bislang auch gelungen, den durch Pensionierungen erforderlichen Personalbedarf in allen Laufbahngruppen des feuerwehrtechnischen Dienstes nicht nur rechtzeitig zu rekrutieren, sondern auch auszubilden und, was wichtig ist – Herr Münster hat darauf hingewiesen –, erfolgreich auszubilden. Der Status quo des Personalkörpers unserer Feuerwehr hat derzeit ein relativ hohes Durchschnittsalter, was auf einen Einstellungsstopp in den Jahren 1984 bis 1989 zurückzuführen ist, und dies war ein eklatanter Fehler. Ich erinnere mich noch an die Aussage des damaligen Feuerwehrchefs, der sich brüstete, er habe die jüngste Feuerwehr Deutschlands. Was aus der jüngsten

**(Senator Michael Neumann)**

Feuerwehr Deutschlands nach 20 Jahren geworden ist, können wir uns heute anschauen. Wir haben eine relativ lebenserfahrene Feuerwehr und deswegen war der Einstellungsstopp in der damaligen Zeit ein eklatanter Fehler. Man muss aber auch sehen, dass in den letzten zehn Jahren nichts getan wurde, um dem entgegenzuwirken, denn es war absehbar, dass die Kolleginnen und Kollegen deutlich älter und erfahrener werden, dass aber auch die körperliche Belastung zunehmen wird. Von daher stehen wir jetzt vor dem Ergebnis von zehn Jahren Nichthandeln des Vorgängersensats.

(Beifall bei der SPD)

Frau Möller, Sie haben zu Recht die Äußerungen unseres Oberbranddirektors angesprochen, die völlig zutreffend sind, denn wir werden einen altersbedingten Abgang haben, der ab dem Jahre 2018 einen entsprechend gesteigerten Bedarf an Nachwuchskräften erfordert, genauso wie Sie es dargestellt haben. Das ist die Herausforderung, vor der die Stadt, der Senat und die Bürgerschaft stehen.

Das durch den Einstellungsstopp von 1984 bis 1989 im Grunde programmierte hohe Durchschnittsalter unserer Einsatzkräfte ist jedoch nicht allein ursächlich für einen außergewöhnlichen Personalersatz. Es wirkt sich auch negativ auf den Krankenstand und damit auch auf die Leistungsfähigkeit aus. Es ist eine hinlänglich bekannte Tatsache, dass der im dualen System der Feuerwehr notwendige Schichtbetrieb zwischen Rettungsdienst und Brandbekämpfung eine erhebliche körperliche Belastung mit sich bringt. Dies zeigt sich immer wieder in den regelmäßigen Tests durch den arbeitsmedizinischen Dienst, und die Ergebnisse dieser Tests sind auch der Grund für meine strikte Ablehnung einer Ausweitung der Altersgrenze für den aktiven feuerwehrtechnischen Dienst über das 60. Lebensjahr hinaus. Auch das ist eine wichtige Ansage, die heute vom Parlament und vom Senat ausgehen sollte.

(Beifall bei der SPD – *Olaf Ohlsen CDU*: Das ist doch in Ordnung!)

Die damaligen Einsparungen durch den Einstellungsstopp führen heute zu einem erheblichen Mehrbedarf an Finanzmitteln im Personalbereich. Dies muss man so deutlich benennen und hieraus auch ein schlüssiges Konzept für die Zukunft ableiten. Bis 2018 kann der Personalbedarf unserer Feuerwehr mit den herkömmlichen Ausbildungs- und Rekrutierungsmitteln gedeckt werden, danach sind jedoch erhöhte Anstrengungen notwendig. Wir werden mit unserer Planung und unserem Agieren dieser Entwicklung begegnen. Kurzfristig wird damit begonnen werden, die Rekrutierung geeigneter Bewerber zu intensivieren und die Anzahl der Auszubildenden zu steigern. Unter Einbeziehung der Prognosen über die mittelfristige demo-

grafische und wirtschaftliche Entwicklung sowie der verfügbaren Daten über das Potenzial der Schul- und Hochschulabgänger zeichnet sich eine verstärkte Konkurrenz um die Rekrutierung von Nachwuchskräften in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes ab, auch natürlich bei unserer Feuerwehr. Die vorhersehbare erhöhte Konkurrenz um die Rekrutierung geeigneter Nachwuchskräfte erfordert deshalb auch von unserer Feuerwehr neue Wege, und da bieten sich aus meiner Sicht folgende Möglichkeiten an: Erstens verstärkte Bemühungen, mehr junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund für den Feuerwehrberuf zu begeistern und zu werben, zweitens verstärkte Bemühungen, den Frauenanteil in unserer Hamburger Feuerwehr signifikant zu erhöhen, drittens verstärkte Einstellungen von Tarifbeschäftigten, das heißt von bereits ausgebildeten Rettungsassistentinnen und –assistenten im Bereich des Rettungsdienstes und viertens Familien-, Wohnungs- und Kinderfürsorge, denn auch das ist ein wesentlicher Grund, sich für einen Beruf zu entscheiden, wenn man eben einen Arbeitgeber hat, der erstens verlässlich ist und zweitens, wenn man Überstunden leistet, nicht auf den Klageweg verweist und der sich auch verantwortlich dafür fühlt, dass die Themen Wohnung, Kinderbetreuung und Schule in Hamburg in guten Händen sind. Da tut der Senat einiges und wird noch einiges mehr tun, um den Feuerwehrberuf attraktiv für junge Menschen in Hamburg zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Von Herrn Warnholz, aber auch von Frau Möller ist die Frage gestellt worden, ob die Feuerwehr ähnlich wie unsere Polizei jungen Menschen nach ihrer Schulausbildung einen direkten beruflichen Einstieg in die Feuerwehr ermöglichen sollte. Bislang ist dieser Weg in Hamburg zumeist kritisch gesehen worden, weil hierin eine Abkehr von dem bewährten Prinzip der dualen Verwendung der Beamten gesehen wurde. Eine Ausbildung von Schulabgängern zu Rettungsassistenten und -assistenten könnte jedoch ein erster Schritt sein, eine berufliche Qualifikation bei der Feuerwehr zu erwerben, die dann bei Bewährung durch eine weitergehende Ausbildung komplettiert werden könnte. Somit wäre auch die Beibehaltung des Prinzips der dualen Verwendungsbreite gewährleistet. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass unsere Feuerwehr gegenwärtig 50 ausgebildete Rettungsassistenten im Angestelltentarif beschäftigt und weitere 15 Einstellungen auf der Grundlage des bestehenden Tarifrechts vorbereitet werden, ist dieser Weg aus meiner Sicht höchst vielversprechend. Diese Kolleginnen und Kollegen können mit ihren Qualifikationen bei der Feuerwehr eine Lebensstellung erreichen und bei Eignung auch zu kompletten Einsatzkräften ausgebildet werden. Unsere Feuerwehr prüft deshalb, ob in Anlehnung hieran ein ähnliches Modell für Schulabgänger eingerichtet werden kann. Ich möchte, dass auf die-

**(Senator Michael Neumann)**

sem Weg auch der Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Zuwanderungshintergrund erheblich und nachhaltig gesteigert wird, denn das ist sicherlich ein Bereich, der bisher zumindest bei der Feuerwehr deutlich zu kurz kommt.

Nun lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zu den Führungskräften des feuerwehrtechnischen Dienstes machen. Eine moderne Großstadtfeuerwehr wie unsere Feuerwehr in Hamburg braucht heute mehr denn je Führungskräfte mit technischen Qualifikationen auf dem Niveau eines Fachhochschulabschlusses oder vergleichbarer Leistungen. Hier zeigt sich, dass die von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr seit einigen Jahren angebotenen Studiengänge Rettungsingenieur und Gefahrenabwehr ein Schritt in die richtige Richtung sind. Die Besetzung der 28 Stellen des höheren Leitungsdienstes erfolgte in der Vergangenheit jederzeit problemlos. Das war auch problemlos möglich aufgrund der hohen Attraktivität des Standortes Hamburg und des blendenden Rufes unserer Berufsfeuerwehr. Daher haben sich jederzeit genügend ausgebildete Brandreferendare für die nachzubesetzenden Stellen gefunden. Ob das aber in Zukunft so bleibt, ist zu Recht fraglich und es ist eine Frage, die wir gemeinsam beantworten müssen. Der deutschlandweite Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren wird sich in den kommenden Jahren erheblich verstärken. Wenn dies eine weitere Differenzierung der Einstiegsgehälter zwischen dem öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft zur Folge haben wird, dann könnte es auch hier zu Problemen in der Nachwuchsrekrutierung für unsere Feuerwehr führen. Das ist eine Antwort, die wir gemeinsam finden und geben müssen.

Ich fasse also zusammen und damit komme ich auch zum Ende, weil ich merke, dass die Ungeduld immer größer wird, wenn es um Fachlichkeit geht.

(Unmutsäußerungen bei der CDU, der GAL, der FDP und der LINKEN)

– Ich bin sehr froh, dass es gewisse Dinge in dieser Bürgerschaft gibt, die von Legislaturperiode zu Legislaturperiode verlässlich sind, etwa dass bei bestimmten Stichworten sofort die Aufmerksamkeit steigt. Das gibt mir auch ein Gefühl der Sicherheit, dass etwas noch berechenbar bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalsituation der Feuerwehr Hamburg gewährleistet gegenwärtig die Aufrechterhaltung einer hohen Leistungsfähigkeit in allen Aufgabenbereichen. Der durch den erhöhten Altersabgang zu erwartende Personalmangel ab dem Jahr 2018 macht eine Auslastung der Ausbildungskapazitäten der Feuerwehrrakademie bereits vor diesem Datum dringend erforderlich. Damit dieses erfolgen kann, ist es notwendig, genügend geeignete Be-

werberinnen und Bewerber für den Beruf im Feuerwehrwesen anzuwerben. Gelingen kann dies neben der Erhöhung des Anteils der Auszubildenden mit Zuwanderungshintergrund und einer höheren Frauenquote auch durch einen verstärkten Einsatz von tariflich Beschäftigten im Bereich des Rettungsdienstes. Die Möglichkeit der Schaffung einer neuen Laufbahn für Schulabgänger, die dieser Gruppe den direkten Einstieg in die Feuerwehr offerieren würde, wird von unserer Feuerwehr geprüft und, wenn möglich, umgesetzt. Darüber hinaus werden die bestehenden Kooperationen mit anderen Ausbildungsinstitutionen wie der HAW intensiviert und ausgebaut.

Insgesamt kann man also feststellen, dass die Personalsituation bei unserer Hamburger Feuerwehr zufriedenstellend ist. Mittelfristig sind erhöhte Maßnahmen der Personalrekrutierung erforderlich. Die Herausforderungen sind aber erkannt und ich werde unsere Feuerwehr bei den notwendigen Schritten unterstützen. Ich hoffe, dass die Bürgerschaft dies auch tun wird. – Ich danke für Ihre geteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Möller.

**Antje Möller GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, kurz zusammengefasst nennt man das auch Arroganz der Macht, was wir hier eben erlebt haben.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – *Gabi Dobusch SPD:* Das haben wir schon lange nicht mehr gehört!)

Wenn der Senat mehr zu sagen hat, als er schon in den Antworten auf die Große Anfrage gesagt hat, und wenn er hier mehrfach in seinem Vortrag, der länger als zehn Minuten dauert, das Parlament zur Zusammenarbeit auffordert und die SPD selbst inhaltlich nichts dazu beiträgt, dann ist es mehr als angemessen, wenn diese Große Anfrage tatsächlich im Ausschuss besprochen werden könnte.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der LINKEN und vereinzelt bei der FDP)

Dort ist dann nämlich der Ort, wo sich alle Fraktionen beteiligen können.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/4552 an den Innenausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen?

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

– Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt worden.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/4552 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 13 der heutigen Tagesordnung, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Investitions- und Förderbank – die Lösung für Probleme, die wir nicht haben?

**[Große Anfrage der GAL-Fraktion:  
Investitions- und Förderbank – die Lösung für  
Probleme, die wir nicht haben?  
– Drs 20/4582 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Dr. Tjarks, bitte.

**Dr. Anjes Tjarks** GAL:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Geplant wird die Investitionsbank schon lange, intern gestritten wird über sie auch schon lange, aber anderthalb Jahre haben nicht gereicht, um die Pläne des Senats dazu in klare Worte zu fassen. Es ist heute schon ein bisschen angeklungen, dass die Stadt Hamburg mit Banken in öffentlicher Trägerschaft nicht nur gute Erfahrungen gemacht hat. In der Vergangenheit gab es Themen, die wir intensiv und transparent beraten sollten, und Sie alle wissen, dass am 28. August endlich der Ausschuss dazu tagen wird. Weil es hierzu in der Vergangenheit ein paar Friktionen gegeben hat, erlaube ich mir den Hinweis, dass noch 13 Tage verbleiben, damit aus einer Vorlage keine Tischvorlage werden muss.

Es stellt sich aber doch zunächst die Grundsatzfrage, ob wir diese Bank überhaupt brauchen. Ich habe zumindest bisher den Eindruck, dass Hamburg ganz gut durch die Krise gekommen ist, und auch wirtschaftlich müssen wir uns eigentlich nicht verstecken. So überrascht es nicht, wenn der Senat die bisherigen Programme, die er hat und die er in die IFB integrieren will, eigentlich als positiv bewertet. Die Wohnraumförderung wird als gut bewertet, die Klimaschutzprogramme als positiv, die Wirtschaftsförderung als vielfältig, der Finanzplatz als gut und die Liquiditätsversorgung als ausreichend. Wenn man das liest, dann stellt sich doch umso dringender die Frage, wozu man, wenn schon alles in Butter ist, diese Bank braucht.

(Beifall bei der GAL und bei *Roland Heintze, Karin Prien, beide CDU* und *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP*)

Wenn es nicht an der bisherigen Ist-Situation liegt, kann es daran liegen, dass damit neue Ziele ver-

folgt werden sollen. Das haben wir in der Anfrage auch gefragt und dazu folgende Antwort bekommen – ich zitiere –:

"Mit dem Umbau der bestehenden WK zur IFB wird ein Vorhaben aus dem Arbeitsprogramm des Senats umgesetzt."

Diese Antwort ist entwaffnend ehrlich, aber wenn Sie diese Bank unbedingt gründen wollen, dann reicht das als Begründung nicht aus.

(Beifall bei der GAL)

Wir haben, das ist hier vor zwei Debatten bereits angeklungen, in der jüngeren Vergangenheit extrem schlechte Erfahrungen mit staatlichen Banken gemacht, und wenn man eine neue gründen möchte, dann ist es hilfreich, sich noch einmal die Gründe für die letzten schlechten Erfahrungen anzusehen. Da sind zum einen die Gewährträgerhaftung und die Refinanzierungsgarantie zu nennen, so dass die Banken billig an ihr Geld kommen. Da sind zum Zweiten politische Risikofreudigkeit und erhöhte Renditeerwartungen zu nennen und zum Dritten mangelnde Kontrolle durch überforderte Entscheidungsträger. Es lässt sich doch nicht von der Hand weisen, dass die zentralen Ursachen für die Probleme bei diesen Landesbanken im Kern auch bei Investitionsbanken fortbestehen. Auch Investitionsbanken besitzen eine Refinanzierungsgarantie, auch sie werden von der Politik kontrolliert und auch sie werden sich nicht dagegen wehren können, wenn die Politik ihnen Projekte aufbürden möchte, die wirtschaftlich nicht tragfähig, aber politisch gewollt sind. Wir haben aus einigen dieser Beispiele in der Vergangenheit gelernt: CargoLifter, Nürburgring oder Chipfabrik Frankfurt/Oder. Deswegen ist es uns wichtig, dass diese Bank, wenn sie kommt, nicht zu einer Spielbank des Senats wird, sondern zu einer Förderbank für die Stadt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt diese ominöse Verständigung II, die besagt, was Investitionsbanken alles tun dürfen. Es ist entscheidend, dass man über die Zweckbestimmung dieser Bank redet und diese nicht so weit fasst, wie sie nach Verständigung II gefasst werden könnte. Uns stellt sich hier eine Reihe von Fragen: Brauchen wir diese Bank eigentlich für die Mittelstandsfinanzierung, wenn wir mit der Haspa und der HSH Nordbank schon anderthalb staatliche Banken haben, die genau in diesem Segment unterwegs sind? Brauchen wir diese Bank eigentlich für eine Risikokapitalfinanzierung, wenn wir eine Innovationsstiftung haben, die in diesem Bereich gut unterwegs ist? Und brauchen wir diese Bank eigentlich für eine Infrastrukturfinanzierung, wenn wir so große Einheiten haben wie die Hochbahn und die HPA, die selbst kapitalmarktfähig sind? Das macht uns sehr skeptisch.

**(Dr. Anjes Tjarks)**

Es gibt aber, das möchte ich nicht in Abrede stellen, durchaus Möglichkeiten, wo Potenziale lauern könnten, etwa wenn man die Wirtschaftsförderung effizienter organisieren möchte. Aber dazu gehört dann auch – das ist aus der Anfrage nicht zu erkennen, auch nicht das Gegenteil – eine effiziente Aufgabenkritik in Sachen Wirtschaftsförderung, dazu gehört ein besserer Mittelabruf von EU-Programmen und KfW-Töpfen und dazu gehört vielleicht auch eine bessere Vergabe von Kleinstkrediten. Man muss dazu aber in Rechnung stellen, dass es vielfältige Kleinstkreditprogramme in dieser Stadt gibt und vielleicht auch die ursprüngliche große überwölbende Idee des One-Stop-Shop, wobei sich da schon die Frage stellt, ob das am Ende wirklich ein One-Stop-Shop ist, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass Sie die Kreativgesellschaft und die Filmförderung in die IFB integrieren wollen. Und wenn sich beim One-Stop-Shop am Ende herausstellt, dass es eine gemeinsame Telefonnummer gibt, wo man anrufen kann, also ein Informations-One-Stop-Shop, aber kein echter One-Stop-Shop mit einem Backoffice, dann stellt sich die Frage, ob man so ein Projekt eigentlich braucht.

(Beifall bei der GAL)

Ob man es für eine Förderbank braucht, wird sich zeigen, wenn wir hier eine Vorlage bekommen, die hoffentlich keine Tischvorlage sein wird. Wir sind der Meinung, dass wir eine kleine, feine Förderbank für die Stadt brauchen, aber keine große Investitionsbank. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

**Andrea Rugbarth SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Tjarks, lassen Sie mich mit Ihren letzten Worten anfangen. Sie sagten, wir bräuchten ein kleines Förderinstitut und keine große Investitionsbank. Herr Tjarks, wo machen Sie bitte schön den Unterschied zwischen einem Förderinstitut und einer Investitionsbank? Sie können diese Bank nennen, wie Sie wollen, Sie können Sie Tjarks-Bank nennen oder Rugbarth-Bank. Entscheidend ist, was in der Zweckbestimmung steht und dass nach Verständigung II diese Regeln dort eingehalten werden, und dann ist das ein Förderinstitut, eine Investitionsbank. Das zunächst einmal vorweg.

Sie fragen die ganze Zeit, wozu. Herr Tjarks, Sie wissen sehr genau, was momentan passiert, wenn ein Existenzgründer etwas beantragen möchte. Er läuft an vielen kleinen Stellen von Pontius zu Pilatus. In einer Anfrage hatten wir das auch einmal beantwortet. Da ging es zwar um die Kreativwirtschaft, aber das macht nichts. Da gibt es Förderdarlehen bei der "garage mikrofinanz", da gibt es

natürlich die Bürgerschaftsgemeinschaft, dann gibt es Zuschüsse für Beratungen, die Hamburger Existenzgründungsinitiative für Zuschüsse, auch die Innovationsstiftung, die Behörde hält auch noch Etliches vor, die Innovationsstarter, die Lawaetz-Stiftung und so weiter. Das alles zu bündeln, stellt Effizienz für den Kunden dar und letzten Endes auch für uns, wenn wir das alles einmal an einer Stelle haben, nicht nur die Beratung, sondern auch die Verknüpfung, dass man dort gleichzeitig Gelder beantragen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie fragen weiter, wozu. Man kann natürlich – das haben Sie auch als positiv herausgestellt – wesentlich mehr Fördermittel nach Hamburg bringen, Fördermittel des Bundes, der EU, gemeinsame Programme mit anderen Investitionsbanken oder auch mit der Behörde, ganz zielgerichtet. Alle Bundesländer haben eine Förderbank beziehungsweise eine Investitionsbank, Hamburg hat dies als einziges Bundesland noch nicht, sondern ist momentan lediglich im Wohnungsbausektor mit der WK unterwegs.

*(Hjalmar Stemmann CDU: Hamburg hat auch kein Fraunhofer-Institut!)*

– Sie werden vielleicht noch Stellung dazu nehmen.

Sie sagten weiterhin, Sie wollten keine Spielbank für künftige Senate haben. Das wollen wir auch nicht. Sie haben sich auf die HSH Nordbank bezogen, die flächendeckend immer wieder mit herangezogen wird. Das ist ein anderes Konstrukt.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau!)*

Das ist eine internationale Geschäftsbank. Sie wissen ganz genau, dass die HSH sich nur aufgrund des Wegfalls der Gewährträgerhaftung laut EU-Beschluss seinerzeit mit Geld bis zur Oberkante Decke eingedeckt hat, dann nicht gewusst hat, was sie mit dem vielen Geld machen soll und am internationalen Markt spekuliert hat. So etwas ist bei den Förderinstituten ausgeschlossen, das wissen Sie auch, weil diese laut Verständigung II solche Geschäfte, in strukturierte Wertpapiere zu investieren, gar nicht machen dürfen. Das ist also schon einmal ausgeschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben des Weiteren Bezug auf einige Beispiele aus den letzten zehn Jahren genommen, die vor den Baum gelaufen sind. Sie haben die Chipfabrik genannt, CargoLifter und auch den Nürburgring. Das ist in jedem einzelnen Fall bedauerlich, aber Sie müssen auch einmal Folgendes sehen: 15 Förderinstitute in ganz Deutschland haben insgesamt eine Bilanzsumme von über 300 Milliarden Euro,

*(Olaf Ohlsen CDU: Unglaublich!)*

**(Andrea Rugbarth)**

die in Infrastruktur investiert werden, in die Wirtschaftsförderung oder die Wohnraumförderung gehen. Und da kann natürlich auch einmal irgendwo etwas schief laufen. Für so etwas haben Banken Risikopuffer. So bedauerlich es im Einzelfall sein kann, aber wenn man solche Institute, die die genannten Bereiche fördern können, nicht vorhält, dann hat man einen großen Nachteil. Man vergibt sich die Chance, flächendeckend Wirtschaft, Wohnraum und Infrastruktur zu fördern. Ich weiß nicht, warum Sie die Infrastruktur an der Stelle ausgrenzen, dass da keine Förderung stattfinden soll.

Sie haben dann noch gesagt, wir hätten eine sehr breite Bankenlandschaft, und auf Ihrer Pressekonferenz haben Sie von einer Kreditintensität gesprochen. Herr Tjarks, Kreditintensität ist kein Maßstab für eine funktionierende Wirtschaft und eine funktionierende Bankenlandschaft, sondern ganz im Gegenteil. In der Wirtschaftswissenschaft ist Kreditintensität etwas, das, wenn es zu hoch geht, eher negativ ist.

Wenn Sie sich darüber hinaus diese Liste angeschaut haben, Herr Tjarks, dann stehen dort die Stadtstaaten ganz oben. Das ist auch ganz klar, denn die kann man so nicht mit den Flächenländern vergleichen.

Dann zu Ihrer Pressemitteilung, Herr Kluth. Ich vermute einmal, dass Sie die neue Bank auch für überflüssig halten. Sie sagten, ein Risiko läge im Personalaufwuchs, habe ich das richtig verstanden? Selbstverständlich wird, wenn man eine Bank nicht neu gründet, sondern ihr Aufgabenprofil erweitert, auch Personal benötigt. Zum Teil wird dies aus den Behörden kommen, also mit den Aufgaben mitgehen, aber für einige typische Bankaufgaben wird man vielleicht auch zwei, drei neue Leute brauchen. Aber es wird auf keinen Fall, wie Sie befürchtet haben, eine Verdoppelung der Zuständigkeiten geben.

*(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Woher wissen Sie das alles?)*

Denn das ist doch gerade die Grundidee, dass wir nicht mehr zig Stellen in Hamburg haben ...

*(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Kennen Sie eine Senatsdrucksache?)*

– Nein, ich gehe gleich darauf ein.

*(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Woher haben Sie diese Kenntnisse?)*

– Aus den Planungen, wie man sich eine Bank vorstellt.

*(André Trepoll CDU: Wie stellen Sie sich eine Bank vor?)*

Wenn man etwas konzentriert, Herr Kluth, dann wird man das doch nicht auf zwei oder drei Stellen

konzentrieren, sondern man fasst es zusammen unter diesem One-Stop-Shop.

Sie sagten in Ihrer Presseerklärung außerdem, es gäbe eine dynamische Gründerlandschaft in Hamburg. Dann frage ich mich, warum die Große Anfrage ergeben hat, dass Hamburg in puncto Gründungen gar nicht so toll dasteht. Wir stehen – ich weiß es nicht mehr so genau – an neunter oder zehnter Stelle.

*(Olaf Ohlsen CDU: An zehnter!)*

– An zehnter, danke.

Das ist im Verbund von 16 Bundesländern noch nicht einmal gutes Mittelfeld, sondern eher etwas darunter. Von einer ausreichenden Kreditversorgung kann man an dieser Stelle auch noch nicht sprechen. Wir wissen aus sämtlichen Untersuchungen, dass kleine Firmen Schwierigkeiten haben, liquide Mittel zu erhalten, insbesondere wenn es um den Kreditrahmen bis 25 000 Euro geht. Sie bekommen als Angestellter eher einen Kredit für Ihr Auto, als dass ein Selbstständiger einen Kredit in diesem kleinen Bereich bekommt. Es gibt aber durchaus auch im Bereich der höheren Kredite Schwierigkeiten, weil die fehlende Eigenkapitalunterlegung immer ein Problem ist und insbesondere vor dem Hintergrund Basel III auch weiter darstellen wird.

Zur Senatsdrucksache. Herr Kluth, ich kenne sie auch noch nicht. Ich unterhalte mich natürlich die ganze Zeit über mit unserem Senat,

*(Olaf Ohlsen CDU: Natürlich, natürlich!)*

kenne aber die Drucksache auch noch nicht. Ich bin genauso gespannt wie Sie. Wir werden ausreichend Zeit haben, sie zu diskutieren; sie wird nicht als Tischvorlage vorgelegt werden und wir werden ihrer Überweisung, an welchen Ausschuss auch immer, sicherlich zustimmen. Der Überweisung dieser Drucksache an den Haushaltsausschuss werden wir nicht zustimmen, weil die Inhalte noch nicht vorhanden sind, über die es wirklich zu diskutieren lohnt. Bis dahin sind wir sicherlich alle gespannt auf den 28. August, an dem die Senatsbefragung zur Innovationsstiftung stattfindet. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Prien.

**Karin Prien CDU:\*** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Rugbarth, ich schätze Sie wirklich sehr, aber das war ein schwaches Bild.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP)

**(Karin Prien)**

Wir alle erinnern uns an die Regierungserklärung des Bürgermeisters vom März 2011, in der er erklärte, er werde Hamburg ordentlich regieren und einen Politikstil kultivieren, in dem Sachlichkeit und Vernunft im Zentrum stünden. Ein zentrales Anliegen seines Senats, so sagte er, werde die Schaffung einer Investitionsbank sein. Gesagt, getan. Nach einem bürgerschaftlichen Ersuchen der SPD-Mehrheitsfraktion sollte bis zum 31. Dezember 2011 über die Einrichtung einer Investitionsbank durch die Umwandlung der Wohnungsbaukreditanstalt berichtet werden. Ende des vergangenen Jahres wurde dann tatsächlich eine Drucksache vorgelegt, in der wir lesen durften, dass die Konzeptionsphase abgelaufen sei. Wir wurden dann darüber informiert, dass die Startaufstellung der Bank bis Mitte 2012 erarbeitet werde und es dann, also jetzt, losgehen solle. Aber was ist die Realität? Die Realität ist, dass wir Ende Januar dieses Jahres im Wirtschaftsausschuss eine Anhörung mit einem verheerenden Ergebnis für den Senat hatten. Weil der Senat es entgegen jeder Vernunft und Sachlichkeit verabsäumt hatte, zunächst einmal eine Bestandsanalyse durchzuführen, konnten die Sachverständigen zu der Frage, ob Hamburg eine Investitionsbank wirklich braucht, eigentlich gar nicht so richtig etwas sagen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL*)

Uns wurde die Aufnahme der Geschäftstätigkeit zu Mitte dieses Jahres versprochen, aber was erlebten wir im Juni? Wir erlebten, dass unter doch sehr fadenscheinigen Umständen die Beratung dieser Angelegenheit im Wirtschaftsausschuss einfach mal eben ohne weitere Begründung abgesetzt wurde.

Und was entnehmen wir nun dieser unglaublichen Antwort auf die Große Anfrage vom Juli dieses Jahres, in der – Sie müssen es mir verzeihen – außer heißer Luft nicht viel drin steht? Es gibt offensichtlich bis heute noch kein Konzept für eine Investitionsbank für Hamburg. Das Konzept, das Sie uns bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres zugesagt haben, gibt es also bis heute nicht.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GAL*)

Wir entnehmen dieser Großen Anfrage, dass es kein Konzept gibt, kein Geschäftsmodell und keinen Zeitplan. Es gibt auch keine Drucksache, und wir wissen schon gar nicht, wann diese Bank, wenn sie denn jemals kommen sollte, ihre Geschäftstätigkeit aufnehmen soll.

Die Informationspolitik des Senats gegenüber diesem Hause empfinde ich, ehrlich gesagt, alles andere als zufriedenstellend. Und die Antwort auf die Große Anfrage ist nun wirklich die Krönung dieser Informationspolitik. Schon die Datengrundlage ist so dürftig, dass man damit auch keine Bestands-

analyse machen kann. Sie sagten, liebe Frau Rugbarth, im Vergleich der Bundesländer rangiere Hamburg bei der Gründerintensität auf Platz 9 oder 10. Dabei haben Sie nicht einmal einen Stadtstaatenvergleich. Sie wissen gar nicht, worüber Sie reden, und das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller und Jens Kerstan, beide GAL*)

Inzwischen sind – das wissen wir aus Ihren Antworten auf diese Große Anfrage und weitere Schriftliche Kleine Anfragen – mehr als 600 000 Euro Beratungskosten in dieses Projekt geflossen. Trotzdem liegen offensichtlich immer noch kein Ergebnis und kein Zeitplan vor. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, dass die Analyse erst Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird.

Was gibt es stattdessen in der Gründerszene in Hamburg? Es gibt Verärgerung, es gibt Verunsicherung in der Förderlandschaft, es gibt ein von Angst geprägtes Klima bei den bestehenden Förderinstitutionen und deren Mitarbeitern, es gibt Stillstand in der Weiterentwicklung und der Bündelung der Förderaktivitäten, die so dringend erforderlich wären, und es gibt öffentlich ausgetragene Machtkämpfe des Senats und der beteiligten Senatoren. Meinen Kindern sage ich gelegentlich: Erst denken, dann sprechen. Das würde man dem Senat in dieser Sache auch raten wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es entsteht noch ein Eindruck: Großmannssucht ist hier am Werk. Der Fokus auf die Einrichtung einer landeseigenen, zentralistischen Investitionsbank hat das Handeln des Senats bisher getrieben und nicht die Sorge um eine effiziente und effektive Mittelstandsförderung in unserer Stadt. Ein bisschen mehr hanseatische Bescheidenheit, meine Damen und Herren, würde dieser Sache sehr gut tun und Konzentration auf eine weitere Bündelung der Förderaktivitäten und eine professionelle Vermarktung. Das Ziel muss eine organisatorische Zusammenfassung der wesentlichen Förderinstitutionen sein: Ein One-Stop-Shop in einer effizienteren Form, ein gemeinsamer Front Shop, ein gemeinsames Standortmarketing und damit die Möglichkeit einer proaktiven Wirtschaftsförderung, wie Städte wie München und Frankfurt es uns längst vormachen. Synergien zwischen den bestehenden Förderinstitutionen müssen gehoben werden. Lesen Sie den Bericht des Rechnungshofs und die Ausführungen der Kammern zu dieser Frage, da könnten Sie eine Menge lernen.

Meine Damen und Herren! Der Weg, den Sie in Sachen Investitions- und Förderbank gehen, ist ein Irrweg. Wir können nur dringend an Sie appellieren: Beenden Sie diesen Irrweg, steigen Sie ein in eine vernünftige Bedarfsanalyse, treten Sie in einen Dialog mit den wesentlichen Förderakteuren

**(Karin Prien)**

in dieser Stadt und mit den Parteien dieses Hauses und lassen Sie uns gemeinsam an einer vernünftigen und optimierten Mittelstandsförderung für unsere Stadt arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

**Dr. Thomas-Sönke Kluth** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie stellt sich Frau Rugbarth eine Bank vor? Zumindest das wissen wir jetzt, und ich hoffe stark, dass das kein Vorgesmack auf die Drucksache des Senats war, die uns erwartet.

Frau Rugbarth, Sie können doch nicht ernsthaft der Auffassung sein, die Insolvenzen von CargoLifter oder Nürburgring seien Forderungsausfälle, wie sie im Bankgeschäft halt vorkommen. Diese Insolvenzen sind Ausdruck von politischer Einflussnahme auf Bankgeschehen. Sie sind ein deutliches Zeichen, ein Beweis für den Webfehler staatlicher Einflussnahme auf Bankgeschäfte.

(Beifall bei der FDP)

Sie werden sich erinnern, dass die FDP-Fraktion dem Projekt einer Investitions- und Förderbank in den ersten Debatten dieses Hauses durchaus aufgeschlossen gegenüberstand. Wir haben aber zugleich gesagt, dass die Systematik stimmen muss, mit der man sich dieser Frage nähert. Erst müssen der Bedarf und die Notwendigkeit geklärt werden, dann müssen wir über den ordnungspolitischen Rahmen sprechen, das heißt aus unserer Sicht, weitgehende institutionelle und politische Unabhängigkeit, Beibehaltung des Hausbankprinzips, kein eigenes Kreditgeschäft, also keine HSH Nordbank light. Und erst am Schluss, nachdem man diese Analyse erstellt und diese Debatte geführt hat, kann man über die Frage der Institution und ihrer Organisation sprechen.

Der Senat will es genau umgekehrt machen. Bislang steht nur ein einziger Punkt fest und das in der Kontinuität vom Wahlprogramm der SPD bis hin zum Arbeitsprogramm des Senats, nämlich die institutionelle Frage, also der Umbau der Wohnungsbaukreditanstalt zur Investitions- und Förderbank. Der Senat macht also den letzten Schritt als ersten Schritt. Aber warum wir diese Institution brauchen, worin der Bedarf besteht oder die Defizite in der jetzigen Förderlandschaft liegen, auf diese Fragen bleibt er die Antworten bis heute schuldig. Er kann diese Fragen auch gar nicht beantworten, weil ihm die dafür notwendigen Informationen fehlen, denn die gegenwärtig bestehenden Wirtschaftsprogramme werden nicht oder nur ungenügend evaluiert.

Meine Damen und Herren! Was sagt uns denn der Senat in seiner Antwort auf die Große Anfrage der

Kollegen der GAL zum Bedarf an einer Investitions- und Förderbank? Wie sieht die heutige Förderlandschaft nach den eigenen Aussagen des Senats aus? Lesen Sie dazu die Große Anfrage.

Erstens: Das Fördergeschehen im Bereich des Wohnungsbaus und des Energie- und Klimaschutzes wird positiv beurteilt.

Zweitens: Die bestehenden Programme und Projekte der Wirtschaftsförderung sind vielfältig.

Drittens: Hamburg ist ein funktionierender Finanzplatz mit einer in der Regel ausreichenden Kreditversorgung.

Viertens: Der Senat bewertet die Arbeit der bestehenden Einrichtungen, also der Innovationsstiftung, der BürgerschaftsGemeinschaft, der Beteiligungsgesellschaft, der Kreditkommission positiv. Dies sind alles sinngemäße Zitate aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der GAL.

Danach haben wir in Hamburg also bereits eine vielfältige und auch erfolgreiche Förderlandschaft. Aber wenn das so ist, warum will der Senat dann diese erfolgreiche Struktur ohne Not umbauen? Warum will der Senat die Struktur erfolgreicher Wirtschaftsförderungseinrichtungen wie der Innovationsstiftung infrage stellen? Das macht keinen Sinn. Wer eine neue städtische Institution mit all ihren Risiken – Personalaufwuchs, Doppelung von Zuständigkeiten, Gewährträgerhaftung – schaffen will, der ist zunächst einmal in der Pflicht, den Bedarf, die Notwendigkeit und auch die Vorteile unter Beweis zu stellen. Und genau diesen Beweis ist der Senat bislang schuldig geblieben. Alles, was uns der Senat hierzu präsentiert hat, bewegt sich bislang knapp oberhalb von nichts.

(Beifall bei der FDP)

Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der FDP-Fraktion aus der bisherigen parlamentarischen Befassung mit der Frage einer Investitions- und Förderbank, insbesondere aus der Sachverständigenanhörung? Ich will kurz fünf Punkte nennen.

Erster Punkt: Wir haben in Hamburg eine vielfältige und differenzierte Beratungslandschaft, die von der Stadt, den Kammern und den privaten Trägern getragen wird. Frau Rugbarth, diese Differenziertheit und Vielfältigkeit ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Warum? Weil diese Struktur dem vielfältigen und differenzierten Förder- und Beratungsbedarf entspricht, denn es ist ein Unterschied, ob sich ein Langzeitarbeitsloser aus der Arbeitslosigkeit heraus mit einem kleinen Dienstleistungsunternehmen selbstständig machen will oder ein hoch innovatives neues Produkt durch lange Forschungs- und Zertifizierungsprozesse zur industriellen Marktreife geführt werden soll. Dafür brauchen wir unterschiedliche Angebote, unterschiedliche Fördertools und unterschiedliche Einrichtungen. Vielfalt ist also

**(Dr. Thomas-Sönke Kluth)**

gut, Frau Rugbarth, eine Zentralisierung von Strukturen und Einrichtungen ist es nicht.

Zweiter Punkt: Die Kreditversorgung in Hamburg funktioniert. Eine Kreditklemme für die Wirtschaft hat es nicht gegeben und gibt es nicht. Das ist nicht etwa die Aussage der Banken, sondern das ist die Aussage der Kammern und Verbände der Unternehmen der Gewerbewirtschaft selbst. Im Jahre 2010 sind Kredite in Höhe von fast 90 Milliarden Euro an Hamburger Unternehmen vergeben worden, und dort, wo Probleme bestehen – ich nenne die Stichworte Mikrofinanzierung oder Konsortialfinanzierung –, können diese Probleme durch Nachsteuerung in den bestehenden Strukturen gelöst werden. Das Hausbankprinzip hat sich bewährt. Insbesondere die Hamburger Sparkasse und die Hamburger Volksbank sind bei der Existenzgründungs- und Mittelstandsfinanzierung gut aufgestellt. Eine neue Einrichtung, eine HSH Nordbank light, brauchen wir dazu jedenfalls nicht.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt: Hamburg ist bereits heute die Gründerhauptstadt, etwa gleichauf mit Berlin, und dann kommt lange nichts. Das liegt an der Dynamik und Innovationskraft insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen, aber auch an der bestehenden Struktur im Bereich der Existenz-, Förder- und Gründungsberatung. Diesen Erfolg, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, sollte man nicht durch eine sinnlose Strukturdebatte zerreden.

Vierter Punkt: Die Bedeutung der Innovationsförderung als Teil der Wirtschaftsförderung wird weiter zunehmen. Die Europäische Union plant, 80 Prozent der EFRE-Mittel in der Förderperiode 2014 bis 2020 in den entwickelten Regionen, also auch in Hamburg, für Forschung, Innovation, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und erneuerbare Energien auszugeben. Wer in dieser Situation die Hand – oder besser: die Axt – an die Innovationsstiftung legt, die in den vergangenen Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet hat, der schadet damit der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Hamburg.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Ich kann nur hoffen, dass der vernünftige Teil der SPD-Mehrheitsfraktion und der Wirtschaftssenator Frau Senatorin Blankau da noch rechtzeitig in den Arm fallen werden.

Fünfter und letzter Punkt: Der Senat ist den Beweis für den Bedarf, die Notwendigkeit und die Vorteile einer Investitionsbank bislang schuldig geblieben, das habe ich ausgeführt und begründet. Die Experten haben sich deutlich gegen das Vorhaben ausgesprochen. Haben Sie daher den Mut, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion

und vom Senat, Ihren Fehler einzugestehen. Beerdigen Sie das Vorhaben, und zwar besser heute als morgen, und lassen Sie uns die freiwerdenden Mittel besser direkt zur Innovations- und Wirtschaftsförderung nutzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Artus.

**Kersten Artus DIE LINKE:**\* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Nach Definition des Instituts für Mittelstandsforschung gehören 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland zum Mittelstand. Sie beschäftigen etwa 70 Prozent aller Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und erwirtschaften 38 Prozent aller Gesamterlöse. Klein- und mittelständische Unternehmen mit der leichteren Vergabe von Krediten zu unterstützen, heißt für die Fraktion DIE LINKE, die Region zu stärken und konkret Wirtschaftsförderung zu betreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass das bislang nicht optimal funktioniert, zeigt der Haspa-Mittelstandsindex 2011. So besteht Handlungsbedarf etwa bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für Betriebe in der Umsatzgruppe 2,5 bis 5 Millionen Euro Jahresumsatz.

Da der Senat derzeit am Prüfen ist, wie er mehrfach auf Anfrage der GAL antwortete, und der Bericht nicht vorliegt, kann über dieses Thema leider nicht fundiert diskutiert werden, wie ich es leider auch einigen Vorrednern konzertieren muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Linksfraktion ist insbesondere daran interessiert, wie die unbedingt notwendige Kontrolle der Bank aussehen könnte und sollte. Es ist anzunehmen, dass sie über einen Verwaltungsrat und einen Beirat ausgeübt werden wird wie in den anderen Bundesländern auch. In diesen Beiräten sind Vertreterinnen und Vertreter von Kammern, Wirtschafts-, Sozial-, Kommunal-, Banken- und Wohnungsverbänden vertreten. Insofern verwundert mich die Aussage des Präses der Handelskammer – Zitat –:

"Aber eine Investitionsbank sei eine gute Lösung für ein Problem, das es in Hamburg nicht gebe".

Herr Schmidt-Trenz kann doch eigentlich auch nicht zufrieden sein mit dem derzeitigen Zustand.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Warum das denn nicht?)

Im Interesse ihrer Zwangsmitglieder sollte die Handelskammer schon bereit und in der Lage sein, ihre wie auch immer gelagerten übergeordneten Interessen zurückzustellen.

**(Kersten Artus)**

Für uns ist zudem von Relevanz, dass mit der Vergabe von Krediten die Kaufkraft und damit die Binnenkonjunktur gestärkt wird und nicht nur Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern in Anbetracht des deregulierten Arbeitsmarkts, der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und der Situation von Langzeitarbeitslosen in einem nennenswerten Umfang zukunftssträchtige Arbeitsplätze entstehen, die vernünftig entlohnt werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL* und *Andrea Rugbarth SPD*)

Wer von Wirtschaftsförderung und Mittelstand redet, muss die Gesamtheit eines Betriebs im Auge haben, nicht nur die Umsätze und Erlöse. Für mich ist ein Betrieb nicht förderungswürdig, der mit einem Kredit zwar Umsatz erwirtschaftet, aber Arbeitsplätze vernichtet oder prekäre Arbeitsbedingungen forciert.

(Beifall bei der LINKEN)

Darauf werden wir einen sehr scharfen Blick haben.

Wir von der Fraktion DIE LINKE begrüßen ausdrücklich die Initiative, für kleine und mittelständische Unternehmen in Hamburg mehr zu tun, wollen aber mit einer Überweisung auf den Bericht des Senats warten, weil erst dann fundiert über eine Hamburger Investitions- und Förderbank diskutiert und auch entschieden werden kann. Ich habe die Expertenanhörung – es waren ja nur Männer, die uns bei der Anhörung ihr Wissen geschenkt haben – so verstanden, dass man nichts übers Knie brechen und vorhandene Kompetenzen nutzen will.

Vielleicht abschließend kurz zu den Beraterkosten; Sie hatten es angesprochen, Frau Prien. Ich habe das in der Großen Anfrage auch gesehen und gedacht: Ups, der Betrag ist wirklich hoch. Vielleicht gelingt es uns in den nächsten Wochen und Monaten, das einmal in ein Verhältnis zu setzen zu dem regelrechten Beraterspeck, der in Hamburg entstanden ist, der sich aber zu den Krediten, die vergeben wurden, überhaupt nicht in einer Kausalität befindet.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Andrea Rugbarth SPD*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

**Andrea Rugbarth SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur ganz kurz zu den Punkten, die Herr Kluth angesprochen hat.

Ich habe keine Ahnung

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

– okay, den ganzen Satz bitte –,

(*André Trepoll CDU:* Es ist alles gesagt!)

worauf Herr Kluth sich bezogen hat, als er sagte, Hamburg sei die Gründungshauptstadt. In welchem Bereich denn bitte schön, wenn wir auf Platz 10 stehen? Das hätte ich ganz gerne von Ihnen gewusst. Und was in diesem Bereich an Vielfalt gut sein soll – genauer gesagt, an Zigtausend Programmen, zerfasert über ganz Hamburg –, das fragen Sie bitte einmal die Kunden, die von einer Stelle zur anderen laufen. Die werden Ihnen bestätigen, dass sie das überhaupt nicht prickelnd finden, Herr Kluth.

(Beifall bei der FDP)

Frau Prien, zur Bedarfsanalyse. Sie haben aus der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen können, dass es eine Bedarfsanalyse von evers & jung gibt, die uns auch zur Verfügung gestellt werden wird und die tatsächlich ergibt, dass wir an der Stelle noch Potenziale heben können.

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Rugbarth, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Prien?

**Andrea Rugbarth SPD:** Ja, bitte.

**Zwischenfrage von Karin Prien CDU:\*** Stimmt es, liebe Frau Rugbarth, dass die Bedarfsanalyse, von der Sie sprechen, nach Aussage des Senats frühestens zum Ende dieses Jahres fertiggestellt werden soll?

**Andrea Rugbarth SPD** (fortfahrend): Ich habe es ebenso verstanden wie Sie, dass diese Bedarfsanalyse zum Ende des Jahres komplettiert sein soll,

(*Robert Heinemann CDU:* Und Sie kennen das Ergebnis schon? Na super!)

aber in Ansätzen liegt sie natürlich schon vor.

(Zurufe aus dem Plenum: Ah!)

– Sie brauchen sich gar nicht so zu amüsieren. Eine Bedarfsanalyse ist doch nichts, was nur aus einem Teil besteht. Sie besteht – Herr Kluth hat es bereits gesagt – aus Analyse, Zweck und dergleichen mehr.

Und selbstverständlich wird diese Analyse ergeben, Herr Kluth...

(*Robert Heinemann CDU:* Das ist die hohe Kunst der Dialektik! – Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Rugbarth, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Kluth?

**Andrea Rugbarth SPD:** Ja, bitte.

**Zwischenfrage von Dr. Thomas-Sönke Kluth**

FDP: Frau Rugbarth, zu Ihren Ausführungen, Stichwort Hamburg als Gründerhauptstadt: Ist Ihnen erinnerlich, dass uns in der Expertenanhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien, an der Sie teilgenommen haben, Herr Dr. Papirow, Herr Dr. Eifert und Herr Dr. Schmidt-Trenz dargelegt haben, dass Hamburg mit Berlin um den ersten Platz als Gründerhauptstadt wetteifert, danach lange nichts kommt und dass wir selbst als Gründerhauptstadt andere große Bundesländer hinter uns lassen?

**Andrea Rugbarth** SPD (fortfahrend): Diese Aussagen, Herr Kluth, bezogen sich auf bestimmte Cluster, sie bezogen sich nicht auf den Bereich der Existenzgründungen insgesamt.

Ich wollte aber noch etwas zu Ihrem Vorwurf sagen, wir würden die Axt an die Innovationsstiftung legen. Wir legen keine Axt an die Innovationsstiftung, und ich habe keine Ahnung, wie Sie zu einer so harten Aussage kommen. Wenn wir etwas weiter nördlich nach Schleswig-Holstein schauen, dann sehen wir, wie es aussieht, wenn eine Regierung tatsächlich die Axt an eine Innovationsstiftung legt: Dort hat die Vorgängerregierung das Stiftungskapital ganz einfach in den Landeshaushalt vereinnahmt. Wir haben so etwas nicht vor, und das ist doch schon einmal positiv.

(Heiterkeit bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

– Herr Kerstan, Sie brauchen an dieser Stelle gar nicht so zu lachen.

Ich will abschließend noch einmal auf die Zeitschiene Bezug nehmen. Natürlich hätte ich unser Förderinstitut auch lieber schon gestern oder vorgestern gehabt. Wenn das vernünftig vorbereitet wird – da sind wir uns in diesem Hause sicher alle einig –, wenn Zweck und Bedarf, wie Sie auch fordern, genau analysiert werden, um festzustellen, wie diese Bank ausgestaltet werden soll, mit welchen Abteilungen, Förderprogrammen und dergleichen mehr, dann bin ich gerne bereit, ein paar Monate länger zu warten. Es lässt sich dann auch verschmerzen, dass der Termin, den wir selber gesetzt haben, nicht eingehalten wird, denn das Ergebnis zählt. Wir sollten uns an der Stelle nicht über den Weg zerstreiten. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks.

**Dr. Anjes Tjarks** GAL:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Während Senator Neumann in der letzten Debatte, als die meisten Abgeordneten nicht im Raum waren, mit langen Ausführungen

über fachliche Details versuchte, unsere Aufmerksamkeit zu erregen,

(*Dirk Kienscherf* SPD: Das haben Sie auch kritisiert!)

muss ich jetzt zur Kenntnis nehmen, dass wir bei der Debatte über eines der wichtigsten Vorhaben, das dieser Senat plant und das durchaus besprechungswürdig ist, drei Senatoren sitzen haben, die alle fachlich zuständig sein könnten, dass sich aber kein einziger von ihnen äußert. Das ist ein wirklich schlechtes Bild für diesen Senat.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth* FDP)

Stattdessen schicken Sie die arme Frau Rugbarth vor,

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Diese Krokodilstränen, Herr Tjarks, können Sie sich sparen!)

die alles begründen muss, was der Senat nicht begründen kann.

Meine Damen und Herren! Der Bürgermeister hat es schon einmal geschafft, auch wenn er es nie so genannt hat, einzugestehen, dass in seinem Arbeitsprogramm nicht alles perfekt ist. Er hat es geschafft, auf die Moorburgtrasse zu verzichten, ohne darüber zu reden. Das böte sich auch in diesem Fall an. Wenn das hinter Ihrem Schweigen stehen sollte, dann nehmen wir es dankend zur Kenntnis.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth* FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/4582 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 20/4582 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 93 der Tagesordnung, Drucksache 20/4814, Antrag der FDP-Fraktion: Wege zur Kostensenkung im öffentlich geförderten Wohnungsbau – IBA Ideenwettbewerb.

**[Antrag der FDP-Fraktion:**

**Wege zur Kostensenkung im öffentlich geförderten Wohnungsbau – IBA Ideenwettbewerb – Drs 20/4814 –]**

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der FDP und der LINKEN an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Duwe, bitte.

**Dr. Kurt Duwe** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, dass dieser Beitrag weniger kontrovers werden wird und nicht mehr als fünf Redner oder Rednerinnen verbrauchen wird. Wir kennen das Problem, es gibt die Ansage, den öffentlichen Wohnungsbau, insbesondere in Hamburg, zu fördern. Es gibt Probleme, die das ein wenig behindern beziehungsweise erschweren, insbesondere natürlich der Kostenfaktor, der durch diverse Standardvorschriften et cetera verursacht wird.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Unseres Erachtens ist es zumindest eine Möglichkeit, über den Tellerrand hinauszuschauen und auch einmal Menschen zu befragen, wo sie eigentlich noch Potenziale für einen kostengünstigeren öffentlichen Wohnungsbau sehen.

(Dirk Kienscherf SPD: Pappwände!)

Es gibt zum Teil schon Vorstellungen, Vorschriften oder auch Größen zu verändern. Es ist natürlich so – das möchte ich noch einmal unterstreichen –, dass wir uns in unserer Stadt und vielleicht überall in Deutschland beim Neubau eher an das Äußere klammern, an Vorschriften und Idealvorstellungen und vielleicht etwas aus dem Blick verlieren, dass es auch Kostenfaktoren gibt, die wir einfach so hinnehmen, aber eventuell nicht hinnehmen müssten.

Warum ein Ideenwettbewerb? Es ist wichtig, einmal innezuhalten und jene Leute, die vom Fach sind, zu fragen, ob sie sich vorstellen könnten, einen Neubau in gleicher Qualität, aber zu niedrigeren Kosten zu erstellen. Das kann unter anderem durch veränderte Vorschriften gehen, zum Beispiel bei Stellplatzvorschriften, man kann aber auch überlegen, ob man wirklich jedes Haus unterkellern muss. Es ist nicht immer notwendig, aber oft denkt man nicht daran. Man kann auch beim Material einmal schauen, ob es nicht schon gängige Materialien gibt, die den Bau preiswerter gestalten.

Wir reden gerade bei der Subventionierung im öffentlichen Wohnungsbau über große Summen. Da sind Verbesserungen um 1 oder 2 Prozent auch schon große Summen. Deshalb regen wir diesen Ideenwettbewerb an.

Warum nun die IBA? Es bietet sich an, dies im Rahmen der IBA zu machen, zum Beispiel beim Handlungsfeld "Experimenteller Wohnungsbau" im Metrozonenbereich. Der Kostenfaktor wäre ein idealer Anknüpfungspunkt für so einen Ideenwettbewerb.

Er wird bestimmt nicht so groß sein, um etwas zu verhindern. Ich glaube, dass sich die Ideen, die uns dort vorgestellt werden können, auf jeden Fall refinanzieren werden. Wir sollten diese Chance wirklich nutzen. Wenn man an die IBA im nächsten Jahr denkt, könnte auch "immer bessere Alternativen" für IBA stehen.

Ich hoffe, dass Sie diesem Antrag, zumindest einer Überweisung, zustimmen. – Vielen Dank.

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Kienscherf, Sie haben das Wort.

**Dirk Kienscherf** SPD:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Duwe, vielen Dank für Ihren leidenschaftlich vorgetragenen Beitrag. Ich hoffe nicht, dass wir gleich fünf Rednerinnen verbrauchen werden, trotzdem will ich aber Ihre Hoffnung ein wenig eintrüben, denn Ihren Antrag werden wir natürlich nicht an den Ausschuss überweisen. Und warum nicht? Ich finde die Sache schon ein wenig lustig. Sie sind im Vergleich zum Antragstext jetzt relativ harmlos geworden. Der Antragstext ist nämlich ganz anders, der ist mehr so, wie man die FDP kennt. Es geht dort darum, dass die Einnahmesituation der armen Investoren in Hamburg eher unbefriedigend ist, dass man am sozialen Wohnungsbau nicht mehr so viel verdienen kann, dass die Neubaulzahlen drastisch zurückgehen und auch weiterhin zurückgehen werden.

(Finn-Ole Ritter FDP: Was haben Sie eigentlich gelesen?)

Es ist aus Sicht der FDP ehrlich, dass Sie das Thema Rendite ganz nach vorne bringen, aber wir Sozialdemokraten stehen eher dafür, Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen weiterhin in dieser Stadt guten Wohnungsbau zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch völlig falsch, wenn Sie in Ihrem Antrag schreiben, dass die Wohnungsbauzahlen im öffentlich geförderten Wohnungsbau drastisch zurückgegangen seien. Es ist zwar richtig – da werden mir GAL und auch CDU zustimmen –, dass es in den letzten Jahren unter Schwarz-Grün und insbesondere unter Schwarz so gewesen ist. Aber wenn man sich die aktuellen Zahlen für 2011 ansieht, dann liegen wir bei über 2100 öffentlich geförderten Wohnungen, die in der Förderung und im Neubau sind. Das ist mehr, als das Programm an sich umfasst. Das heißt, der öffentlich geförderte Wohnungsbau in Hamburg ist ein erfolgreicher Wohnungsbau.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen wollen wir weiterhin einen Wohnungsbau, der qualitativ hochwertig ist. Es hat natürlich auch etwas mit Energiestandards zu tun. Aber es wäre doch vermessen, wenn wir zum Beispiel bei

**(Dirk Kienscherf)**

den Energiestandards jetzt den Fehler machen, diese herunterzusetzen, wohlwissend, dass diejenigen Mieter dies dann in 10 oder 20 Jahren teuer bezahlen müssen. Auch für solche Schichten und Gruppen wollen wir einen Wohnungsbau, bei dem man die Nebenkosten im Griff behalten kann; auch das ist soziale Verantwortung, die wir wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL*: Da erinnere ich Sie gern mal daran bei Gelegenheit, Herr Kienscherf!)

Deswegen werden wir dem natürlich nicht zustimmen. Woran liegt es denn, dass die Wohnungsbaukosten so dramatisch steigen?

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Die schwarz-gelbe Regierung!)

Natürlich sind es auf der einen Seite Standards. Aber wenn man es sich genau ansieht, sind doch die Grundstückspreise einer der Kostentreiber. Wir wissen ganz genau, dass einige Spekulanten am Werk sind, die versuchen, große Gewinne zulasten der Stadt zu machen. Von daher ist es richtig, dass wir auch beim Thema Vergabe öffentlicher Grundstücke weggegangen sind vom Höchstpreisverfahren und dass für uns jetzt die Konzepte zählen.

(Beifall bei der SPD)

Einen letzten Punkt finde ich besonders amüsant, das Thema IBA Modellprojekt. Mit der IBA sind wir seit Jahren im Gespräch und da wird etwas entwickelt. Wir wissen doch alle, dass in acht Monaten die Eröffnung ist. Jetzt kommen Sie damit ganz zum Schluss – obwohl Ihnen das damals im Stadtentwicklungsausschuss dargestellt wurde –, obwohl alle Projekte sozusagen im Endspurt sind. Es ist alles ausfinanziert und es gibt gar keine weiteren Mittel. Vor allem sollte man mit demjenigen, dem man etwas Gutes tun will, auch einmal reden. Wenn man bei der IBA anruft und fragt, ob sich die FDP-Fraktion einmal informiert habe oder ihre Vorstellungen vorgetragen habe, dann sind die ganz verwundert. Es sind zwar irgendwelche Liberale in den letzten zwei Wochen aufgeschlagen, aber kein einziger hat den Antrag angesprochen und kein einziger hat irgendetwas von dem Vorhaben erzählt. Wenn Sie das gemacht hätten, dann hätte Ihnen die IBA sicherlich auch erzählt, was sie alles an Modellprojekten hat. Es geht um ressourcenschonenden Einsatz, es geht um kostenstabiles Bauen und viele andere Dinge. Und deswegen ist es ganz gut, wenn Sie erst einmal mit den Menschen sprechen, bevor Sie sie beglücken wollen.

In Hamburg wäre das, was Sie wollen, die falsche Antwort. Wir wollen nicht die Rendite von einigen Investoren erhöhen, sondern wir wollen einen qualitativen, guten Wohnungsbau, der wirtschaftlich tragfähig ist. Das ist das Zeichen der Zeit, das sind die Erfordernisse und dafür stehen wir Sozialdemokraten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Roock, Sie haben das Wort.

**Hans-Detlef Roock CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Dr. Duwe, Herr Kienscherf hat in vielen Dingen recht. Ich will es allerdings nicht so emotional machen wie er, sondern versuchen, noch ein paar sachliche Argumente zu bringen.

Ihr Antrag geht unserer Auffassung nach in die falsche Richtung, und von daher können Sie auch keine Zustimmung von uns erwarten. Hamburg betreibt seit vielen Jahren qualitativ hohen Mietwohnungsbau, und das ist auch gut so. Die gesetzlichen Standards sind nicht ohne Grund so entwickelt worden und tragen insbesondere zum Klimaschutz und zu nachhaltigem Bauen bei. Eine Billigvariante im Hinblick auf Wohnungsgrößen und Grundrissgestaltung bis hin zum Brandschutz würde weder den Menschen noch den Investoren helfen. Wir wollen keinen Wohnungsbau zweiter Klasse. Ich glaube, das kann auch nicht ernsthaft Ihr Interesse sein. Ein solcher Substandard-Wohnungsbau wäre auch nicht im Interesse der Investoren. Wohnungen sind ein langfristiges Investitionsgut über viele Jahrzehnte, sowohl im frei finanzierten als auch im geförderten Wohnungsbau, auch unter dem Stichwort Nachhaltigkeit.

Hinzu kommt, dass nach Auslaufen der Bindungen im geförderten Mietwohnungsbau die Billigwohnungen schlechtere Vermarktungschancen hätten. Das heißt, dass solche Standardabsenkungen den geförderten Mietwohnungsbau für Investoren unattraktiv machen würden. Herr Kienscherf hat auch darauf hingewiesen, dass die ständig evaluierten und angepassten Programme für den geförderten Mietwohnungsbau seit Jahren überzeichnet sind. Das deutet doch auf eine gewisse Attraktivität der Programme hin, die deshalb von den Investoren auch angenommen werden.

Unsere Kritik zielt eher darauf ab, dass die bestehenden Förderprogramme in der jetzigen Lage – Sie sprechen von 6000 Wohnungen, ich sage, wir brauchen mehr als 6000 Wohnungen – eine Aufstockung erfahren müssen, um die dringend benötigten Wohnungen in den preiswerten Segmenten auch erstellen zu können.

Ich habe in den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 geschaut, aber von einer Aufstockung ist da nichts zu sehen. Hier muss dringend nachgearbeitet werden. Ich denke, dass aufgrund der Argumente klar geworden ist, dass wir eine Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss nicht mittragen werden. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Dirk Kienscherf SPD*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Duge, Sie haben das Wort.

**Olaf Duge** GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Duwe, wenn man Ihren Vortrag anhört, dann könnte man zunächst glatt glauben, die FDP habe ihre soziale Ader entdeckt. Aber da müssen wir ein bisschen genauer hinschauen.

Sie wollen geförderten Wohnungsbau weiter voranbringen und attraktiver machen und schlagen einen Ideenwettbewerb im Rahmen der IBA vor. Wenn man sich die einzelnen Punkte anschaut, dann haben Sie einige Vorschläge, die nicht vollständig sind und mehrere Aspekte enthalten, zum Beispiel das Stichwort Mindestanforderungen. Wir können gern über Mindestanforderungen sprechen. Wenn Sie aber Substandards meinen, dann ist der Bogen überzogen, das kann nicht sein. Wir müssen bestimmte Qualitätsstandards halten und nicht nach unten absenken.

Wenn Sie sagen, schnelle und günstige Bauweise sei notwendig, dann kann man über bessere Organisation sprechen, aber nicht dem Pfuscher am Bau Vorschub leisten; auch dort ist eine Grenze. Und wenn Sie sagen, wir müssten das energetische Bauen kostengünstiger machen, dann ist auch das richtig, da gibt es eine ganze Reihe von Ansätzen. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass die Mehrkosten gegenüber dem EnEV-Standard inzwischen nicht mehr zweistellig, sondern im mittleren einstelligen Bereich sind. Das ist eine Form von Routine, die sich Gott sei Dank langsam auch in der Bauwirtschaft eingefunden hat. Es ist auch eine Folge der besseren Planungen der Architekten, die sich mit dem Umgang energetischen Bauens zunehmend zurechtfinden.

Hier sind noch eine Menge Dinge zu klären. Wenn ich Ihren Antrag einmal sportlich betrachte, dann reißen Sie damit keine Medaille, das ist bestenfalls ein Hoffnungslauf.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – *Robert Bläsing* FDP: Die Hoffnung stirbt zuletzt!)

Diesen Hoffnungslauf werden wir durch unsere Zustimmung zur Überweisung zum Ausdruck bringen, aber daran ist noch eine ganze Menge zu machen. Vielleicht können Sie Ihre Glaubwürdigkeit etwas deutlicher machen, wenn Sie das Soziale darin noch einmal herausstellen.

Warum wird denn eigentlich im privaten Grundstücksbereich der soziale und geförderte Wohnungsbau nicht in dem Maße vorgenommen? Das liegt doch daran, dass die Renditeerwartungen im freien Wohnungsbau entsprechend überhöht sind. Ich warte auf den Tag, wo Sie einen Antrag stellen, einen Wettbewerb durchzuführen, der die überzogenen Renditeerwartungen in der frei finanzierten Wohnungswirtschaft absenkt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

**Heike Sudmann** DIE LINKE.\* Liebe Kollegen und Kolleginnen! Dieser Antrag der FDP ist voller Überraschungen; Herr Kienscherf hat es schon ein bisschen angesprochen. Wenn ich die ersten Absätze lese und die Begründung, dann habe ich das Gefühl, ich kann sofort aufhören, den Rest zu lesen, denn es ist typisch FDP. Es klingt so, als wenn Sie Wohnungsbau light machen wollten, denn bei Sozialwohnungen kann man auch den letzten Schrott hinstellen.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Aber dann?)

– Aber dann kommen erstaunliche Antragspunkte, alle in Frageform gekleidet, bei denen man sich fragt, was mit der FDP los ist. Herr Ritter, ich habe Herrn Duwe, nicht Ihnen, extra zugehört.

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Dann gucken Sie mich doch nicht an!)

– Herr Duwe sitzt hinter Ihnen, haben Sie es mit den Augen?

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Duwe, wollen Sie hören, was ich gesagt habe? Dann halten Sie mal den Mund, Herr Ritter, dann geht es weiter.

Herr Duwe, Sie haben gesagt – das hat mich sehr gefreut –, dass es Ihnen darum gehe, einen Wohnungsbau in gleicher Qualität zu machen, Sie wollten keinen abgesenkten Standard. Ich finde, dieser Antrag liefert genug Diskussionsstoff für den Stadtentwicklungsausschuss, denn in einem Punkt hat die FDP recht, auch wenn sie einen anderen Hintergrund hat als der Rest der Bürgerschaft. Sie haben recht damit, dass viele Wohnungsbauunternehmen sagen, dass sie auf diese Weise keine sozialen Wohnungen bauen könnten, da es viel zu teuer sei. Dem würde ich wirklich einmal gern auf den Grund gehen. Ich will diesen Antrag eigentlich nicht annehmen, denn ich finde ihn so nicht richtig. Aber wenn Sie alle sagen, dass Sie ihn sofort ablehnen würden, vor allem die SPD, finde ich es wirklich schade. Wir hätten jetzt nämlich einen Anlass, im Ausschuss darüber zu diskutieren, was wir eigentlich wollen. Deswegen, Herr Ritter – Sie werden gleich umfallen –, werden wir ausnahmsweise einmal einen FDP-Antrag annehmen, nur wegen der Arroganz der Macht.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

**Dr. Kurt Duwe** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass eine oder mehrere Fraktionen sich jetzt überlegen, diesen Antrag überweisen zu wollen, muss ich sagen, dass mir die Redebeiträge so erschienen, dass ich vielleicht mit Selbstkritik einhergehen sollte. Das, was nämlich mit dem Antrag wirklich intendiert war, geht vielleicht nicht ganz aus dem Antragstext hervor.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Das ist wahr! Überweisen! – *Dr. Monika Schaal SPD*: Warum zieht Ihr nicht zurück?)

Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir diesen Antrag überweisen könnten und wir das dann weiter im Ausschuss diskutieren, denn es geht mir darum, dass wirklich jede Möglichkeit ausgeschöpft wird, damit mehr öffentlich geförderter Wohnungsbau geschieht, und dass gleichzeitig die öffentliche Hand dafür nicht zu viel Geld ausgeben muss, denn jedes zu viel ausgegebene Geld kann nicht woanders investiert werden. In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, zumindest der Überweisung unseres Antrags zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Herr Kienscherf.

**Dirk Kienscherf** SPD:\* Wenn wir jetzt den Antrag überweisen – wie es im Antrag formuliert ist, geht es um dieses IBA-Modellprojekt und die IBA beginnt schließlich im April –, dann wird man bis dahin so schnell nichts entwickeln können. Dann sollten sich lieber einmal die Obleute zusammensetzen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Oh, ein Angebot!)

Dann können wir das ganze Thema in einer Selbstbefassung behandeln oder auch eine Anhörung machen und das ganz sachlich diskutieren. Dann können Sie noch einmal über Ihre Formulierungen nachdenken; wir machen das ganz schneidig zusammen im Ausschuss. Das finde ich besser, als irgendeinen Antrag, bei dem Sie selbst nicht so genau wissen, wo es langgehen soll, auch noch zu überweisen. Ich glaube, das dient auch der Klarheit des Verfahrens. Lassen Sie uns also heute den Antrag gemeinschaftlich ablehnen, dann haben wir das Thema erst einmal abgeschlossen. Dann starten wir andererseits neu im Ausschuss mit den Obleuten und machen eine schöne Selbstbefassung; das ist unser Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/4814 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/4814 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir rufen nun die Punkte 71, 72 und 73 auf. Das sind die Drucksachen 20/4324, 20/4459 und 20/4463. Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kostenloses mobiles Internet, und Antrag der FDP-Fraktion: Prüfung der Einrichtung eines Wireless Metropolitan Area Network in der Freien und Hansestadt Hamburg sowie Antrag der SPD-Fraktion: Freies WLAN in Parks – Testfall für die IBA/igs.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:  
Kostenloses mobiles Internet  
– Drs 20/4324 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Prüfung der Einrichtung eines Wireless Metropolitan Area Network (WMAN) in der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH)  
– Drs 20/4459 –]**

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Freies WLAN in Parks – Testfall für die IBA/igs  
– Drs 20/4463 –]**

Zu den Drucksachen 20/4324 und 20/4463 liegen Ihnen als Drucksachen 20/4946 und 20/4934 Anträge der Fraktionen der CDU und der GAL vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Freier und rechtmäßiger Zugang zum WLAN in Hamburg  
– Drs 20/4946 –]**

**[Antrag der GAL-Fraktion:  
Kostenfreies WLAN in Bus und Bahn  
– Drs 20/4934 –]**

Die Drucksachen 20/4324, 20/4459 und 20/4934 sowie 40/4946 möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, bitte, Sie haben es.

**Christiane Schneider** DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wir haben uns ein wenig auf das weitere Verfahren geeinigt und stimmen auch zu, über den SPD-Antrag heute abzustimmen und ihn dann nachträglich gemeinsam mit unserem Antrag und den weiteren Zusatzanträgen

**(Christiane Schneider)**

an den Ausschuss zu überweisen. Deshalb kann ich mich heute auch kurz fassen,

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist aber schön!)

weil eine, so hoffe ich, ernsthafte Diskussion darüber geführt wird, wie tatsächlich ein flächendeckendes freies WLAN-Netz in Hamburg geschaffen werden kann, welche Hindernisse dabei zu beseitigen sind und wie Stadt und Bürgerinnen und Bürger kooperieren können. Ich hoffe, dass eine solche Diskussion noch im Ausschuss geführt werden wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte die folgenden zentralen Anliegen unseres Antrags also nur kurz benennen. Lassen Sie mich vorweg sagen, dass wir noch viele offene Fragen technischer, finanzieller und rechtlicher Art sehen. Wir sehen die Notwendigkeit, Erfahrungen aus anderen Städten aufzunehmen, Erfahrungen gescheiterter und Erfahrungen erfolgreicher Projekte. Auch deshalb freuen wir uns, dass die Anträge an den Ausschuss überwiesen werden. Wir können uns ganz gut vorstellen, dort eine Expertenanhörung durchzuführen.

Erstens: Wir wollen in der Perspektive ein wirklich flächendeckendes freies WLAN-Netz, und wir wollen es nicht zuletzt dort, wo man es tatsächlich am meisten braucht. Das sind nämlich nicht oder nicht nur die zentralen Orte, die viel von Touristinnen und Touristen oder Geschäftsleuten frequentiert werden – die sind auch wichtig –, aber wir wollen sie vor allem auch in den benachteiligten Stadtteilen.

Angesichts der Digitalisierung der Gesellschaft und der damit einhergehenden Umwälzungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ist der Internetzugang für alle von enormer Bedeutung.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Einen Augenblick, Frau Schneider. Hören Sie doch bitte der Rednerin zu. Bitte, Frau Schneider, fahren Sie fort.

**Christiane Schneider** DIE LINKE (fortfahrend): – Danke.

Aber es gibt nach wie vor eine digitale Spaltung der Gesellschaft zwischen Menschen mit Zugang zum Internet und jenen, die keinen Zugang haben. Und diese digitale Spaltung beruht auf der sozialen Spaltung der Gesellschaft. Gerade Menschen in prekären Lebenslagen sind vom Zugang zum Internet häufig ausgeschlossen. Bei Haushaltseinkommen unter 1000 Euro sind 47 Prozent ohne Internetzugang, bei Haushaltseinkommen zwischen 1000 Euro und 2000 Euro 34,3 Prozent – ich hatte hier im Antrag einen Zahlendreher gemacht – und

bei Haushaltseinkommen zwischen 2000 Euro und 3000 Euro sind es immer noch 16,9 Prozent.

Der Hartz-IV-Regelsatz sieht den Internetzugang nicht vor, und das bedeutet gerade für Kinder von Hartz-IV-Empfängern eine schwere soziale Benachteiligung mit Langzeitfolgen. Wir brauchen aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit für den Zugang zum Internet niedrigschwellige Angebote.

(Beifall bei der LINKEN)

Und das ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge, die sich, wenn man einmal in die Geschichte blickt, tatsächlich im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte immer ein bisschen ändert in der Frage, was dazu gehört und was nicht. Unserer Meinung nach gehört der Internetzugang zu den Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge.

Zweitens: Es sind in den verschiedenen zahlreichen Anträgen einige Vorschläge gemacht worden. Die SPD will ein freies WLAN-Netz in Parks, die GAL macht sich stark für kostenfreies WLAN-Netz in Bus und Bahn. Wir verschließen uns nicht davor, den Weg zu einem flächendeckenden freien WLAN-Netz mit kleineren, überschaubaren und jeweils überprüfbaren Schritten zu beginnen.

Bundes- und weltweit gibt es zurzeit eine Reihe interessanter Projekte. In Paris will man, ähnlich wie in London, in der Metro ein freies WLAN bereitstellen. In New York wird gerade ein Projekt in Gang gesetzt, das in drei Monaten abgeschlossen werden soll, mit dem in mehreren Stadtteilen ein kostenloser Internetzugang über die Umrüstung von Telefonzellen bereitgestellt wird. Dergleichen gibt es eine ganze Menge. Ich glaube, die nächsten Rednerinnen und Redner werden auch noch ihre Beispiele anbringen.

Ich möchte aber auf folgendes Problem hinweisen, das wir im Ausschuss gründlich erörtern können. Ein stadtweites freies WLAN-Netz ist nicht kostendeckend. Viele flächendeckende Projekte, in denen die Städte beziehungsweise Kommunen mit Privatfirmen zusammenarbeiten, sind an den Kosten für kommerzielle Betreiber gescheitert. Für Privatfirmen ist es lukrativ, häufig besuchte Plätze abzudecken, flächendeckende Projekte eher nicht. Es gibt einige gegenteilige Erfahrungen, zum Beispiel in Linz, wo ein weitgehend flächendeckendes WLAN-Netz in einem PPP-Projekt errichtet wurde und seit fünf Jahren existiert, Erfahrungen, bei denen es sich lohnt, sie sich näher anzuschauen.

Unter dem Gesichtspunkt, wirklich flächendeckende Netze einzurichten und das auch kostengünstig, gibt es die Freifunkinitiativen in verschiedenen Städten, zum Beispiel im Ausland in Bristol. In Deutschland gibt es auch in verschiedenen Städten solche Initiativen, ich nenne als Beispiel Potsdam, wo gerade eine ähnliche Debatte geführt wird, hochinteressant, das heißt, Einrichtung von

**(Christiane Schneider)**

WLAN-Netzen in bürgerschaftlichem Engagement durch die Teilung von Internetzugängen mit anderen. Ein solcher Weg kann sich auf unzählige existierende WLAN-Router stützen und auf eine Technologie, die die Vernetzung dieser WLAN-Router ermöglicht. Hier haben sich interessante Möglichkeiten für eine Kooperation zwischen den Städten und Kommunen auf der einen und Freifunkinitiativen und Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite aufgetan, über die wir im Ausschuss ausführlicher sprechen können.

Der Haken dabei – das wissen viele von uns, wir haben auch schon darüber gesprochen – ist die rechtliche Situation. Privatpersonen und Gewerbetreibende, die einen Internetzugang via WLAN anbieten, nehmen unkalkulierbare Risiken in Kauf. Anders als die großen Provider wie t-online haften sie nämlich, wenn Dritte aus ihren Netzwerken heraus illegale Aktivitäten betreiben. Die großen Provider dagegen sind von der sogenannten Störerhaftung ausgenommen. Das ist in unseren Augen auch das Problem des SPD-Antrags, der aufgrund dieser Situation voll auf die gewerblichen Anbieter setzt. Wir werden diesem Antrag dennoch zustimmen und uns gleichzeitig dafür einsetzen, den Druck von Hamburg aus zu erhöhen, sodass die Problematik der Störerhaftung gelöst und das Telemediengesetz novelliert wird, um die Diskriminierung nichtgewerblicher Betreiber von Funknetzwerken zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

**Hansjörg Schmidt SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Worum geht es? Es geht um diese kleinen Dinger, die wir alle haben. Ich habe damals, als wir die Diskussion über die Störerhaftung hatten, Herrn Dressel gesagt, dass die Fraktion der iPad-Nutzer fast die absolute Mehrheit hat, und mittlerweile hat sie sie. Einige haben die Sommerpause genutzt, um sich mit den Geräten einzudecken. All diese Geräte haben den großen Nachteil, dass sie ohne Internet nur halb so viel Wert haben, der Nutzungsgrad ist dann nicht mehr ganz so groß. Und deswegen beschäftigen wir uns heute mit dem Thema, wie man mehr WLAN in die Fläche der Stadt bekommt. Ich freue mich darüber, dass alle Fraktionen im Hause das Internet mittlerweile als positive Errungenschaft wahrnehmen. Das kommt nicht immer vor, und insbesondere ist es auch nicht bei allen politischen Themen so, dass man so eine große Einigkeit erzielt.

Ebenso freue ich mich darüber, dass alle Fraktionen die Idee unterstützen, mehr frei verfügbares Internet für Hamburg zu schaffen. Dies ist ein wich-

tiges Signal an Senat und Behörden und alle Beteiligten in der Stadt, um die es hier geht.

Seit Amtsantritt arbeiten Bürgermeister Olaf Scholz und wir Sozialdemokraten daran, Hamburgs Ruf als Internetmetropole auszubauen. Dass dieses Thema nun so breit getragen wird, bedeutet einen wichtigen Rückenwind für diese Anstrengungen.

(Beifall bei der SPD)

Mobil verfügbares Internet per WLAN ist keine neue Idee, in Hamburg wurde das schon einmal ausprobiert. Es gab eine Initiative von Hamburg@work um die Jahrtausendwende herum, wo so etwas auch schon einmal auf privatwirtschaftlicher Basis eingeführt wurde. Viele andere Metropolen arbeiten auch an diesem Thema, das wurde schon genannt.

Auch in Hamburg ist der Ausbau durch private Hotspot-Betreiber, insbesondere in der Innenstadt, schon sehr engmaschig. Das kann man sich auf [hamburg.de](http://hamburg.de) anschauen oder man kann sich über die mobile App den nächsten frei verfügbaren Hotspot herausuchen. All diese Dinge haben eben den großen Vorteil, dass man schnell seine E-Mails abrufen und Fahrplanauskünfte abfragen kann oder – und das ist natürlich für die schönste Stadt der Welt ganz besonders wichtig – die Erlebnisse und Fotos von dem, was man hier so treibt, über die sozialen Netzwerke mit den Freunden, Freundinnen und Bekannten in der ganzen Welt teilen kann. Insofern hat so eine Initiative auch einen sehr großen Wert für das Städtemarketing.

Genau auf diese privaten Initiativen, wie ich sie genannt habe, setzen wir. Wir setzen darauf, dass wir mit der von uns auf den Weg gebrachten Bundesratsinitiative zur Störerhaftung mehr Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen, denn die bisherige Rechtsunsicherheit verhindert den Ausbau auf privater Basis. Hiervon sind Geschäfte, Hotels und Cafés betroffen, aber eben auch private Initiativen wie Freifunker oder Nachbarschaftsinitiativen. Über all diesen WLAN-Betreibern schwebt das Damoklesschwert einer teuren Abmahnung, bei der schnell einige Tausend Euro zusammenkommen, Geld, von dem häufig nur der abmahnende Anwalt etwas hat – auch die abmahnende Anwältin, Frau Sudmann.

Das haben wir im Februar gemeinsam auf den Weg gebracht. Die Justizministerkonferenz ist diesem Anliegen aus Hamburg mittlerweile einstimmig gefolgt. Das ist ein erster großer Schritt und ein großes Verdienst von Senatorin Schiedek.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir diese Hürde beseitigen, da sind wir sicher, wird es mehr frei verfügbare Internetzugänge geben. Die Stadt ergänzt dann an ausgewählten Orten dieses Angebot. Das ist ein pragmatisches Vorgehen und auch im Sinne des Steuerzahlers.

**(Hansjörg Schmidt)**

Ein flächendeckendes Staats-WLAN, wie es die LINKE vorsieht,

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Stimmt ja gar nicht! Stimmt doch gar nicht!)*

halten wir nicht für den gangbaren Weg.

Der Vergleich mit einem Sponsoring-Modell wie in New York, der hier auch gefallen ist, hinkt etwas. In New York sponsert Google das WLAN. Man stelle sich den Aufschrei vor; wir reden uns hier doch schon die Köpfe heiß, wenn durch Google nur Hausfassaden abfotografiert werden.

WLAN im ÖPNV, auch das ist ein Vorschlag, gibt es bereits in einigen Gebieten. In Norddeutschland plant die metronom Eisenbahngesellschaft gerade die Umsetzung und wäre damit Vorreiter in Norddeutschland und insbesondere im Hamburger Raum. Deshalb macht es Sinn, diese Vorschläge im Ausschuss weiter zu vertiefen und die dortigen Erfahrungen und die Planungen der Hochbahn abzufragen.

In diesem Zusammenhang und auch im Vorfeld dieser Debatte hört man immer wieder Fragen wie: Braucht man das? Ist das Interesse groß? Das hat man doch schon einmal ausprobiert und dann war das kein Erfolg. Ich sage, wie alles im Internet ist es vom richtigen Zeitpunkt abhängig. Manches kam zu früh und wurde dann wieder fallengelassen, aber wenn man zu spät kommt, dann hat man häufig keine Chance mehr, dies wieder aufzuholen. Und Hamburg als Medienmetropole muss aufpassen, bei bestimmten Entwicklungen nicht den Anschluss zu verlieren.

Unser Vorschlag, die IBA/igs als Pilotprojekt zu nutzen, bietet die Möglichkeit, ein frei verfügbares WLAN in großem Maßstab nicht nur räumlich, sondern auch, was die Besuchermassen betrifft – wir alle setzen darauf, dass die IBA/igs ein großer Erfolg und von vielen Menschen besucht wird –, zu erproben. Wir haben hier die große Chance, dieses vernünftig auszutesten und dann über das weitere Vorgehen zu beraten. Deswegen werden wir unseren Antrag heute beschließen und danach alle Anträge an den Ausschuss überweisen, um das Thema dort weiter zu behandeln. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Wolff, Sie haben das Wort.

**Katharina Wolff CDU:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Internet hat die Art, wie Menschen überall auf der Welt kommunizieren und sich informieren können, auf radikale und fantastische Weise verändert. Das ist Fakt und das ist uns allen parteiübergreifend bewusst. Seit einiger Zeit hat diese Entwicklung durch die Verbreitung kleiner technischer Wunderwerke – Herr

Schmidt hat das iPhone vorhin schon hochgehalten, fast alle haben mittlerweile ein solches oder ein ähnliches Smartphone in der Tasche – eine Dynamik aufgenommen, die das Potenzial des Internet auf eine völlig neue Stufe stellt. Heutzutage steht einem nicht mehr nur am heimischen Schreibtisch das World Wide Web zur Verfügung, sondern im wahrsten Sinne des Wortes worldwide. Auf wenigen Quadratzentimetern kann heute jeder den Zugang zum Wissen der Welt in seiner Hosentasche mit sich herumtragen oder sich mit Personen an fast jedem Ort auf der Welt vernetzen. Durch die zunehmende Verbreitung des sogenannten Clouding, also der Speicherung von privaten und geschäftlichen Dateien im Internet, kann man inzwischen sogar von überall auf die eigenen Dateien zugreifen und daran arbeiten, egal, ob man im Büro sitzt oder mit einem Kaffee zum Beispiel an der Alster. Einzige Voraussetzung dafür ist ein stabiler und sicherer Zugang ins Internet.

Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr haben rund 5 Millionen Menschen unsere Stadt als Touristen oder als Geschäftsreisende besucht. Jeder fünfte davon kam aus dem Ausland. Während Besitzer von Smartphones und Tablets aus Deutschland in der Regel über ihren Mobilfunkanbieter ins Internet können, bleibt den ausländischen Besuchern dieser Weg entweder versperrt oder ist mit immensen Roamingkosten verbunden. Gerade für sie wäre daher ein freier und kostenloser Internetzugang ein Angebot, das die Attraktivität unserer Stadt enorm steigern würde.

Der Wikipedia-Eintrag über Hamburg, das hat mich angenehm überrascht, existiert in 130 Sprachen. Malen Sie sich einmal für eine Sekunde aus, wie viele Faltblätter die Touristeninformation drucken müsste, um einen vergleichbaren Service anzubieten. Menschen aus der ganzen Welt könnten sich beim Flanieren an der Außenalster, beim Besuch der HafenCity oder beim Spaziergang über den Rathausmarkt in ihrer Muttersprache Informationen über genau die Dinge einholen, die sie sich tatsächlich gerade ansehen. Wenn sie nicht als Touristen in unsere Stadt kommen, sondern geschäftlich, könnten sie zum Beispiel leichter Wegbeschreibungen zu einem Kunden finden, Mails verschicken oder sogar Skype-Konferenzen mit Teilnehmern in ihrer Heimat durchführen.

Ich selbst bin vor einigen Wochen in Washington gewesen, und dort gibt es tatsächlich fast überall, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, freies WLAN und in dem Fall, Herr Schmidt, nicht von Google gesponsert. Es ist unglaublich, dass man 6 500 Kilometer von zu Hause entfernt ist und trotzdem via E-Mail und Skype fast den gleichen Zugang zu seinen Kollegen, Bekannten, Kunden und Freunden hat wie vom heimischen Schreibtisch aus. Weil man Zugriff auf alle wichtigen Daten hat, ist man jederzeit so handlungsfähig, als wäre man in Hamburg.

**(Katharina Wolff)**

Meine Damen und Herren! Sie können meine Begeisterung für das freie WLAN in der Stadt heraus hören. Und so großartig wir als CDU-Fraktion diese Idee des freien Internetzugangs auch finden, sind wir uns trotzdem dessen bewusst, dass es hier einige rechtliche Fragezeichen gibt, die zunächst geklärt werden müssen; Herr Schmidt hatte es auch schon angesprochen. Aus diesem Grund haben wir uns für einen Prüfantrag entschieden und sind froh, dass wir die Anträge im Wirtschaftsausschuss noch einmal diskutieren können. Die Frage der Störerhaftung ist für uns die entscheidende. Das muss erst geklärt sein, bevor ein von der Stadt betriebenes freies WLAN-System eingerichtet werden kann. Niemand hat etwas davon, wenn Hamburg seinen Gästen zwar einen tollen Service bietet, aber für mögliche Rechtsverletzungen haftbar gemacht werden kann. Sollte bei dieser Prüfung herauskommen, dass ein freier Internetzugang in Hamburg aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, sollten wir über eine entsprechende Bundesratsinitiative nachdenken. Aber, Herr Schmidt, Sie haben sich schon recht positiv geäußert und erklärt, dass Frau Schiedek das gut unter Kontrolle hat.

Sollte diese Prüfung ergeben, dass es keine juristischen Hürden gibt, dann sollte man in jedem Fall umgehend ein freies WLAN in Hamburg einrichten. Hamburg versteht sich als Weltstadt, als Tourismusmagnet und als internationale Wirtschaftsmetropole. Und als solche sollte Hamburg seinen Gästen aus aller Welt einen freien Internetzugang zur Verfügung stellen. Lassen Sie uns also bei dieser parteiübergreifenden Einigkeit gemeinsam einen Weg finden, um auch in diesem Punkt dem Anspruch an eine Weltstadt gerecht zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Müller, Sie haben das Wort.

**Farid Müller GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein Gott, so viel Enthusiasmus bei dem Thema. Auch wir Grüne wollen mehr freies WLAN in Hamburg. Wir sagen aber auch, dass wir die Analyse der LINKEN mit dem Ergebnis, die Stadt müsse kostenloses WLAN zur Verfügung stellen, nicht teilen. Denn nach dem (N)ONLINER, den die LINKE als Quelle ihrer Daten angibt, mit denen sie begründet, dass man das aus sozialpolitischen Gründen machen müsste, ist Hamburg im Jahr 2011 auf Platz 1 bei der Internetanbindung ab 14 Jahren, und zwar mit 80 Prozent. Und bei einem so hohen Wert kann mir niemand erzählen, dass wir bei diesem Thema ein sozialpolitisches Problem haben.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Du bist so'n Dösbaddel!)

Denn unter den 20 Prozent, die noch fehlen, sind auch sehr viele Seniorinnen und Senioren, bei denen das keine Geldfrage ist, sondern es daran liegt, dass sie erst noch an das Internet herangeführt werden müssen.

Wir haben in der Stadt schon sehr viele WLAN-Angebote, sehr viele Hotspots, wie der Kollege Schmidt von der SPD das genannt hat, die aber nicht richtig zum Tragen kommen, weil es ein Urteil des Bundesgerichtshofs gibt, das private Anbieter von Internetzugängen tatsächlich haftbar macht, wenn dort über Downloads illegale Praktiken ausgeübt werden. Das ist ungerecht und aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt. Wir haben in diesem Jahr schon einen Antrag in der Bürgerschaft verabschiedet, aus dem hervorgeht, dass wir das nicht mehr wollen. Inzwischen gibt es auch einen entsprechenden Beschluss der Justizministerkonferenz.

Aber ich will die CDU in dieser Frage nicht aus der politischen Haftung entlassen. Sie haben Ihre Aufgabe in Berlin. Überzeugen Sie bitte Ihre Regierungsfraktion, nicht erst auf einen Bundesratsantrag zu warten, sondern es einfach zu machen. Sie haben dafür jetzt ein bisschen Luft zwischen den ganzen Euro-Rettungen. Machen Sie das, es bedeutet nur eine relativ kleine Änderung im Telemediengesetz. Es würde uns alle freuen und der ganzen Republik beim WLAN einen Aufschwung geben. Dann können wir den Enthusiasmus, den Sie hier an den Tag gelegt haben, teilen. Die ganzen Hotspots und auch die privaten Anbieter würden nämlich, wenn es diese rechtlichen Probleme nicht mehr gäbe, zu einem privaten großen Netz zusammenwachsen; wir Grünen würden das viel sympathischer finden. Und dort – in diesem Fall gebe ich der SPD völlig recht –, wo wir noch Probleme mit einem freien WLAN-Zugang hätten, würden wir dann als Stadt noch einmal darüber reden, wie wir das beheben können.

Deswegen kommt unser Vorschlag für den HVV hier an der richtigen Stelle. Wir freuen uns, dass das überwiesen und, wenn ich Herrn Schmidt glauben darf, auch ernsthaft geprüft wird. Hier können wir nämlich zwei Dinge miteinander verbinden: Wir wollen auf der einen Seite die Autofahrer überreden, zum ÖPNV zu wechseln, gerade die Pendler, denn sie können in den Bahnen ihre Zeit auch mit WLAN tatsächlich sehr gut nutzen. Und auf der anderen Seite schaffen wir mit dem HVV und über die Grenzen Hamburgs hinaus ein freies WLAN-Netz, zumindest im gesamten Netz der Busse und Bahnen, und das ist dann tatsächlich auch schon eine relativ große Abdeckung.

Ich glaube, das ist ein Supervorschlag, der den von der SPD ergänzen kann, der zeitlich und örtlich ebenfalls an die IBA gebunden ist und insofern Synergien erzeugt. Das ist eine realistische Sache. Man könnte sich sogar einen Provider suchen, der

**(Farid Müller)**

bisher nicht unter die Störerhaftung fällt. Auch das wäre denkbar, auch bei der igs, damit wir in Hamburg damit endlich vorankommen. Denn man muss mit dieser Mär vom kostenlosen WLAN aufräumen, das hat die LINKE auch zugegeben. WLAN kostet immer etwas, die Frage ist, wer zahlt. Und wir glauben, dass es in diesem Fall nicht der richtige Weg wäre, wenn die Stadt Hamburg ein flächendeckendes WLAN-Netz aufbauen und bezahlen würde. Es ist bei der augenblicklichen Anbindung dieser Stadt wirklich nicht nötig. Wir werden andere Wege gehen. Und wenn es die Bundesregierung nicht schafft, dann muss halt bei den nächsten Wahlen dafür gesorgt werden, dass wir die Mehrheiten für eine Gesetzesänderung bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Ritter, bevor Sie das Wort bekommen, ein Hinweis an den lieben Kollegen Herrn Hackbusch: Der Begriff "Dösbaddel" gehört, auch wenn er hier für große Heiterkeit sorgt, nicht zum parlamentarischen Sprachgebrauch. – Herr Ritter, bitte, jetzt haben Sie das Wort.

**Finn-Ole Ritter FDP:** – Ja, Herr Hackbusch, halten Sie sich ein bisschen zurück mit diesen Ausdrücken.

Uns liegen zum WLAN fraktionsübergreifend fünf Anträge vor. Es wurden schon ganz viele Argumente dafür genannt, das Thema auf jeden Fall noch einmal zu diskutieren. Auch die FDP-Fraktion findet eine solche fraktionsübergreifende Initiative unter bestimmten Voraussetzungen auf jeden Fall prüfenswert, nicht aber, wenn es in die Richtung geht, die Herr Schmidt von der SPD schon ein Staats-WLAN genannt hat.

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

– Es ist herauszulesen, Frau Schneider.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das ist reinlesen, nicht raus-!)

Wenn Sie es nicht wollen, müssen Sie es ausdrücklich noch einmal sagen. Aber ein pauschaler WLAN-Anschluss für alle nach dem Motto "Freibier für alle" dient der Sache am Ende wohl herzlich wenig, Frau Schneider. Aus liberaler Sicht müssten hier vielmehr ordnungs- und haushaltspolitische Grundsätze beachtet werden. Die Zugangsmöglichkeiten zum Internet über das Hamburg-WMAN oder –WLAN, wie auch immer man es nennen möchte, wären eine Ergänzung zu den bereits vorhandenen 3G- und LTE-Netzen von privaten Mobilfunkbetreibern oder zu WLANs von Internetcafé-Betreibern. Und hier liegt aus Sicht der FDP-Fraktion zugleich ein mögliches Problem: Die Stadt kann und darf kein wettbewerbsverzerrendes eigenes Konkurrenzangebot zu Anbietern des freien Mark-

tes betreiben, erst recht keines – Frau Schneider und auch Herr Hackbusch noch einmal –, das eine aus Steuermitteln subventionierte Leistung gleicher Qualität darstellen würde.

(Beifall bei der FDP)

Und jetzt kommen wir zu einer anderen Problematik, die der LINKEN meistens egal ist. So wünschenswert ein solches Projekt auch ist, müssen wir doch auf die Einhaltung der Schuldenbremse achten und auch die Haushaltsdisziplin wahren. Die Finanzierung der technischen Infrastruktur muss deshalb ebenso wie Instandhaltung und Betrieb des Hamburg-WMANs oder -WLANs weitestgehend privat erfolgen. Inwiefern dabei beispielsweise ein durch Werbung oder Sponsoring finanzierter breitbandbegrenzter, aber für jeden Nutzer kostenloser Basis-Zugang möglich ist, bleibt erst einmal zu prüfen.

Um diese und andere Fragen zu erörtern, sollten wir uns mit dem Thema eingehend im Wirtschaftsausschuss auseinandersetzen, eventuell sogar im Rahmen einer Expertenanhörung. Die FDP-Fraktion befürwortet deshalb eine Überweisung der Anträge an den Wirtschaftsausschuss.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Nun hat Senator Horch das Wort.

**Senator Frank Horch:**\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Diskussion stehen heute fünf Anträge, die sich mit dem Thema WLAN befassen. Ziel ist es, die Anwendung von WLAN voranzubringen. Die Initiative Hamburg@work hat bereits vor zehn Jahren in Hamburg ein WLAN-Projekt namens Hotspot Hamburg begonnen. Dies wurde bis 2006 unter großer Aufmerksamkeit der Presse betrieben. Es diente dazu, die Tauglichkeit der Technik im Alltagsbetrieb zu zeigen, die Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern zu fördern und damit die seinerzeit noch in den Kinderschuhen steckende WLAN-Nutzung insgesamt voranzubringen. Dieser Anlauf war äußerst erfolgreich. Im Jahr 2006 wurden die noch vorhandenen Strukturen dann an einen privaten Investor übergeben. Das Ganze war nie so angelegt, dass man als Stadt in Konkurrenz zu den gewerblichen Anbietern treten wollte. Dass das Thema heute nicht mehr beworben werden muss, zeigt allein schon die Anzahl der Anträge, die heute auf der Tagesordnung stehen.

Meine Damen und Herren! WLAN- und Internet-Nutzung sind heute absolut kein Hexenwerk mehr, wie wir mehrfach gehört haben, sondern fester Bestandteil des Umgangs mit dem Phone im normalen Alltag. Wirtschaftlich gesehen geht es um einen Markt mit ungemein starken Zuwachsraten. Die Geräte, mit denen ein kabelloser Internetzugang

**(Senator Frank Horch)**

möglich ist, kosten heute so wenig, dass auch schon viele private Haushalte WLAN alltäglich nutzen. Zugleich hat sich die Verfügbarkeit breitbandiger Internetanbindungen in der Stadt deutlich erhöht. Auf [hamburg.de](http://hamburg.de), wie schon gehört, finden Sie eine Übersicht über die bereits heute nutzbaren sogenannten Hotspots in Hamburg, und das sind etliche. Sie kommen bereits heute in Hamburg in jeder Bücherhalle und an vielen anderen öffentlichen Stellen kostenlos ins Netz. Sowohl seitens der Nutzer als auch seitens der Infrastruktur sind wir in den letzten Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Wir haben somit heute eine ganz andere Ausgangslage als im Jahr 2002.

Mit Blick auf die vorliegenden Vorschläge heißt das, dass wir maßhalten sollten in dem, was wir insgesamt tun. Wir sollten ganz gezielt Impulse setzen, die auf dem Bestehenden und Entwickelten aufbauen.

(Beifall bei der SPD)

Es hätte wenig Sinn, wenn wir als Staat oder eben als Stadt Hamburg die Rolle annehmen würden, selbst eine dauerhafte Infrastruktur aufzubauen. Private Geschäftsmodelle haben hier eindeutig Vorrang vor einer staatlichen Lösung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Das gebietet seit der Privatisierung der Deutschen Bundespost auch das Telekommunikationsgesetz. In Paragraph 87 Absatz 2 sind diese Dinge benannt. Es wäre letztlich auch aus Wettbewerbsgründen höchst problematisch, wenn der Staat oder die Stadt in großem Stil mit kostenfreien Angeboten gegen privatwirtschaftliche Unternehmen antreten würden. Es ist nach meiner Ansicht nicht sinnvoll, von staatlicher Seite die Kostenfreiheit eines jeglichen Angebotes vorzuschreiben. Dass es das, wie ich gehört habe, in den Metropolen Kastellaun im Hunsrück und in Renchen geben mag, überzeugt mich aus Hamburger Sicht nicht vollends. Und dass London WLAN anlässlich der Olympischen Spiele implementiert hat, ist eher ein Argument, solche Initiativen an besondere Ereignisse zu knüpfen und nicht grundsätzlich als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge zu sehen. Die Kosten für private Internetnutzung komplett in städtische Hand zu überführen, ist nicht nötig und wäre auch, wie wir gehört haben – das akzeptiere ich angesichts der Haushaltslage –, gar nicht zu leisten. Wenn wir die digitale Metropole Hamburg fördern wollen, dann sollten wir maßhalten und gezielt handeln. Zweierlei halte ich nicht für sinnvoll.

Erstens: Hamburg hat eine Initiative gestartet, um insbesondere Hoteliers und Gastwirten, die ihre WLAN-Netzwerke öffnen wollen, mehr Rechtssicherheit zu geben. Nach einem entsprechenden Bürgerschaftsbeschluss bereiten wir dazu gerade gemeinsam mit Berlin eine Bundesratsinitiative vor,

um die Bundesregierung zum Handeln bezüglich der Rechtssicherheit zu bewegen.

Zweitens: Es ist vernünftig, Ereignisse wie die IBA oder die igs zu benutzen, um an bestimmten Stellen im Stadtgebiet kostenlose Angebote zu schaffen, die dem Event und seinen Besuchern einen konkreten Mehrwert bieten können. Wie ich höre, stehen wir mit den Betreibern der Gartenschau bezüglich dieses Vorhabens auch schon in intensiven Gesprächen. Zusätzlich werden profitable privatwirtschaftliche Geschäftsmodelle die höhere Rechtssicherheit an attraktiven Standorten nutzen. Gemeinsam werden wir die Grundlage dafür schaffen, dass sich Hamburg, wie von Ihnen gewünscht, weiterhin zu einer digitalen Metropole entwickelt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir nun zur Abstimmung.

Zunächst zum Überweisungsbegehren. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/4324, 20/4459, 20/4934 und 20/4946 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/4463. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das so beschlossen.

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache nun nachträglich an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so geschehen.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 81 auf, das ist die Drucksache 20/4728, Antrag der SPD-Fraktion: Handyparken in Hamburg vereinfachen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Handyparken in Hamburg vereinfachen  
– Drs 20/4728 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Koeppen, bitte, Sie haben es.

**Martina Koeppen SPD:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahr 2008 wurde das sogenannte Handyparken in Hamburg eingeführt, bargeldlos per Tastendruck sollten die Parkgebühren bezahlt werden. Das war gut gedacht, aber schlecht gemacht.

**(Martina Koeppen)**

(Beifall bei der SPD)

Oder haben Sie es schon einmal versucht?

*(Robert Heinemann CDU: Ja! – Dr. Andreas Dressel SPD: Nein! Herr Heinemann ist der einzige Kunde!)*

– Nein? Dann ist das nicht wirklich schlimm, denn dann gehören Sie zur Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger. Nur circa 1 Prozent der Parkgebühren wird in Hamburg über dieses System generiert.

Oder wollen Sie es einmal versuchen? Aber Vorsicht, das Handyparken können Sie nicht spontan nutzen. Und glauben Sie mir, es ist leichter, eine Lebensversicherung abzuschließen, als über dieses System ein Parkticket zu ziehen.

*(Robert Heinemann CDU: Völliger Unsinn!)*

– Aber so ist es.

Aber warum ist das so? Kommen wir zu dem Punkt. Auf den Parkautomaten ist nur ein Aufkleber, aber kein Hinweis auf die Anwendung des Systems. Die Antwort findet sich dann im Internet auf den Seiten von hamburg.de unter Handyparken. Zuerst muss sich der Nutzer für einen der sieben Anbieter entscheiden und sich dort registrieren lassen. Dabei muss er seine persönlichen Daten angeben. Erst danach wird ihm die entsprechende Vignette zugeschickt, die er dann im Auto hinterlegen muss.

*(Klaus-Peter Hesse CDU: Ganz anders als bei StadtRAD!)*

Und hier treten auch schon die ersten Probleme auf, wenn er sich unter einem dieser sieben Anbieter entscheiden soll. So unterscheiden sich die monatlichen Grundgebühren; der eine Anbieter preist einen Familien- oder Firmentarif an und der nächste bietet ein Premiumpaket an.

*(Robert Heinemann CDU: Einheitspreis für alle!)*

Die Rechnungen, Herr Heinemann, können Sie entweder per Brief oder per Mail bekommen, da können Sie auch noch wählen, und es unterscheiden sich natürlich auch noch die Kosten für die Transaktion. Daher ist es kein Wunder, dass nur wenige Nutzer dieses System wählen. Das ist zwar neueste Technik, aber auf dem Stand des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei der SPD)

So wurden im Jahr 2011 nur rund 20 500 Euro über das Handyparken generiert. Dagegen standen monatliche Ausgaben von rund 2 800 Euro. Die vom Vorgängersensat angekündigte Evaluation wurde nie durchgeführt, das ist auch angesichts dieser Zahlen komplett überflüssig. Wie gesagt, das war gut gedacht und schlecht gemacht.

Die Nutzerzahlen in anderen deutschen Städten belegen, dass das System Handyparken angenommen und genutzt wird, wenn es einfach und spontan ist. So gibt es mittlerweile die Möglichkeit, per SMS oder Smartphone-App ohne Anmeldung oder Registrierung ein Parkticket spontan zu ziehen. Wir erwarten jetzt, dass die BWVI sich mit dem Thema auseinandersetzt, die verschiedenen Systeme und Möglichkeiten prüft und das Handyparken in Hamburg vereinfacht.

Wir sollten uns darüber einig sein, dass das Handyparken als Alternative erhalten bleiben muss. Stimmen Sie unserem Antrag zu und unterstützen Sie das Vorhaben, das System auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Hesse, Sie haben das Wort.

**Klaus-Peter Hesse CDU:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde Ihnen jetzt nicht hier am Pult zeigen, wie man sich anmeldet, lieber Kollege Quast. Das könnte ich wahrscheinlich in zwei Minuten machen und jeder andere könnte das auch. Der Kollege Petersen klatscht auch in die Hände. Insofern, Frau Koeppen, ist es in Ihrem Fall sicher ein Anwenderproblem und kein Problem der Systematik des Anwendens.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Mathias Petersen* und *Jan Quast*, beide SPD)

Ich war etwas überrascht, als ich Ihre Debattenanmeldung gesehen habe, denn vor ungefähr drei, vier Wochen erhielt ich einen Anruf von einer Zeitung und mir wurde gesagt, es gebe eine Schriftliche Kleine Anfrage von Frau Koeppen, in der stehe, das Handyparken sei gescheitert. Das würde alles nicht funktionieren und laut Frau Koeppen müsse das alles anders werden. Ich wurde gefragt: Herr Hesse, was sagen Sie dazu? Ich habe geantwortet, das liegt nicht am Handyparken, sondern es liegt an denjenigen, die auf den bewirtschafteten Parkplätzen parken, aber ihre Parkgebühren nicht bezahlen. Warum soll ich mich beim Handyparken anmelden und Gebühren bezahlen, wenn ich mich auch auf Parkplätze stellen kann, ohne zu bezahlen und ohne dass ich kontrolliert werde, ohne dass es geahndet wird. Das ist das Problem, Frau Koeppen. Wir haben immer noch keine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung. Und als wir in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit den Grünen das Thema Parkraumüberwachung aufgegriffen haben, weil nur jeder Sechste in Hamburg seine Parkgebühren bezahlt, da war es Ihre Fraktion – unter anderem auch der Kollege Dressel –, die uns vorwarf, hier würden die armen Autofahrer abgezockt.

**(Klaus-Peter Hesse)**

(Beifall bei der CDU)

Das ist das Problem

*(Dirk Kienscherf SPD: Ach, das ist das Problem!)*

und nicht die Technik des Handyparkens, die wir im Übrigen, liebe Frau Koeppen, im Jahr 2005 mit der Drucksache 18/2520 hier im Parlament einstimmig angenommen haben. Damals haben wir auch alle gesagt – zu der Zeit war das Projekt in anderen Bundesländern in der Erprobungsphase –, wir wollen, dass bargeldlose Zahlung als erster Schritt möglichst schnell in Hamburg eingeführt wird, um den Autofahrerinnen und Autofahrern ein Angebot zu machen. Wir wollen aber auch, dass die Parkraumüberwachung intensiviert wird, damit die Leute diese Möglichkeit auch nutzen und nicht sagen: Wieso soll ich denn zahlen? Der Robert Heinemann, der das Handyparken nutzt, ist wahrscheinlich der Einzige, der bezahlt, weil er ehrlich ist, und alle anderen zahlen nicht. Das kann es nicht sein.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber Heinemann hat für 20 000 Euro geparkt!)*

Deswegen, liebe Frau Koeppen, wenn Sie zuhören und Ihre Schriftliche Kleine Anfrage verstehen wollen, sind die Einnahmen auch so gering. Die sind nicht so gering, weil die Leute das Handyparken nicht verstehen, sondern weil weiterhin niemand auf den bewirtschafteten Parkplätzen bezahlt, und das ist das Problem. Das Handyparken ist eine Möglichkeit, die genutzt werden würde, wenn die Parkplätze vernünftig überwacht werden würden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

In diesem Fall muss ich den Senat leider loben und die SPD-Fraktion schelten für das Nichtlesen Ihrer Schriftlichen Kleinen Anfrage, denn der Senat hat Ihnen geantwortet, liebe Frau Koeppen, dass man beim Handyparken eine – ich zitiere – "wachsende Akzeptanz" von den Nutzerinnen und Nutzern erwartet; der Senat hat vollkommen recht. Ich erwarte auch eine wachsende Akzeptanz für das Handyparken, wenn der Kollege Neumann und der Bezirkliche Ordnungsdienst tatsächlich den Autofahrerinnen und Autofahrern, die ihre Parkgebühren nicht bezahlen, auf die Finger klopft. Dann würden auch solche Zahlungsmöglichkeiten, ob Handyparken oder EC-Karte, genutzt. Solange das nicht passiert, sollten Sie solche Showanträge nicht stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

*(Dirk Kienscherf SPD: Für Radfahrer gibt es das auch!)*

**Dr. Till Steffen GAL:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag und der Umstand der Anmeldung illustrieren die verkehrspolitische Kragenweite der SPD-Fraktion sehr gut.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich schlage vor, dass Sie demnächst eine gewichtige umweltpolitische Debatte führen und es dann um die Größe der Einwurfschlitze von Mülleimern geht. Das ist auch eine ganz wichtige Frage, derer Sie sich dringend annehmen sollten. Dazu können Sie einen Antrag bringen und dann können wir über Umweltpolitik reden. Das wäre ein wirklich gutes Thema.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es gibt eine begrenzte Anzahl von Anmeldeöglichkeiten für solche Debatten. Wir in unserer Fraktion müssen immer die Entscheidung treffen, was wir am wichtigsten finden. Und die SPD-Fraktion müsste eigentlich ein paar mehr Themen im Bereich der Verkehrspolitik in ihrem Herzen bewegen. Wir haben zum Beispiel am Ende der Sommerferien diskutiert, dass schon bei einigen wenigen Baustellen in der Stadt schwerwiegende Staus entstehen. Das könnte ein Thema für eine Debatte in der Bürgerschaft sein.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Melden Sie das doch mal an!)*

Wir wissen, dass es über 120 000 Menschen gibt, die gesundheitsschädigendem Lärm ausgesetzt sind. Auch das könnte ein Thema für eine Debatte in der Bürgerschaft sein. Und wir wissen, dass es über 200 000 Menschen in dieser Stadt gibt, die einer Schadstoffkonzentration ausgesetzt sind, die gesundheitsschädlich ist, ebenfalls ein Thema für eine Debatte in der Bürgerschaft. Anhand des tragischen Todesfalls wurde nochmals illustriert, dass wir ein aggressives...

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Sehr geehrter Herr Dr. Steffen! Beratungstätigkeiten in Sachen SPD-Fraktion sind nicht das Thema, sondern wir haben das Handyparken in Hamburg zu debattieren. Ich muss Sie leider darauf hinweisen, zur Sache zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Till Steffen GAL** (fortfahrend): Die Frage ist doch wirklich, ob das ein Thema ist, das uns in dieser Weise beschäftigen sollte

*(Dirk Kienscherf SPD: Da brauchen Sie doch gar nicht nach vorne gehen, setzen Sie sich wieder!)*

und ob es wirklich angemessen ist, eine verkehrspolitische Debatte zu führen. Das gilt auch im Hin-

**(Dr. Till Steffen)**

blick auf die Frage, ob es sinnvoll ist, einen solchen Antrag zu stellen.

Die SPD will herausgefunden haben, dass das System in Anwendungsdetails vielleicht nicht ganz so praktikabel ist, wie es sein könnte. Ehrlich gesagt bin ich der Meinung, dass wir eine Verwaltung haben, die in der Lage ist, das zu beurteilen. Und es reicht meiner Meinung nach aus, wenn man eine Anfrage stellt und es dabei bewenden lässt, ob das System nach den Ihnen vorliegenden Daten überarbeitungsbedürftig ist und der Überarbeitungsaufwand im Verhältnis dazu steht, was vielleicht an Verbesserungen zu erreichen ist. Es gibt aber doch dringendere Themen, mit denen sich die Verwaltung eher beschäftigen sollte.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Koepfen, als ich Ihren Antrag zum ersten Mal las, hatte ich das Gefühl: Haben die keine anderen Sorgen?

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das müssen Sie mit Ihren Anträgen gerade sagen!)

Dann fiel mir ein, die SPD hat wahrscheinlich keine anderen Sorgen. Die Autofahrer haben andere Sorgen, aber darum kümmern Sie sich offenbar nicht. Die Stadt steht im Stau und was macht die SPD? Sie denkt über die Verbesserung des Handyparkens nach. Ich will nicht sagen, dass das nicht eine gewisse Logik hat: Wer nicht in der Lage ist, den Verkehr flüssig zu machen, muss sich wenigstens um den ruhenden Verkehr kümmern. Insofern hat Ihr Antrag einen gewissen Restsinn, das kann man durchaus anerkennen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Kurz gesagt, Ihr Antrag ist peinlich. Ihr Senat tut nichts gegen Staus, er hat nach wie vor kein Verkehrskonzept, die KOST arbeitet nicht und er will nicht mal einen P+R-Ausbau.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das stimmt doch auch nicht! Falsch, was Sie erzählen!)

Die Regierungsfraktion sollte das zum Anlass nehmen, seinem Senat Beine zu machen.

Wieso melden Sie das zur Debatte an? Ich kürze ab, Herr Steffen hat schon das Richtige dazu gesagt.

(Beifall bei der FDP und der GAL)

Die SPD hat die Devise: Was sorgen uns die Sorgen der Autofahrer, wir kümmern uns um Nebensächlichkeiten. Das ist aber zu wenig für eine Regierungspartei. Dieser Antrag ist, wie gesagt, peinlich.

Zum Inhalt, das Handyparken ist eine gute Idee. Wenn die Parkuhr nicht funktioniert oder wenn ich kein Kleingeld habe, dann verwende ich ein Handy. Bisher, das hatte Frau Koepfen gesagt, war das unzureichend und sollte verbessert werden. Es hat auch keinen Sinn, eine Werbekampagne zu führen, erst einmal muss das System verbessert werden.

Wir stimmen Ihrem Antrag zu und hoffen, dass er irgendwann einmal...

(Heiterkeit bei der SPD und Beifall bei *Dirk Kienscherf* und *Arno Münster*, beide SPD – Zuruf von *Jens Kerstan* GAL)

– Herr Kerstan, beruhigen Sie sich. Ich habe Ihnen schon oft gesagt, dass Sie sich nicht unnötig aufregen sollten, das ist nicht gut für die Gesundheit.

Es ist doch richtig, sich darum zu kümmern, das Handyparken zu verbessern. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu. Es geht nur darum, dass die SPD zu wenig tut. Für eine Regierungspartei ist es einfach zu wenig, die Leute im Stau stehen zu lassen und sich um den ruhenden Verkehr zu kümmern. Das ist der Punkt. Der Antrag selber ist richtig, er ist nur schlicht und ergreifend zu dünn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

**Heike Sudmann** DIE LINKE:\* Ich habe nicht den Ehrgeiz, das zu toppen. Aber ich möchte feststellen, je unbedeutender und inhaltsleerer ein Antrag ist, desto besser sind die Debatten hier.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der GAL und bei *Dr. Andreas Dressel SPD* und *Robert Heinemann CDU*)

Das ist der SPD gelungen. Einige Angriffe waren ein bisschen unfair, aber, Herr Hesse, an Ihren Worten hat mich erfreut, dass ich jetzt verstanden habe, dass die CDU fürs Abzocken der Autofahrenden ist. Das war wirklich eine neue Erkenntnis und da hoffe ich auf eine neue Koalition mit Ihnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/4728 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mit Mehrheit angenommen.

**(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)**

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 62 und 84 auf, die Drucksachen 20/4559 und 20/4744 (Neufassung): Bericht des Schulausschusses: Alle Hamburger Grundschüler müssen schwimmen lernen und: Jedes Kind soll schwimmen lernen – Wassergewöhnung schon im Vorschulalter fördern sowie Antrag der CDU-Fraktion: Schwimmunterricht auch für hinzugezogene Schüler.

**[Bericht des Schulausschusses über die Drucksachen 20/1050 und 20/1332:**

**Alle Hamburger Grundschüler müssen schwimmen lernen! (Antrag der FDP-Fraktion) und Jedes Kind soll schwimmen lernen – Wassergewöhnung schon im Vorschulalter fördern (Antrag der GAL-Fraktion)**  
– Drs 20/4559 –]

**[Antrag der CDU-Fraktion: Schwimmunterricht auch für hinzugezogene Schüler**  
– Drs 20/4744 (Neufassung) –]

Da wir die Debatte gestrichen haben, kommen wir jetzt zur Abstimmung, zunächst zum Bericht des Schulausschusses aus Drucksache 20/4559.

Wer möchte nun Punkt A der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Wer schließt sich Punkt B.1 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist B.1 angenommen.

Wer möchte Punkt B.2 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch B.2 angenommen.

Wer möchte Punkt B.3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist B.3 einstimmig angenommen.

Wer möchte sodann das in Punkt C enthaltene Ersuchen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/4744 in der Neufassung.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Damit ist dieses einstimmig so geschehen.

Nun darf ich die frohe Botschaft verkünden, dass der Sitzungstag endet.

**Ende: 20.40 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Viviane Spethmann und Anna-Elisabeth von Treuenfels

## Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

**Unterrichtung durch die Präsidentin:****Wahl von sieben ehrenamtlichen Mitgliedern und zwei Ersatzmitgliedern des Medienrates der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein****– Drucksache 20/4565 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>Vorschlag der Fraktionen der SPD, CDU, GAL, FDP und DIE LINKE:</b>					
Günter Beling Edda Fels Marina Friedt Dr. Susanne Mayer-Peters Anne Abel Kai Flatau Dr. Johann-Hinrich Claussen	113	109	1	3	0

## Anlage 2

Zu Tagesordnungspunkt 3

**Unterrichtung durch die Präsidentin:**

**Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)**

**– Drucksache 20/4608 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>Vorschlag der SPD-Fraktion:</b>					
Sabine Steppat	112	107	2	3	0

Zu Tagesordnungspunkt 4

**Unterrichtung durch die Präsidentin:**

**Wahl eines Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung**

**– Drucksache 20/4810 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>Vorschlag der SPD-Fraktion:</b>					
Dirk Kienscherf	113	93	16	4	0

Zu Tagesordnungspunkt 4a

**Unterrichtung durch die Präsidentin:**

**Wahl eines vertretenden Mitglieds für die Kommission für Stadtentwicklung**

**– Drucksache 20/4876 –**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
<b>Vorschlag der SPD-Fraktion:</b>					
Gunnar Eisold	113	102	5	6	0